



- Afghanistan – Zusammenfassung aus heutiger Sicht
- Ethische Aspekte der Waffenlieferungen an Syrien und Irak
- Zwischen Schleifer und Kumpel – Vorgesetzte in der Bundeswehr
- Afrika – quo vadis?
- Salzburger Hochschulwochen – Berichte
- Bundeskonferenz GKS neue Ordnung neue Wahlordnung

## EDITORIAL . . . . . 3

## SEITE DES BUNDESVORSITZENDEN . . . . . 4

## SEITE GEISTLICHER BEIRAT . . . . . 5

### SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

Afghanistan – Am Ende des ISAF-Mandats  
Stellungnahme der GKS . . . . . 6

Operation Heimkehr  
Ausstellung und Buchbesprechung  
von Bernhard Schmitz . . . . . 7

Ethische Aspekte der Waffenlieferungen  
an Syrien und den Irak  
Stellungnahmen der Kirchen  
von Gerhard Arnold . . . . . 9

### SACHAUSSCHUSS INNERE FÜHRUNG

„Zwischen Schleifer und Kumpel“  
Forum des Sachausschusses  
von Bertram Bastian . . . . . 16

Mittelfränkische Sicherheitsgespräche  
Zukunft der Bundeswehr  
von Rainer Zink . . . . . 18

### GESELLSCHAFT NAH UND FERN

„Quo vadis, Afrika?“  
von Carl-H. Pierk . . . . . 20

Camp 14 – Total Control Zone  
Katholischer Medienpreis 2014  
von Bertram Bastian . . . . . 23

### BILD DES SOLDATEN

Nach dem Arbeitsleben fängt das Leben an  
von Barbara Hübner . . . . . 24

### RELIGION UND GESELLSCHAFT

Martyria „Ich bin eine Mission –  
Heute von Gott reden“  
Geprächsprozess in Magdeburg  
von ZENIT . . . . . 26

### SALZBURGER HOCHSCHULWOCHEN

Europa – „Ein Gespenst geht um“  
von Rainer Zink . . . . . 27

Europäische Integrationsdynamik  
nach der Finanzkrise  
von Rainer Zink . . . . . 28

Europäische Identitäten, Migration  
und Zugehörigkeit/en  
von Rainer Zink . . . . . 30

Das lange 19. Jahrhundert –  
das Jahrhundert Europas?  
von Rainer Zink . . . . . 31

Bleibt die Inklusion aller Bürger  
in Europa ein Traum?  
von Bernhard Meurers . . . . . 33

### BLICK IN DIE GESCHICHTE

„14/18“ – der Weg nach Versailles  
Buchbesprechung  
von Klaus Storkmann . . . . . 35

### KIRCHE UNTER SOLDATEN

#### WOCHE DER BEGEGNUNG

Bundeskonzferenz der GKS  
von Rainer Zink . . . . . 37  
Neue Ordnung der GKS . . . . . 40  
Neue Wahlordnung der GKS . . . . . 46

### AUS BEREICHEN, STANDORTEN UND GKS

#### BUNDESVORSTAND

Jahresthema 2015 . . . . . 52

#### GKS-KREIS BAD NEUENAUH – AHRWEILER

„Abstimmung mit Füßen“ . . . . . 52

#### GKS-KREIS GEILENKIRCHEN

„Freud und Leid“ – nah beieinander . . . . . 52

#### GKS-KREIS KÖLN

Mit Jesus Brücken bauen –  
als Soldat und Christ . . . . . 53

#### GKS-KREIS STETTEN A.K.M.

Meinrads Kapelle hat neuen Paten . . . . . 54

#### GKS-BEREICH NORD

Christkönigtreffen . . . . . 55

#### GKS-BEREICH WEST

Aufmerksamkeit schaffen – Botschaften  
vermitteln – Inhalte kommunizieren . . . . . 55

BUCHBESPRECHUNGEN: . . . 7, 35, 39, 57, 58, 59

KURZ BERICHTET: . . . . . 8, 22, 29, 34, 36

IMPRESSUM . . . . . 60



Titelbild: Auf dem Markt der Möglichkeiten konnten sich die Ausschüsse und Bereiche der GKS, aber auch die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten aus Österreich und das Apostolat Militaire International präsentieren und über ihre Arbeit informieren.  
(Text und Bild: Bertram Bastian)

## editorial:

### Liebe Leserschaft,

das Jahr 2014 geht zu Ende. Es brachte leider nicht nur ein fröhliches Fest des Glaubens während des Katholikentages in Regensburg, sondern auch Verfolgung der Christen in aller Welt, mit Schwerpunkt im Nahen Osten. Dort, wo Jesus einst lehrte und seine Kirche schuf, herrscht Gewalt und Intoleranz. In einem solchen Maße, dass die deutsche Regierung sich entschloss, in diese Krisenregion Waffen zu liefern. Wie schwer es manchem in der Kirche gefallen ist und teilweise immer noch fällt, lesen Sie im Beitrag von Gerhard Arnold über die Stellungnahmen der beiden großen Kirche zu diesen Waffenlieferungen.

Der ehemalige Bundespräsidenten Horst Köhler hatte geraten, Afrika in den Mittelpunkt der Betrachtungen zu rücken. Getan hat sich nichts. Schlimm genug, dass Afrika als „Müllkippe“ der Industrieländer – durch skrupellose Unternehmungen – genutzt wird. Jetzt tobt in Westafrika das Ebola-Virus von neuem, teilweise auch das „Marburger Fieber“, eine schlimmere Infektionskrankheit als Ebola. Was tut die angeblich zivilisierte Welt? Sie schickt Freiwillige und trägt dafür Sorge, dass infizierte Helfer zuhause ordentlich behandelt werden. Mir scheint es besser, die Infektionsherde zu bekämpfen und damit all die Übel, die in diesem Kontinent herrschen. Ob Afrika eine Zukunft hat, erfahren Sie im Artikel von Carl Pierk.

Das Thema der diesjährigen Salzburger Hochschulwoche (SHW) war „Europa – grenzenlos“, die ersten Berichte hatten Sie im letzten Heft. Die ausführliche Berichterstattung über diese im deutschsprachigen Raum einmalige „Sommeruniversität“ finden Sie in dieser Ausgabe. Damit leistet die Redaktion ihren Beitrag zur Weiterbildung innerhalb des Verbandes. Da der Chefredakteur auch Präsident der Katholischen Akademikerarbeit Deutschlands (KAD) ist, hat die GKS dadurch eine Stimme im Präsidium der SHW. 2015 steht diese Veranstaltung unter dem Thema: „prekäre Humanität“. Dabei soll auch die Flüchtlingsproblematik angesprochen werden. Eine kleine Vorschau steht Ihnen in diesem Heft zur Verfügung. Ich würde mich freuen, mit Ihnen in Salzburg ins Gespräch zu kommen. Für Studierende ist wissenswert, dass diese Veranstaltung mit 2 ETCS Punkten gewertet werden kann.

In der Katholischen Akademie in Cloppenburg/Stapelfeld fand die diesjährige Bundeskonferenz statt. Dort wurde eine neue Ordnung verabschiedet, die Delegierten konnten sich im „Markt der Möglichkeiten“ über die Gesamt-GKS informieren, ein Papier mit einer vorläufigen Stellungnahme zu dem abzuschließenden ISAF-Mandat wurde verabschiedet. Dadurch wurde die Bundeskonferenz ihrer Stellung als höchstes Gremium unseres Verbandes gerecht. Lesen Sie dazu im ersten Teil die Erklärung der GKS und in der Rubrik „Kirche unter Soldaten“ die neue Ordnung, welche eine neue Wahl- und Geschäftsordnung bedingte, die danach abgedruckt ist.

Eine Buchbesprechung des Historikers Klaus Storkmann schließt die Vorstellungen der Neuerscheinungen bezüglich des Jubiläums „100 Jahre Beginn Erster Weltkrieg“ ab.

Den Blick in das Jahr 20125 werfen wir mit der Werbung für die Seminare „Dritte Lebensphase“, dem ersten Blick auf die Salzburger Hochschulwoche aber auch mit dem Hinweis, dass 2015 die GKS-Akademie Oberst Korn in Fulda Anfang November stattfinden wird. Dort wollen wir den technologischen Fortschritt in den militärischen Bereichen aus ethischer Sicht untersuchen und zu einer Wertung kommen. Dem trägt das beschlossene Jahresthema Rechnung. Für 2015 hat der Bundesvorstand auf seiner Sitzung Ende Oktober in Bocholt das Thema festgelegt: „Technisch möglich! – Ethisch machbar?“ Damit öffnen wir das Drohnenthema zu einer allgemeinen Untersuchung der Technologie in den bewaffneten Konflikten, die sich immer mehr und öfter als sogenannte „Asymmetrische Konflikte“ darstellen. Der Soldat, der vom Parlament in den Einsatz geschickt wird, hat Anspruch auf den bestmöglichen Schutz, sonst kommen unsere Politiker nicht ihrer Verantwortung nach. In den folgenden Ausgaben werden wir Ihnen mehr über das Thema und die Referenten sagen können, um so ihr Interesse für die GKS-Akademie zu wecken. Es wird eine interessante Veranstaltung werden – so wie immer.

Für die Weihnachtszeit und den Jahreswechsel wünsche ich Ihnen Ruhe und Besinnlichkeit, für das neue Jahr Gottes Segen sowie viel Gesundheit für Ihr Wohlergehen,

*Dr. J. Janssen*

# GKS – mit der „Stapelfelder Ordnung“ zukunftsfähig aufgestellt

## Rückblick: Erfolgreiche Bundeskonferenz

Das letzte Heft im Jahr bietet sich immer an für eine Zwischenbilanz, was haben wir erreicht und was ist noch zu tun. Im Rückblick auf die Bundeskonferenz in Stapelfeld gilt es zwei Dinge anzusprechen. Zum einen haben wir uns mit der „Stapelfelder Ordnung“ (im Heft abgedruckt) fit für die Zukunft aufgestellt. Neben Anpassungen im Zuschnitt der Bereiche wurde vor allem der Bundesvorstand kleiner und schlagkräftiger aufgestellt, der geschäftsführende Bundesvorstand wurde eingespart. All dies geschah in der Auswertung der Praxis der letzten Jahre und schafft auch in der GKS die überall angestrebten schlanken Strukturen. Eine echte Neuerung aber ist die Regelung, dass die oder der Bundesvorsitzende und die Stellvertreterinnen und Stellvertreter direkt durch die Delegierten der Bundeskonferenz gewählt werden. Ein aus meiner Sicht wichtiger Schritt, der den Abstand zwischen Delegierten aus der Kreis- und Bereichsebene und dem Bundesvorstand weiter verkürzt.

Ich danke daher allen, die sich bei der Erarbeitung der neuen Ordnung im Vorfeld gestaltend eingebracht haben, aber ebenso denen, die sich im Rahmen der Bundeskonferenz damit befassen haben. Nur durch die Mitarbeit Vieler war das Ergebnis möglich, nämlich eine Ordnung zu schaffen, die von der breiten Mehrheit nicht nur akzeptiert, sondern getragen wird!

Darüber hinaus hat die diesjährige Bundeskonferenz ein eigenes Produkt, nämlich einen ersten Beitrag zu einer Bilanz des Afghanistaneinsatzes erbracht. Es wurde aus einer Arbeitsgruppe heraus entwickelt und im Kompass, der Zeitschrift des Katholischen Militärbischofs sowie in diesem Heft veröffentlicht. Ich halte auch diesen Ansatz eines eigenen Produktes einer Bundeskonferenz für zukunftsweisend, die Autorität der Bundeskonferenz ist so sachgerecht eingebracht.

Eine alles in allem aus meiner Sicht erfolgreiche Bundeskonferenz, die Maßstäbe in Ergebnissen und Umgangskultur gesetzt hat.

Auch in zwei Sachausschüssen gibt es Neuerungen zu berichten: Der Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ steht unter der Leitung von OTL Rufin Mellenthin und der Sachausschuss „Innere Führung“ konnte unter der Leitung von OTL Oliver Ponsold wieder mit Leben erfüllt werden. Ich wünsche beiden Vorsitzenden eine glückliche Hand, viel Kraft und Mut sowie Freude bei ihrem Tun.

Den Vorgängern, insbesondere dem gerade „beerbten“ Sachausschussvorsitzenden Oberst Josef Schmidhofer, danke ich herzlich für das gezeigte Engagement in der gemeinsamen Sache. Nicht versäumen möchte ich aber auch, den bewährten und neuen Mitarbeitern in den Sachausschüssen für ihre Bereitschaft zur Mitarbeit zu danken. Unabhängig davon sind neue Mitarbeiter jederzeit willkommen, auch bei konzentriertem Interesse nur für ein bestimmtes Projekt.

Das Jahr 2015 ist wieder ein Jahr mit GKS-Akademie Oberst Dr. Helmut Korn, der auf Bundesebene in Fulda durchgeführten Bildungsveranstaltung. Sie

wird das Jahresthema der GKS aufgreifen und steht bisher unter dem Arbeitstitel „Technologische Entwicklungen und ethische Herausforderungen“. An den Details wird derzeit intensiv gearbeitet, die Thematik lässt aber bereits aufhorchen, ist sie nicht nur aktuell, sondern grundlegend wichtig für alle Angehörigen in modernen Streitkräften und darüber hinaus.

Mit diesem Blick nach vorn wünsche ich Ihnen allen ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins Jahr 2015!

*Rüdiger Attermeyer, Oberst  
Bundesvorsitzender der  
Gemeinschaft Katholischer Soldaten*

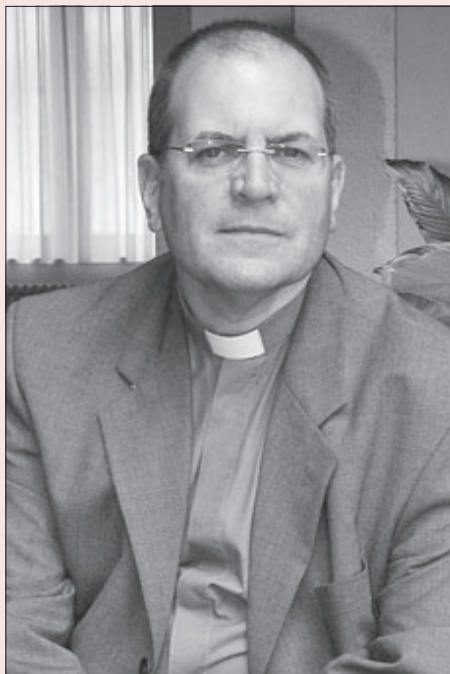




## „Verstehen kann man das Leben nur rückwärts. Leben muss man es vorwärts.“

In der Aussage des dänischen Philosophen, Theologen und Schriftstellers Sören Kierkegaard wird eine Grunderfahrung menschlichen Lebens ausgedrückt, die gerade gegen Ende eines Kalenderjahres und zu Beginn des neuen Kirchenjahres einen besonderen Platz hat. Deshalb sollen beide genannten Sachverhalte auch Gegenstand meiner Gedanken in der letzten Ausgabe des AUFTRAG in diesem Jahr sein, die in erster Linie unsere Gemeinschaft Katholischer Soldaten in den Blick nehmen.

Im Rückblick auf die letzten Monate spielt aus meiner Sicht die Bundeskonferenz in Stapelfeld eine ganz besondere Rolle. Die Ergebnisse solcher Tage – hier sei besonders die neue „Stapelfelder Ordnung“ genannt – sind das eine; Haltungen, Stimmungslagen und Gefühle das andere. Wenn ich an die Stimmung beim Votum über die neue Ordnung zurückdenke, bekomme ich noch jetzt ein absolut positives „Gänsehautgefühl“. Man spürte, dass es nicht nur um ein Papier mit weitreichenden Folgen ging, sondern auch und gerade die feste Entschlossenheit und den Willen, sich gemeinsam und verantwortungsbewusst auf den Weg in die Zukunft zu machen. Hier erlebte ich eine große Offenheit, Respekt vor der Ansicht des Anderen und ein Miteinander, das trägt. Gerade auf dem „Markt der Möglichkeiten“, bei dem die einzelnen Bereiche und Sachausschüsse anschauliche Einblicke in ihre Arbeit gaben, wurde – neben der Vielfalt der Angebote – deutlich, wie groß das Interesse untereinander ist. Für mich war an den Tagen der Bundeskonferenz erlebbar, dass die Bezeichnung „Woche der Begegnung“ keine Worthülse, sondern greifbare Wirklichkeit wurde. Wenn wir uns von diesem „Stapelfelder Geist“ weiter tragen lassen, dann können wir uns den Aufgaben der Zukunft, dem „Vorwärts“, kraftvoll und zugleich gelassen stellen.



Den Blick voraus in Verantwortung will auch das Jahresthema des kommenden Jahres, das bei der letzten Sitzung des Bundesvorstandes ausgewählt wurde, nehmen. Es lautet:

**„Technisch möglich! – Ethisch machbar?“**

Mit diesem Motto wird unser Selbstverständnis als GKS deutlich herausgestellt, reale Gegebenheiten und Möglichkeiten im weiten Feld menschlichen Lebens nicht nur wahrzunehmen und eventuell zu nützen,

sondern auch unter ethisch-moralischen Gesichtspunkten, die vor allem geprägt von unserem christlichen Wertekanon sind, aufmerksam zu begleiten, zu hinterfragen und Lösungsansätze zu erarbeiten. Dass dies kein leichtes Vorhaben ist, wissen wir alle. Von Anfang an hat es sich die Gemeinschaft Katholischer Soldaten zur Aufgabe gemacht, sich den Herausforderungen, die uns als Menschen, als Soldaten und als Christen begegnen, mit Sachkompetenz und wertorientiert zu stellen. Hier kommt es darauf an, dass sich dies vor allem in der konkreten Arbeit in den Kreisen, Bereichen und Sachausschüssen zeigt. Hier können die verschiedenen Fähigkeiten, die unsere Gemeinschaft bereithält, kreativ eingesetzt werden. Nur so können

wir als GKS im großen Konzert der Meinungen eine gute und effektive Rolle spielen. Nur so werden wir in Zukunft Soldatinnen und Soldaten und ihre Angehörige für unsere Anliegen und Ziele gewinnen. Dazu wird sicher auch die im kommenden Jahr wieder stattfindende Akademie „Oberst Helmut Korn“ beitragen, die sich in besonderer Weise dem Inhalt unseres Jahresthemas widmen wird.

Ich wünsche uns allen eine gnadenreiche Weihnachtszeit und ein gesegnetes und friedvolles Jahr 2015.

*Bernd F. Schaller, Militärdekan  
Geistlicher Beirat der  
Gemeinschaft Katholischer Soldaten  
auf Bundesebene*

## Erklärung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten

## Afghanistan am Ende des ISAF Mandats

## Beitrag der GKS zu einer vorläufigen Bilanz

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten hat den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan von Anfang an konstruktiv-kritisch begleitet<sup>1</sup>. Nun endet das Mandat, das als „Stabilisierungseinsatz“ und „substanzielle Hilfe beim Wiederaufbau“ begonnen hat<sup>2</sup> und seit Februar 2010 durch die Bundesregierung als „bewaffneter Konflikt“ bezeichnet wird. Im April 2010 hatte der damalige Verteidigungsminister eingeräumt, es handele sich mittlerweile um einen Einsatz, bei dem man „umgangssprachlich von Krieg reden kann“.<sup>3</sup>

Das anfangs für erreichbar gehaltene Ziel, das auf den Erfahrungen und Erfolgen in Kroatien (IFOR), Bosnien-Herzegowina (SFOR) und im Kosovo (KFOR) beruhte, in Afghanistan in absehbarer Zeit eine Demokratie westlicher Prägung zu schaffen, ist nicht erreicht worden. Die Bonner Petersberg-Konferenz führte im Dezember 2001 in ein erstes deutsches ISAF-Mandat, das auf den Raum Kabul und 1.200 Soldaten begrenzt, auf sechs Monate befristet und dessen Kosten auf 340 Mio. Euro limitiert war<sup>4</sup>.

Nach über 13 Jahren mündet dieser Einsatz mit zeitweise bis zu 4.500 deutschen Soldatinnen und Soldaten, einem schmerzlichen Blutzoll und schon 2010 mit deutlich über sechs Milliarden Euro Kosten und weiteren 1,7 Milliarden Euro für den Wiederaufbau<sup>5</sup> in eine Folgemission, über deren Realisierung derzeit noch nicht abschließend entschieden ist.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob der Einsatz insgesamt ein Erfolg war. In dieser ersten vorläufigen Bilanz seien die folgenden wesentlichen Aspekte angemerkt und insbesondere Fragen an die politischen Entscheidungsträger gestellt, denn als Soldatinnen und Soldaten sind wir immer Ausführende politischer Handlungskonzepte, die gleichzeitig als Staatsbürger in Uniform und Christen ihrem Gewissen und der christlichen Friedensethik verpflichtet sind:

2001 bestand tatsächlich eine berechtigte Aussicht, Afghanistan innerhalb von zwei Jahren den Aufbau einer selbsttragenden Sicherheitsstruktur zu ermöglichen und allein durch die Präsenz einer Sicherheitsunterstützungstruppe das Wiederaufflammen von Anarchie im öffentlichen Leben verhindern zu können<sup>6</sup>. Damit stand ein solcher Einsatz im Einklang mit der gültigen katholischen Friedenslehre. Die ersten deutschen Einsatzkontingente in Kabul agierten unter dem Motto „wave and smile“<sup>7</sup> erfolgreich. Als jedoch am 07. Juni 2003 ein Bundeswehr-Bus auf dem Weg zum Flughafen Kabul gezielt mit einer Autobombe angegriffen wurde und zahlreiche Tote, Verletzte und traumatisierte Soldaten zu beklagen waren, verschärfte sich die Sicherheitslage und veränderte sich der Charakter des Einsatzes.

An diesem Wendepunkt ist die Frage zu stellen, ob dieser veränderte Charakter des Einsatzes politisch transparent nachvollzogen wurde. Wurden die ethischen Maßstäbe hier wirklich in ausreichendem Maße unter den veränderten Bedingungen als Prüfmaßstab angewandt? Wurden die Erfolgsaussichten ehrlich unter den neuen Bedingungen bewertet? Wie wurde nach dieser Situationsänderung ein möglicher Erfolg politisch neu de-

finiert? Wurde die verschärfte Situation in ein neues oder fortgeschriebenes schlüssiges Gesamtkonzept, das den Einsatz vom Ende her dachte, eingebettet? Welche Ausstiegsszenarien wurden erarbeitet?

Die Aufbauleistung der afghanischen Sicherheitskräfte ist trotz verschiedener Rückschläge beachtlich. Die Nationale Afghanische Armee (ANA), die Polizei, die Grenzpolizei und weitere legale Sicherheitskräfte bauen eine selbsttragende afghanische Sicherheitsstruktur auf. Die Bundesrepublik muss ressortübergreifend weiter unterstützen und konsequent immer wieder anbieten, wichtige Ausbildungseinrichtungen, Kommandostäbe und Ministerien in Afghanistan zu beraten, so lange und so weit die Afghanen dies wünschen. Diese fortgesetzte Handlung ist die logische Konsequenz und moralische Verpflichtung aus unserem militärischen Eingreifen und von daher unabdingbar.

Das Analphabetentum wurde massiv verringert, insbesondere der Zugang der Mädchen und Frauen zu Bildung und die berufliche Qualifikation der jungen Erwachsenen deutlich verbessert. Der Wiederaufbau und Ausbau der Infrastruktur sind unübersehbar. Angesichts vieler Meldungen, die aus Afghanistan nach dem Abzug der internationalen Streitkräfte aus den verschiedenen Regionen eintreffen, muss allerdings die Frage gestellt werden, in wie weit diese Veränderungen nachhaltig sind. Dies wird weiter zu beobachten sein, es drängt sich aber schon jetzt die Erkenntnis auf, dass weiterhin massiv finanzielle, materielle und personelle zivile Aufbauhilfe zu leisten ist, um nicht die bisherigen Erfolge für die Lebensbedingungen des afghanischen Volkes zu gefährden.

In einer Demokratie tragen alle ihre Verantwortung, die Mitglieder der Regierung und des Bundestages, aber auch die Bürgerinnen und Bürger. Teil

1 vgl. Der Friede ist möglich (2004), Verantwortung übernehmen – moralisch handeln (2008) und Übergabe in Verantwortung (2012), alle unter [www.kath-soldaten.de/Publikationen](http://www.kath-soldaten.de/Publikationen)

2 vgl. Bundestagsdrucksache 14/7930 vom 21.12.2001

3 Karl-Theodor zu Guttenberg am 04.04.2010, zitiert nach Spiegel-online vom 05.04.2010

4 siehe 2

5 vgl. Bundestagsdrucksache 17/2026 vom 02.12.2010

6 siehe 2

7 Winken und lächeln

dieser Verantwortung der politischen Vertreter ist es, von Anfang an einen gesellschaftlichen Diskurs über militärische Einsätze zu führen. Dazu gehört dann auch Transparenz über die Entscheidungsgründe, aber auch bzgl. der Konsequenzen der verschiedenen Handlungsalternativen. Ein solcher Diskurs kann nicht erst im Krisenfall angestoßen werden, sondern die Herstellung des unverzichtbaren gesellschaftlichen Grundkonsenses als abgestimmte verlässliche Handlungsbasis in Krisenfällen ist eine ständige politische Aufgabe.

Das Parlament hat den Soldaten den größten und gefährlichsten Anteil des Gesamtauftrages zugewiesen. Angesichts der Toten, der an Leib und Seele Verwundeten und deren Familien ist es die moralische und daher auch politische Verpflichtung, die aufgeworfenen Fragen ehrlich zu beantworten und die Lehren aus diesem Einsatz zu ziehen, die Bundeswehr und die gesamte Bevölkerung in diesen Prozess mit einzubeziehen und für zukünftige Situationen klare Handlungskriterien zu erarbeiten und dann auch anzuwenden.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten fordert deshalb die Bundesregierung auf, über ihre jährlichen Fortschrittsberichte hinaus, eine umfassende öffentliche Diskussion über diesen Einsatz und die Kriterien und Voraussetzungen möglicher künftiger militärischer Einsätze zu führen.

Erarbeitet im Rahmen der  
Bundeskonferenz 2014  
Cloppenburg-Stapelfeld,  
den 18.09.2014

*Rüdiger Attermeyer*  
Oberst und Bundesvorsitzender

## Buchbesprechung

# Operation Heimkehr

## Bundeswehrsoldaten über ihr Leben nach dem Auslandseinsatz

Auslandseinsätze der Bundeswehr werden regelmäßig sowohl im Bundestag als auch in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Deutlich weniger öffentliche Beachtung finden allerdings die Folgen und Folgeschäden von Auslandseinsätzen für Soldaten. Das bevorstehende Ende des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan nahmen die Journalistin Ulrike Scheffer und die Fotografin Sabine Würich zum Anlass, mit dem von Ihnen herausgegebenen Buch „Operation Heimkehr. Bundeswehrsoldaten über ihr Leben nach dem Auslandseinsatz“ und einer gleichnamigen Wanderausstellung auf körperliche und seelische Verletzungen von heimkehrenden Soldaten aufmerksam zu machen.

Scheffer und Würich geben in ihrem Buch ungefähr siebzig Soldaten, die an Auslandseinsätzen teilgenommen haben, eine Stimme und ein Gesicht. Jeweils auf einer Seite schildern die Soldaten ihre Erlebnisse und Gedanken zu den Auslandseinsätzen und ihre Erfahrungen nach der Rückkehr. Auf einer weiteren Seite folgen ein großformatiges Portraitfoto und einige biographische Angaben. Das Projekt wurde unter anderem von der Evangelischen und der Katholischen Militärseelsorge unterstützt.

Die Portraitierten sind so unterschiedlich wie ihre Erlebnisse: Angehörige aller Teilstreitkräfte, vom Mannschaftsdienstgrad bis zum General, Frauen und Männer, Ältere und Jüngere, manche aus der Nationalen Volksarmee kommend, manche mit Migrationshintergrund, auch Militärgeliebte<sup>1</sup> und ein ehemaliger Soldat, der nach seiner Dienstzeit in den Benediktinerorden eingetreten ist. Sie waren beispielsweise in Afghanistan, auf dem Balkan oder am Horn von Afrika eingesetzt. Sie hatten Kampfeinsätze oder haben „nur“ in Feldlagern gedient. Sie wurden verwundet, haben Kameraden sterben sehen oder haben selbst getötet. Sie haben teilweise langfristige oder sogar lebenslange physische und psychische Beeinträchtigungen

davongetragen. Dazu schreiben die Herausgeberinnen in ihrem Vorwort: „Ihre Erlebnisse lassen sie nicht mehr los, Albträume quälen sie, Angstzustände, Depressionen und Aggressionen.“

Auch wenn die meisten der portraitierten Soldaten nicht unter so schwerwie-

genden sogenannten posttraumatischen Belastungsstörungen leiden, werden in den einzelnen Beiträgen des Buches bestimmte belastende Eindrücke immer wieder genannt: Etwa die Trennung von der Familie und das schwierige Wiedereinleben nach der Heimkehr, die

weitgehend fehlende Anerkennung und Anteilnahme in der deutschen Gesellschaft oder die Konfrontation mit Einstellungen wie „Soldaten sind Mörder“. Zum Beispiel fragt Gideon Römer-Hillebrecht, stellvertretender Vorsitzender des Bunds jüdischer Soldaten, in seinem Beitrag: „Uns fehlt eine gesellschaftliche Erinnerungskultur. Am Volkstrauertag gedenken



<sup>1</sup> In einem im Juli 2014 veröffentlichten Forschungsbericht des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr über Afghanistanrückkehrer wurde erhoben, dass die Zufriedenheit mit der Militärseelsorge erheblich höher ausfällt als mit allen anderen Hilfsangeboten für Soldaten.



die Überlebenden des Zweiten Weltkriegs der Opfer des Holocausts, der Gefallenen oder der Opfer des Bombenkriegs dieser Zeit. Doch was ist mit den gefallenen Soldaten der Demokratie?“ Der katholische Militärpfarrer Jonathan Göllner schreibt über seine Rolle: Für Soldaten, „die kirchlich sozialisiert sind, bin ich auch ein Stück Heimat. Wir haben auch Taufen im Einsatz, denn es ist nicht ungewöhnlich, dass Soldaten angesichts von Tod und Verwundung die religiöse Dimension für sich entdecken.“ Einzelne Beiträge kritisieren auch die Bundeswehr und den Eindruck, den sie in ihrer Werbung vom Soldatenberuf erweckt, so der Spieß Thorsten Hentschel: „Diese Werbefilme sind nur Hochglanz, doch wenn bei der Bundeswehr alles Hochglanz wäre, kämen nicht so viele Särge nach Hause. Ich glaube nicht, dass sich die Bevölkerung bewusst macht, dass sie im Endeffekt verantwortlich ist, wenn uns etwas passiert, weil es ja ihr Parlament ist, das uns entsendet.“

Die Verantwortung des Parlaments für die von ihm entsandten Soldaten im Einsatz und nach dem Einsatz fordern mehrere der Portraitierten ein. Dass die Abgeordneten des Bundestags sich dieser großen Verantwortung bewusst sind und ihr gerecht werden wollen, wurde zuletzt dadurch unterstrichen, dass die Ausstellung „Operation Heimkehr“ zum gleichnamigen Buch im September in einem der Bundestagsgebäude eröffnet wurde. Bei der hochkarätig besetzten Eröffnung sprachen Bundestagspräsident Norbert Lammert, der Abgeordnete Hans-Peter Bartels, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus, André Wüstner, Vorsitzender des Bundeswehrverbands, und Rainer Erdel, Vizepräsident des Reservistenverbands.

Der Bundestagspräsident hob in seiner Ansprache hervor, dass es kaum ein Parlament auf der Welt gibt, das eine so starke Stellung bei der Entsendung von Streitkräften hat wie der Bundestag. Die besondere Verantwortung des Bundestags habe auch Gründe in der deutschen Geschichte. Bemerkenswert seien die stets breiten parlamentarischen Mehrheiten für Auslandseinsätze, die weit über die jeweiligen Regierungsfractionen hi-

nausgehen. Mit den Argumenten für und gegen einzelne Auslandseinsätze würden sich nicht nur die fachlich primär zuständigen Verteidigungspolitiker, sondern alle Abgeordneten auseinandersetzen. Zuvor hatte Lammert in einer Rede an der Hamburger Bundeswehruniversität zur Rolle des Bundestags bei internationalen Militäreinsätzen erklärt: „Der wesentliche Vorzug der parlamentarischen Entscheidung besteht nicht darin, dass sie prinzipiell >richtiger< ist, sondern darin, dass solche Fragen, die buchstäblich über Tod und Leben entscheiden können, nicht allein Entscheidungen einer Regierung sein sollten, sondern Entscheidungen eines Parlaments und damit der Vertretung des Volkes, in der alle relevanten politischen Gruppierungen mit ihren jeweiligen Lebenserfahrungen und Lebenseinschätzungen zu Wort kommen.“ ... „Der Deutsche Bundestag weiß, dass er sich auf diese Armee verlassen kann und die Soldaten sollten wissen, dass sie sich auf ihr Parlament verlassen können.“

Der Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Bartels betonte in seinem Grußwort, dass die Wahl des Orts der Ausstellungseröffnung dem Charakter der Bundeswehr als Parlamentsarmee entspreche. Nach seiner Erfahrung mache sich kein Abgeordneter die Entschei-

dung über die Zustimmung zu einem Auslandseinsatz leicht. Das zeige sich auch an Debatten in allen Fraktionen. Auch in ihren Wahlkreisen hätten die Abgeordneten sich Diskussionen über ihr Abstimmungsverhalten zu stellen und ihre Entscheidungen zu vertreten. Der Wehrbeauftragte berichtete über viele Einzelschicksale, die sich an ihn wenden. Manche dieser Soldaten seien bis zu ihrem Lebensende durch Einsätze beeinträchtigt. Rainer Erdel mahnte gesellschaftliche Anerkennung für Soldaten an, die in Deutschland immer noch viel geringer als in anderen Ländern sei. Auch André Wüstner bezog sich in seinem Grußwort auf die Stellung der Soldaten in der Gesellschaft. Gerade nach dem Ende der allgemeinen Wehrpflicht sei es Aufgabe aller gesellschaftlich relevanten Gruppen, einen Beitrag zu Kontakten mit Bundeswehrangehörigen zu leisten. □

(Sebastian Prinz)

**Operation Heimkehr.  
Bundeswehrsoldaten über  
ihr Leben nach dem Auslands-  
einsatz, von Sabine Würich  
und Ulrike Scheffer  
(Herausgeberinnen),  
Christoph Links Verlag,  
Berlin 2014, 189 Seiten,  
ISBN 978-3-86153-759-5**

### Kurznachrichten

#### Auch nach ISAF präsent

Am 31. Dezember 2014 wird der ISAF-Einsatz in Afghanistan beendet. Am 1. Januar 2015 beginnt dann die Nachfolgemission Resolute Support. Umfasste ISAF auch einen Kampfauftrag, geht es bei der Resolute Support Mission (RSM) darum, die afghanischen Sicherheitskräfte auszubilden, zu beraten und zu unterstützen.

Laut dem Beschluss der Bundesregierung können bis zu 850 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden. Das Mandat läuft bis zum 31. Dezember 2015. Die erforderliche Zustimmung des Bundestages steht noch aus.

Das Truppenstatut zwischen der NATO und Afghanistan wurde am 30. September von der neuen afghanischen Regierung unterzeichnet. Es ist die Grundlage für das weitere deutsche Engagement in Afghanistan. Mit der Ratifizierung brachte die Regierung der Islamischen Republik Afghanistans ihre Zustimmung zur Resolute Support Mission zum Ausdruck.

Der NATO-Einsatz hat einen personellen Gesamtumfang von circa 12.000 Soldatinnen und Soldaten. Neben den NATO-Mitgliedsstaaten beteiligen sich noch 14 weitere Nationen an diesem Einsatz.

Das Konzept des Einsatzes sieht ein „Nabe- und Speichenmodell“ vor. Die Hauptstadt Kabul ist dabei die Nabe. Die „Speichen“ sind strategisch wichtige Städte in Afghanistan, darunter Masar-i Scharif im Norden. Dort übernimmt Deutschland als Rahmennation besondere Verantwortung. Rund 20 weitere Nationen werden zusammen mit Deutschland im Norden Afghanistans tätig sein. □

(Quelle: [www.bmvg.de](http://www.bmvg.de) vom 2.12.14)



# Ethische Aspekte „Waffenhilfe im Syrien- und Irakkonflikt“

## Positionen der beiden großen Kirchen im Wandel 2012 bis 2014

VON GERHARD ARNOLD

### Vorgeschichte im syrischen Bürgerkrieg

Die kurdische Tragödie hat ihren Ursprung im syrischen Bürgerkrieg, der im März 2011 begonnen hat und dessen Ende nicht absehbar ist. Der kurze Blick zurück ist aus mehreren Gründen sinnvoll. Zum einen gelang es den Kurden recht schnell, im Verlauf des Bürgerkriegs in ihrem Siedlungsgebiet im Norden Syriens eigene Verwaltungsstrukturen aufzubauen und die Hoffnung auf einen gemeinsamen grenzübergreifenden Kurdenstaat in Nordsyrien und im Nordirak zu beleben. Die Terror-Miliz Islamischer Staat IS (Name seit Sommer 2014) in der Vorläuferform ISI (Islamischer Staat im Irak) konnte erst durch den syrischen Bürgerkrieg die Vision einer regionalen Herrschaft über den Irak hinaus entwickeln. Sie entstand unmittelbar nach der amerikanischen Besetzung des Irak 2003 unter Führung des Bin Laden-Vertrauten Zar-kawi und bekämpfte den politischen Aufstieg der irakischen Mehrheitsbevölkerung, der Schiiten, mit allen denkbaren Mitteln des Terrors.<sup>1</sup> Ihr Ziel war zunächst ein religiös-fanat-scher sunnitischer Staat im Irak, aber das syrische Chaos schien die Möglichkeit zu eröffnen, auch Syrien ein-zubeziehen. Bin- Laden-Nachfolger Zawahiri rief am 11. Februar 2012 die Muslime im Irak, in Jordanien, im Li-banon und in der Türkei zum Kampf gegen das Assad-Regime auf. Das war für die Terror-Gruppe ISI Anlass, sich seitdem offen am syrischen Bürgerkrieg zu beteiligen und den Namen 2013 deshalb zu erweitern: Islami-scher Staat im Irak und in Syrien ISIS.

Zwei konzeptionell völlig kont-räre Staatsbildungsprozesse, ein sä-kularer und demokratie-kompatibler

und daneben ein religiös-fanat-scher, erwachsen seit 2012 aus der Chaos-masse des zerfallenden Syriens und schufen die Grundlage für den mas-siven Vorstoß des ISIS, bzw. in der Kurzfassung IS, gegen die Kurdenre-gion in Syrien und im Irak seit dem Frühsommer 2014.

Zudem begann nach dem ver-mutlichen Regierungs-Massaker von Hula am 25./26. Mai 2012 in Siedlun-gen nördlich von Homs mit 108 To-ten eine intensive Debatte in Europa, auch in Deutschland, ob eine militä-rische Intervention angezeigt wäre, um die Zivilbevölkerung zu schützen. Nicht erst jetzt, 2014, sondern bereits im Juni und Juli 2012 zeigten deut-sche Zeitungskommentare vielfach Verständnis für Forderungen nach einem militärischen Eingreifen des Westens in den Konflikt, z.B. durch Errichten einer Flugverbotszone für syrische Kampfflugzeuge. Sie sahen allerdings auch die Fußangeln: Was kommt nach Assad? Wird es nach ihm vielleicht nur noch schlimmer? Was kann ein realistisches militäri-sches Operationsziel sein? Ist militä-risches Eingreifen ohne UN-Mandat verantwortlich?

Das Thema dieses Beitrags sind die kirchlichen Stellungnahmen zu den deutschen Waffenlieferungen an die Kurden im Nordirak im Sommer 2014. Diese kirchlichen Äußerungen haben ebenfalls eine Vorgeschichte von zwei Jahren und es ist interessant zu beobachten, wie sie sich in engem Austausch mit den kirchlichen Wür-denträgern in Syrien und im Irak in den letzten beiden Jahren gewandelt haben. Die deutschen Kirchen verfol-gen mit großer Aufmerksamkeit die Gewalteskalation im Nahen Osten, weil seit frühchristlicher Zeit im heu-tigen Irak und in Syrien beträchtliche und sehr lebendige christliche Kir-chen vorhanden sind. Im Irak lebten bis zum Ende des Regimes von Sad-dam Hussein im April 2003 ungefähr

eine Million Christen, in Syrien bis 2011 etwa zwei Millionen. Das politi-sche Baath-System in beiden Ländern war religionstolerant und erlaubte den Christen bei aller politischen Repres-sion ungestörte Religionsausübung. Viele syrische Kirchenführer bemüht-en sich deshalb seit Frühjahr 2011, seit Beginn des politischen Aufstands gegen die Assad-Herrschaft, eisern um politische Neutralität. Sie wandten sich gerade nach dem Hula-Massaker in Erklärungen und Interviews gegen die in Europa verbreitete Kritik an Präsident Assad als Urheber der syri-schen Bürgerkriegsprobleme und for-derten eine politische und gewaltfreie Konfliktlösung. Militärisches Eingrei-fen von außen lehnten sie strikt ab.

Das beeinflusste auch die kirchli-chen Stellungnahmen und Aktivitäten auf katholischer und evangelischer Seite. Denn welcher Kirchenführer in Europa konnte ein Interesse haben, sich inhaltlich gegen die nahöstlichen Amtsbrüder zu stellen, die in schwie-rigster Lage versuchten, ihre Kirchen aus den innenpolitischen Konfronta-tionen herauszuhalten?

Papst Benedikt XVI. setzte 2012 ganz auf diplomatische Missionen zur friedlichen Konfliktlösung. Das war auch die Linie des Ökumenischen Rates der Kirchen ÖRK in Genf und die der evangelischen Kirche und angeschlossenen Organisationen in Deutschland. Darüber hinaus setz-ten sich die beiden großen Kirchen für eine großzügige Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland ein.

Im Jahr 2013 verschärfte sich der Syrienkonflikt durch die offenkundige Internationalisierung, durch den nicht nur radikal-islamische Gruppierun-gen aus dem Ausland unterstützt wur-den (Iran, Saudi-Arabien, Libanon), sondern auch ausländische Kämpfer ins Land strömten. Die al Qaida-nahe Terror-Miliz ISIS wurde durch ihre un-vorstellbare Grausamkeit im Irak und in Syrien berüchtigt.

<sup>1</sup> Sehr gehaltvolle Kurzinformation bei Guido Steinberg, Der Islamische Staat im Irak und Syrien (ISIS), veröffentlicht am 26.8.2014 auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de))

Auch im Irak verschärfte sich die innenpolitische Konfliktlage bereits seit Jahren. Der irakische Regierungschef Maliki, ein Schiit, betrieb seit 2006 eine rücksichtslose antisunnitische Politik und förderte damit nicht nur die religiöse Polarisierung, sondern höhnte auch die staatliche Einheit des Landes aus. Die sunnitische ISIS erfreute sich ausländischer Hilfe von sunnitischen Staaten und bedrängte die Christen unsäglich. Laut Bericht des evangelischen Pressedienstes epd vom 23.01.2013 forderte der chaldäisch-katholische Erzbischof von Kirkuk im Nordirak, Louis Sakko, die internationale Gemeinschaft auf, für das Überleben der christlichen Minderheit in Nahost einzutreten.<sup>2</sup>

Er kritisierte die militärische Unterstützung der Rebellen in Syrien durch den Westen. „Die internationale Gemeinschaft ist überzeugt, dass man durch Waffen die Lage verbessern und zur Demokratie gelangen kann“, beklagte Sakko. „Das Ergebnis sind eine bewaffnete Opposition und ein Regime, das alles zerstört.“

Auch die syrischen Kirchenführer blieben das ganze Jahr 2013 über bei ihrem Nein zu einem militärischen Engagement des Westens im Syrienkonflikt. Das Nein bezog sich auf intensiv erwogene westliche Waffenlieferungen an die syrischen Rebellen und Monate später auf amerikanisch-französische Präzisionsschläge gegen Militäreinrichtungen des Assad-Regimes.

### Waffenlieferungen an die syrischen Rebellen?

Im Mai 2013 begann in den USA und in Europa eine intensive politische und mediale Diskussion, ob die sogenannten gemäßigten syrischen Rebellen mit Waffen ausgerüstet werden sollten, um gegen die ihnen feindliche und hochgerüstete ISIS, die kampfstärke libanesische Schiiten-Miliz Hisbollah und andere fanatische Gruppierungen standhalten zu können, aber auch gegen das militärisch wieder erfolgreiche Assad-Regime.

Der Streit über diese Frage bildet also den Vorlauf zu der ähnlichen Dis-

kussion im August 2014 während der Kurdentragödie im Nordirak, wenn gleich unter anderen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen.

Die EU hatte am 29. November 2012 erneut Embargomaßnahmen gegen Syrien beschlossen, die auch Waffenlieferungen ins Land beinhalteten. Nur einstimmig wäre eine Verlängerung über den 30. Mai 2013 hinaus möglich gewesen.

Frankreich und Großbritannien drängten im März 2013 massiv darauf, die gemäßigten Rebellen der Freien Syrischen Armee FSA militärisch zu stärken. Das Gros der EU-Ländern war dagegen, auch Deutschland. Die Sorge war groß, dass die Waffen in die falschen Hände, sprich in die Verfügung religiös-fanaticher Gruppen gelangen könnten. Der deutsche Außenminister Westerwelle befürchtete zudem eine weitere Entgrenzung der Gewalttätigkeiten bis hin zum regionalen Flächenbrand. Am 27. Mai 2013 gelang keine politische Einigung, so dass das Waffenembargo am 30. Mai auslief. Frankreich und Großbritannien erklärten aber, sich bis auf weiteres an das Embargo zu halten.

Die SPD und die GRÜNEN lehnten westliche Waffenlieferungen in das Bürgerkriegsland ab. Die Bundesregierung war, was Deutschland angeht, der gleichen Meinung und entschied sich später für die Lieferung von nichttödlicher Ausrüstung, Panzerwesten und Sanitätsmaterial, widersetzte sich aber zuletzt nicht dem EU-Beschluss, jedes Land selber entscheiden zu lassen.

Die beiden Völkerrechtler Thilo Marauhn und Sven Simon in Gießen stellten am 28.06.2013 in der FAZ mit aller Klarheit heraus, dass Waffenlieferungen an die Rebellen in Syrien ohne UN-Mandat völkerrechtlich in keiner Hinsicht erlaubt seien.<sup>3</sup>

Die erste direkte Äußerung aus der evangelischen Kirche kam vom EKD-Friedensbeauftragten Renke Brahm am 22. März 2013. Sie gibt den EKD-Konsens wieder:

3 Thilo Marauhn/ Sven Simon, Nur an das Assad-Regime dürfen Waffen geliefert werden. Humanitäre Motive ohne UN-Mandat können eine – auch nur indirekte – militärische Intervention nicht rechtfertigen, FAZ vom 28.06.2013.

„Waffenlieferungen nach Syrien würden nicht dazu beitragen, einen Bürgerkrieg zu beenden, der zu mehreren Zehntausend Toten vor allem in der Zivilbevölkerung und der Flucht von Millionen Menschen geführt habe, sagte der Friedensbeauftragte. ‚Wer Waffen liefert, wird direkt zur Konfliktpartei‘, argumentiert der Theologe. Durch Waffenlieferungen werde die syrische Gesellschaft weiter militarisiert, und es drohe ein Export der Gewalt in Nachbarländer. Brahm warnte zudem vor einer ‚Rüstungsspirale‘, da die Lieferung von Waffen an eine Konfliktpartei Reaktionen der Gegenseite hervorriefen.“<sup>4</sup> Der bayerische Landesbischof Bedford-Strohm kritisierte vor der bayerischen Landessynode am 15. April 2013 deutsche Waffenlieferungen in Krisengebiete. „In Syrien würden Waffenlieferungen ‚vom Regen in die Traufe‘ führen, weil die Motive der Rebellen sehr unterschiedliche seien. Wenn Waffen aus Deutschland geliefert werden, müsse sich deshalb niemand wundern, dass islamistische Gruppen in Syrien später mit Waffen die Macht übernehmen, auf denen ‚Made in Germany‘ stehe.“<sup>5</sup> Diese Position des bayerischen Landesbischofs im Kontext des syrischen Bürgerkriegs ist deshalb interessant, weil er sich im September 2014 zur Frage der Waffenlieferungen an die Kurden im Nordirak ganz anders äußern wird.

Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, hat am 30. März 2013 die anhaltenden Waffenlieferungen nach Syrien kritisiert. „In Kriegsgebieten und Bürgerkriegsregionen, wie etwa in Syrien, werden Tausende Menschen aus ihrer Heimat vertrieben oder sterben gar einen gewaltsamen, oft grausamen Tod. Diese Konflikte lassen sich nicht durch verstärkte Waffenlieferungen lösen“, schreibt Zollitsch.<sup>6</sup>

4 Evangelische Kirche warnt vor Waffenlieferungen nach Syrien, epd Basisdienst vom 22.03.2013. Am 28. März 2013 vertrat der EKD-Ratsvorsitzende in seiner Karfreitagsbotschaft die gleiche Auffassung.

5 Landesbischof: Keine Waffen „Made in Germany“ in Konfliktgebiete, epd Landesdienst Bayern vom 15.04.2013.

6 Zollitsch kritisiert Waffenlieferungen nach Syrien, epd Landesdienst Südwest 30.03.2013.

Caritaspräsident Peter Neher nahm am 17. Juli 2013 zur Lage in Syrien Stellung. „Er warnte eindringlich vor Waffenlieferungen in das Bürgerkriegsgebiet. Eine Aufrüstung der Kriegsparteien könne eine ‚Escalation der Gewalt‘ mit sich bringen, sagte Neher. Diese Gefahr sei sehr konkret. Zudem hält die Caritas Waffenlieferungen für nicht kontrollierbar.“

Der Caritaspräsident bezeichnete den Syrischen Bürgerkrieg als eine der größten humanitären Katastrophen der zurückliegenden zehn Jahre. Jeden Monat würden rund 5.000 Menschen sterben. Kranke und Verwundete könnten nur unter Lebensgefahr behandelt werden. Die Caritas fordert daher Feuerpausen und ‚humanitäre Korridore‘, um die Nothilfe fortsetzen zu können.“<sup>7</sup>

Kirchliche Erklärungen laufen aber schnell ins Leere, wenn sie mit politischen Forderungen verbunden werden, die auf fehlende politische und moralische Ressourcen der unterschiedlichen Konfliktparteien treffen und die Möglichkeiten der internationalen Gemeinschaft übersteigen.

So forderte eine gemeinsame Erklärung des entwicklungsorientierten Bündnisses „Entwicklung Hilft“ vom 7. Mai 2013, an dem Brot für die Welt und das katholische Hilfswerk misereor mitwirkt u.a.<sup>8</sup> „Eine Waffenruhe und ein deutlich verbesserter Zugang für die Hilfsorganisationen in allen Landesteilen Syriens sind wichtige Voraussetzungen für die dringend erforderliche, umfangreiche Ausweitung der Hilfsmaßnahmen. Deutschland und die Europäische Union müssen sich deshalb dafür einsetzen, dass die politische Blockade im Syrien-Konflikt überwunden wird, um eine politische Lösung des mehr als zwei Jahre andauernden Konfliktes zu erreichen. Dafür muss massiver politischer Druck auf die syrische Regierung und die Opposition ausgeübt werden.“

7 Not durch Kriege, 17.07.2013, veröffentlicht auf der Homepage von katholisch.de

8 Humanitäre Hilfe verstärken, politische Blockaden überwinden, Berlin, 07.05.2013, veröffentlicht u.a. auf der Homepage von Brot für die Welt.

### Westliche Militärschläge gegen syrische Militäreinsichtungen?

Entgegen bisherigen amerikanischen Erklärungen, sich militärisch herauszuhalten, änderte der Giftgas-Einsatz vom 21. August 2013 in Vororten von Damaskus die politische Grundhaltung in Washington und in mehreren europäischen Hauptstädten. Über 1300 Zivilisten sollen nach Rebellenangaben ums Leben gekommen sein. Das Assad-Regime wurde sofort vom Westen, natürlich auch von der Opposition in Syrien, der Urhebererschaft verdächtigt, doch durchschlagende öffentliche Beweise blieben bis heute aus.

Die USA, Großbritannien und Frankreich erwogen nun erstmals begrenzte militärische Schläge gegen Einrichtungen von Assads Streitkräften. Gedacht war an den Einsatz von Marschflugkörpern. Die politische Hektik in den europäischen Regierungen und Parlamenten, in Parteien und Öffentlichkeit, bei Fachleuten und Juristen war enorm, auch in Deutschland. Die Publizistik war gespalten in Interventionsgegner und -befürworter.

Die beiden großen Kirchen blieben bei ihrer bisherigen Linie, sich an den Appellen und Erklärungen der syrischen Kirchenführer zu orientieren, d.h. also, sich in Medien entschieden gegen einen westlichen Waffengang der USA, Großbritanniens und Frankreichs auszusprechen.<sup>9</sup>

### Die ISIS eroberte im Sturm weite Teile des Nordirak

Im Frühsommer 2014 entwickelte sich die direkte militärische Konfrontation der ISIS-Terrormiliz mit den kurdischen Selbstverteidigungseinheiten im nördlichen Irak und vorher bereits in Nordsyrien. Einleitend wurde bereits darauf hingewiesen, dass seit 2012 die beiden Staatsbildungsprozesse der Kurden in Nordsyrien und der al Qaida-nahen Gruppe ISIS parallel im Gange waren. Letztere konnte dabei an die militärischen Erfolge anknüpfen, die sie im Lau-

9 Textdokumentation und orientierende Einleitung zu den Stellungnahmen aus der evangelischen Kirche von Gerhard Arnold: Bürgerkrieg in Syrien – was kann Kirche tun?, epd-Dokumentation Nr. 42 vom 15.10.2013.

fe des Jahres 2013 im Norden und Osten Syriens erzielt hatte, in der Nähe der Kurdengebiete und v.a. entlang des Euphrat bis zur irakischen Grenze größere zusammenhängende Herrschaftsgebiete zu erkämpfen und verwaltungsmäßig zu durchdringen. Allerdings kam es dabei zu keinen größeren Vertreibungsaktionen von Christen, weil diese im Westen Syriens beheimatet waren. Die Zahl der ISIS-Kämpfer war durch ausländische Fanatiker, die nach Syrien und den Irak zu ihnen strömte, immer größer geworden.

Man kann also nicht sagen, dass die ISIS im Nordirak ganz plötzlich mit raumgreifenden militärischen Operationen begonnen hätte. Überraschend war nur die Schnelligkeit, mit der die irakische Armee in den Kampfgebieten zusammengebrochen ist, eine Folge des völligen Versagens der schiitischen Regierung Maliki seit Jahren. Der Norden Iraks lag der ISIS mit ihren geschätzt 10.000 Mann, die von Ostsyrien aus vorstieß, bis zur Grenze von irakisch Kurdistan offen. Das Erschrecken der internationalen Öffentlichkeit war groß und hing wohl in erster Linie mit der unvorstellbaren Brutalität zusammen, mit der die Gotteskrieger gegen die unterworfenen Bevölkerung vorging. Die Christen waren die erste Minderheit, die erneut massiver Verfolgung ausgesetzt war, nach der ständigen Diskriminierung und Unterdrückung durch religiöse Fanatiker seit dem Sturz von Saddam Hussein. Nach grober Schätzung schrumpfte die Zahl der irakischen Christen von etwa 1,2 Millionen bis 2003 durch Auswanderung auf etwa 400.000 im Jahr 2012. Viele waren seitdem in die relativ sicheren Kurdengebiete im Nordirak geflohen.

Mossul, die zweitgrößte Stadt des Landes fiel am 10. Juni 2014. Die rund 3000 Christen, die dort noch lebten, mussten unverzüglich aus der Stadt fliehen und begaben sich in Richtung des kurdischen Gebiets, wo sie Sicherheit erwarten konnten. Rund eine halbe Million weiterer Bewohner floh in die Ninive-Ebene.

### Äußerungen der irakischen Oberhirten

Die irakischen Bischöfe und Patriarchen bezogen in vielen In-



terviews nach dem 10. Juni 2014 zur verzweifelten Entwicklung in ihrem Land Stellung. Dabei ist es wichtig, ihre Lagebeurteilung und ihre Appelle an die internationale Öffentlichkeit in ihrer Entwicklung genau zu verfolgen.

Der römisch-katholische Erzbischof von Bagdad, Jean Sleiman, sagte am 17. Juni 2014 gegenüber dem katholischen Hilfswerk KIRCHE IN NOT, die internationale Staatengemeinschaft sollte nicht in den Kampf gegen die radikal-islamische Terrorgruppe ISIS im Irak eingreifen.<sup>10</sup>

„ISIS muss gestoppt werden. Entscheidend dafür, ob ISIS bei ihrem Eroberungszug durch den Nordirak Einhalt geboten werden kann, ist der politische Konsens innerhalb des Irak“, sagte Sleiman. Falls die irakische Regierung nicht an einem Strang zöge, werde die Bedrohung einen tragischen Ausgang nehmen.“

In die gleiche Richtung geht die Stellungnahme des chaldäischen Erzbischofs von Mossul, Amel Shamon Nona, gegenüber dem Fidesdienst in Rom am 18. Juni 2014.<sup>11</sup> „Mit Blick auf eine mögliche Intervention ausländischer Kräfte im Irak erinnert der chaldäische Erzbischof von Mossul daran, dass ‚es in Irak schon viele Kriege gegeben hat. Doch militärische Interventionen tragen nicht zur Lösung der Probleme bei. Früher oder später brechen die Konflikte erneut und noch heftiger aus. Es muss geduldig nach einer gemeinsamen Sprache gesucht werden, damit wir Instrumente für einen Dialog finden, an dem alle Iraker beteiligt sind“.

Noch detaillierter äußerte sich der chaldäisch-katholische Patriarch Louis Rafael I. Sako im Interview mit KIRCHE IN NOT am 2. Juli 2014.<sup>12</sup>

Der Patriarch rechnet zu diesem Zeitpunkt nicht mehr mit dem Erhalt der staatlichen Einheit des Irak, bestenfalls seiner Hülle. ISIS werde aus Widerwille gegen die schiitische Herrschaft von den meisten sunnitischen Arabern unterstützt und werde einen eigenen Staat errichten. „Es ist die dunkelste Stunde für alle. Es sind viel mehr Muslime als Christen aus Mossul und Umgebung geflüchtet. Aber was uns große Sorge bereitet, ist, dass die Abwanderung der Christen aus dem Irak zunehmen wird. [...] In zehn Jahren wird es vielleicht noch 50 000 Christen im Irak geben.“ Deutlich ist seine Kritik am Westen, der sich im Grunde nicht für den Irak interessiere. Die Christen in den westlichen Ländern seien schwach. Er lehnt eine amerikanische Intervention in den aktuellen Konflikt ab: „Die Amerikaner waren hier und haben viele Fehler gemacht. Die jetzige Lage ist ihre Schuld. Warum ein Regime durch eine schlimmere Lage ersetzen? Das ist nach 2003 geschehen. Die Amerikaner haben einen Diktator abgesetzt. Aber wenigstens hatten wir damals unter Saddam Hussein Sicherheit und Arbeit. Und was haben wir jetzt? Verwirrung, Anarchie und Chaos. Dasselbe ist in Libyen und Syrien geschehen.“

Die Erklärung der Erzbischöfe aller Konfessionen von Mossul vom 25. Juli 2014 fasst die wichtigsten Anliegen der Christen zusammen.<sup>13</sup> Sie beklagen die Verbrechen an der Menschlichkeit, die ihnen widerfahren sind und fordern von der Zentralregierung die Wiederherstellung ihrer Sicherheit und Entschädigung für ihre materiellen Verluste. Hinzu kommt ihr Appell: „Außerdem fordern wir Menschen mit einem Gewissen im Irak und in der ganzen Welt auf, Druck auf diese Militanten auszuüben, damit sie mit der Zerstörung von Kirchen und Klöstern und der Verbrennung von Schriften und Reliquien des christlichen Erbes aufhören, das auch ein wertvolles Erbe des Irak und der ganzen Welt ist.“

Doch wer soll instande sein, wirksamen Druck auf die ISIS, die sich inzwischen nur noch IS nannte, um ihren größeren regionalen Anspruch zu dokumentieren, auszuüben?

Patriarch Raphael Sako, der mit seinen Interview-Äußerungen vom 2. Juli bereits kurz vorgestellt wurde, wurde in seinem Brief an die Weltöffentlichkeit vom 7. August 2014 nicht konkreter:<sup>14</sup> „We appeal with sadness and pain to the conscience of all and all people of good will and the United Nations and the European Union, to save these innocent persons from death. We hope it is not too late.“

Denkt der Patriarch wegen der Dramatik der Lage jetzt an ein regionales militärisches Eingreifen der internationalen Gemeinschaft?

Wie reagierte die internationale Politik auf die dramatische Lageentwicklung im Irak? Nach wochenlangem Bitten des irakischen Premiers Maliki entschloss sich US-Präsident Obama zu begrenzten Luftschlägen gegen IS-Stellungen im Nordirak, erstmals am 8. August 2014.

Nach der Bitte von Kurden-Präsident Barsani am 10. August um westliche Waffen für seine Peschmerga-Kämpfer begann in Deutschland eine rege Debatte. Der Meinungsstreit ging durch fast alle Parteien, sogar durch die LINKEN. Am 20. August beschloss die Bundesregierung diese Waffenhilfe und der Bundestag bestätigte am 1. September 2014 deren Entscheidung.

In der Endphase der deutschen Diskussionen erschien am 27. August 2014 ein Namensbeitrag von Patriarch Louis Raphael Sako in der SZ.<sup>15</sup> Darin schrieb er u.a.: „Bis heute gibt es keine auch nur entfernt konkrete und absehbare Lösung für die Probleme, vor denen wir stehen, während nach wie vor dem Islamischen Staat Ströme von Geld, Waffen und Kämpfern zufließen. Wir erleben, dass mit aller Kraft an unserer Vertreibung aus dem Irak gearbeitet wird, dass aber die Welt immer noch nicht so recht die Dramatik der Lage erkannt hat. [...]“

10 „Keine ausländische Intervention“. Erzbischof von Bagdad ruft die Politiker im Land zur Zusammenarbeit auf, Homepage von Kirche in Not am 17.06.2014.

11 Chaldäischer Erzbischof am Tag des Gebets und Fastens für den Frieden: „Bewaffnete Konflikte tragen nicht zur Lösung der Probleme bei“, veröffentlicht auf der Homepage des Fidesdienstes (www.fides.org) am 18.06.2014.

12 „Es ist die dunkelste Stunde für alle“, Interview mit dem chaldäischen Patriarchen Louis Rafael I. Sako aus dem Irak, Homepage von Kirche in Not am 02.07.2014

13 „Eine offensichtliche Verfolgung“, Erklärung irakischer Bischöfe über die Lage der Christen im Land, am 25.07.2014 veröffentlicht auf der Homepage von KIRCHE IN NOT.

14 Patriarcha Babylonensis Chaldaeorum, Chaldean Patriarchate's Appeal for urgent help S.O.S. vom 07.08.2014.

15 Louis Raphael Sako, Vergesst uns nicht!, SZ vom 27.08.2014.



Hier darf die internationale Gemeinschaft nicht indifferent bleiben. Vor allem die Vereinigten Staaten und die Europäische Union tragen hier eine historische und moralische Verantwortung. Ja, es gibt Bemühungen, die Katastrophe zu verhindern. Doch bislang haben die Entscheidungen und Taten nichts am Fortgang der Ereignisse geändert. [...] Wir brauchen Hilfe, dringend und nötig, von allen Menschen guten Willens. Es müssen die Christen und die Jesiden im Irak vor der Vernichtung gerettet werden. [...] Es muss etwas geschehen, damit diesen Menschen geholfen wird, die von Anfang an in diesem Land ihre Geschichte haben. Viele Vertriebene wollen zurück in ihre Städte, Dörfer, Häuser auf der Ninive-Ebene. Sie hoffen, dass dies einigermaßen sicher möglich sein wird – unter internationalem Schutz.“

Damit wurde der Patriarch zum ersten Mal deutlicher, was er sich nun auch von den USA erwartet: Die Einrichtung von Schutz zonen im Nordirak. Das beinhaltet aber nichts weniger als einen aufwändigen und gefährlichen westlichen Kampfeinsatz mit Bodentruppen. Doch bleibt fraglich, ob der Oberhirte sich dessen bewusst war. Sein Appell ist ein Verzweiflungsakt. Die Gewalt des IS, gesteigert noch gegenüber den Gewalterfahrungen in den letzten Jahren, erklärt die bisher konsequent vermiedene Bitte um bewaffneten Schutz für die vertriebenen Menschen, Christen, Jesiden, aber auch Muslime. Kein Wort zu den westlichen Waffenlieferungen an die Kurden, obwohl es ausschließlich sie waren, die bisher Flüchtlinge und Vertriebene aus Mossul und anderswo aufgenommen haben. Steht dahinter die Sorge, dass die Kurden westliche Waffenhilfe letztlich dazu nutzen würden, sich einen voll autonomen Staat zu erkämpfen und damit dazu beitragen, auch das äußere irakische Staatsgehäuse zu zerstören?

Auch kein Wort zu den US-Luftangriffen auf IS-Stellungen. Die Erklärung dazu findet sich in seinen Äußerungen in Genf am 18. September 2014: Luftangriffe töten auch Unschuldige.<sup>16</sup>

16 Chaldäisch-katholischer Patriarch fordert Befreiung von Mosul und der Ninive-Ebene, Beitrag vom 18.09.2014

Gleichzeitig mit Beginn der deutschen Diskussion über das militärische Eingreifen der USA und eine mögliche deutsche Waffenhilfe an die Kurden im Irak um den 8. August setzte auch eine kirchliche Diskussion zum Thema ein. Ihre Besonderheit: Leitende evangelische und katholische Kirchenmänner gaben Medien-Statements in einer Fülle wie noch nie zuvor ab, mit klarem Übergewicht auf evangelischer Seite.

Am 10. August beschränkte sich Papst Franziskus im Angelusgebet mit Hinweis auf den Irakkonflikt in Rom auf die Vertrauensaussage, „dass eine gute politische Lösung auf internationaler und lokaler Ebene diese Verbrechen beenden kann.“ Auf seiner Rückreise von einem Besuch in Südkorea sagte er am 19. August im Flugzeug zum gleichen Thema: „In diesen Fällen, in denen es eine ungerechte Aggression gibt, ist es legitim, dem Aggressor Einhalt zu gebieten“, was in den Medien als Zustimmung zu den US-Luftschlägen gegen IS-Stellungen gedeutet wurde.

#### Positionen der katholischen Bischöfe

Bischof Gebhard Fürst (Diözese Rottenburg) gehört zu den ersten deutschen katholischen Bischöfen, die sich sehr klar positioniert haben.<sup>17</sup> Am 9. August 2014 nannte er das Wüten des IS im Nordirak eine „Barbarei unvorstellbaren Ausmaßes“. Zudem forderte er „rasche Hilfsmaßnahmen durch die Weltgemeinschaft und deren entschlossenes Eingreifen. Den Hilfs- und Militäreinsatz der USA wie auch zuletzt die Hilfsflüge Großbritanniens in der autonomen Provinz Kurdistan mit ihrer Hauptstadt Erbil begrüßte Fürst ausdrücklich. Ohne Hilfe von außen könne die Regierung der autonomen Provinz sich nicht des drohenden Ansturms der IS erwehren.“ In die gleiche Richtung gingen Interview-Äußerungen des Sprechers der Deut-

veröffentlicht auf der Homepage von pro oriente.

17 Bischof Fürst ruft zu Hilfe für Terroropfer auf, Beitrag vom 09.08.2014 veröffentlicht auf der Homepage von katholisch.de.

schen Bischofskonferenz Matthias Kopp gegenüber WDR 2.<sup>18</sup>

Der Vorstand des Internationalen katholischen Hilfswerks missio, Prälat Klaus Krämer, forderte in einem Brief an die Bundeskanzlerin vom 8. August u.a., bei der UNO auf die Errichtung einer Schutzzone und der Präsenz einer internationalen Friedenstruppe im Nordirak hinzuwirken.<sup>19</sup>

Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick äußerte sich wenige Tage später am 13. August gegenüber Deutschlandradio Kultur sehr ausführlich.<sup>20</sup> Er betonte die Bedeutung der humanitären Nothilfe vor Ort, die großzügige Aufnahme irakischer Flüchtlinge in Deutschland in engem Austausch mit der Bundesregierung. Zu den US-Luftschlägen sagte er: „Was die Amerikaner machen, nämlich die ISIS-Truppen zu stoppen, auch mit Waffengewalt, das halte ich für richtig. Wir haben immer gesagt, dass es die Möglichkeit geben muss, auch wenn man gegen jeden Krieg ist, act to protect, also zu handeln, um zu schützen. Und wenn Menschen in Gefahr sind, wenn deren Leib und Leben in Gefahr sind – und das sind die Christen, das sind auch die Jesiden und andere – dann muss man handeln. Und das tut die USA, und sie ist ja auch in einer Pflicht, denn viele Waffen, die jetzt die ISIS-Truppen haben, die kommen aus Amerika.“

Zu der gerade begonnenen politischen Debatte über mögliche Waffenlieferungen an die Kurden, über nichttödliche militärische Ausrüstung hinaus, sagte er aber ein klares Nein.

18 Gespräch zur Christen-Verfolgung im Irak: „Es ist ein Drama“, Interview mit Matthias Kopp auf WDR 2 am 10.08.2014, vollständige Ausschriftung auf der Homepage des Senders. Das betreffende Zitat: „Gewalt ist immer das letzte Mittel, gerade in einer solch dramatischen Situation mit der IS, wo solche Gewalt-Exzesse existieren, Gewalt wahrscheinlich als das letzte Mittel zu rechtfertigen ist.“

19 Der Brief vom 08.08.2014 wurde auf der Homepage von misio im Original veröffentlicht.

20 „Wir brauchen dort nicht mehr Waffen“, Bamberger Erzbischof Schick fordert mehr Engagement der EU im Kampf gegen die IS-Terrormilizen, Interview am 13.08.2014. Vollständige Ausschriftung des Interviews auf der Homepage von Deutschlandradio Kultur.

Es gebe schon zu viele Waffen in der Region. Er meinte aber, mit etlichen politischen Initiativen, insbesondere einer zügigen Regierungsbildung im Irak, könne man den Vormarsch des IS stoppen. Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, der Münchner Kardinal Reinhard Marx, vermied in seinen ersten Äußerungen eine Stellungnahme zur Frage militärischen Eingreifens von außen.

„Diese barbarischen Akte der Gewalt müssen gestoppt werden. Die internationale Gemeinschaft muss handeln und über Mittel und Wege entscheiden, wie diese humanitäre Katastrophe zu beenden ist“, sagte der Erzbischof von München und Freising im Rahmen eines Besuchs bei den Chaldäischen Katholiken in München am Sonntag, 24. August.<sup>21</sup> Das Wie ließ er offen. Wahrscheinlich wollte er dem ersten Votum des Ständigen Rates der Bischofskonferenz zur Tragödie im Nordirak nicht vorgreifen. Dieser stellte am folgenden Tag in einer ausführlichen Stellungnahme zur uns interessierenden Frage militärischen Eingreifens nur kurz fest, dass die USA „erfolgreich begonnen [haben], sich dem mörderischen Treiben entgegenzustellen“.<sup>22</sup> Ausführlich dagegen ist die ethische Argumentation in der anderen Frage: „In Deutschland wird vor allem über die Lieferung von Waffen an die kurdischen Kämpfer diskutiert, die sich dem Ansturm von ISIS entgegenstellen. Dazu möchten wir als Bischöfe festhalten: Militärische Maßnahmen, zu denen auch die Lieferung von Waffen an eine im Konflikt befindliche Gruppe gehört, dürfen niemals ein selbstverständliches und unhinterfragtes Mittel der Friedens- und Sicherheitspolitik sein. Sie können aber in bestimmten Situationen auch nicht ausgeschlossen werden, sofern keine anderen – gewaltfreien oder gewaltärmeren – Handlungsoptionen vorhanden sind, um die Ausrottung ganzer Volksgruppen und

massenhafte schwerste Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die rechtliche Pflicht der Staaten, gegen Völkermord aktiv tätig zu werden, und die sogenannte ‚Schutzverantwortung‘ (responsibility to protect) zur Abwehr schlimmster, viele Menschen bedrohender Verbrechen. Diese Maßgabe entspricht den Grundsätzen der katholischen Lehre über den gerechten Frieden.“

Der Bamberger Erzbischof Schick wiederholte zwar am 3. September im Interview mit der Frankenpost [Bamberg] seine Bedenken, wonach er „Waffenlieferungen an kurdische Kämpfer für sehr fragwürdig“ hält.<sup>23</sup> Auf der Herbstvollversammlung der Bischöfe am 23. September 2014 referierte er aber die einhellige Meinung seiner Amtskollegen: „In den Beratungen der Vollversammlung ist deshalb auch heute wieder deutlich zum Ausdruck gebracht worden, dass die deutschen Bischöfe die Bekämpfung der ISIS-Milizen für zwingend geboten halten. Der begrenzte Einsatz von Gewalt erscheint uns in diesem Falle vertretbar und auch geboten, solange eine andere plausible Strategie nicht erkennbar ist. Der Angreifer muss aufgehalten werden, wie auch Papst Franziskus zum Ausdruck gebracht hat.“<sup>24</sup>

Erwähnenswert ist die eigenständige Positionierung von Militärbischof Franz-Josef Overbeck. In seinem schriftlichen Statement vom 21. August 2014<sup>25</sup> argumentiert er mit dem Selbstverteidigungsrecht der Flüchtlinge und Kurden im Nordirak. Falls diesen keine „hinreichenden Mittel“ zur Verfügung stünden, seien andere zur Hilfe aufgefordert. „Nichts zu tun

ist keine Option. Wir haben eine Verantwortung für die Opfer ungerechter Gewalt, darunter die Jesiden und die orthodoxen Christen im Irak.“ Er glaubt nicht, dass Waffenlieferungen an die Kurden die Gräueltaten der IS stoppen können. Deshalb denkt er im UN-Rahmen an ein direktes militärisches Eingreifen im Irak und meint wohl eine von UN-Truppen militärisch gesicherte Schutzzone.

### Blickt man auf diese Stellungnahmen, so fallen einige Punkte ins Auge:

Zum einen überrascht die schnelle und durchgehende Überzeugung der Bischöfe, dass die US-Luftschläge gegen IS-Stellungen seit dem 8. August 2014 richtig sind. Angesichts des durchgehenden Nein zu externen militärischen Interventionen in den Syrienkonflikt seit Mai 2013 ist der Sinneswandel offenkundig. Auch die Waffenlieferungen an die Kurden werden durchgehend akzeptiert, natürlich mit der Ergänzung, dass es sich um eine extreme Notsituation unsäglich bedrängter Menschen handelt. Faktisch schließen sich die Bischöfe der letztlich sich durchsetzenden Mehrheitsmeinung im politischen Berlin an, die am 1. September in der Zustimmung des Bundestags zu deutschen Waffenlieferungen an die Kurden sichtbar wurde.

Offenkundig ist allerdings auch, dass sich die katholischen Würdenträger trotz engster Kontakte mit ihren irakischen Amtskollegen, sichtbar in zahlreichen Gesprächen mit ihnen in Deutschland, an deren großer Distanz zu externen Militäreinsätzen nicht mehr orientieren. Der Schulterschluss mit ihnen bei den vielfältigen Fragen humanitärer Hilfe vor Ort, der politischen Unterstützung und der Fürsprache für sie bei der Bundesregierung und bei der EU ist eng. Über das vorsichtige Ja der irakischen Kirchenführer zu einer militärisch gesicherten Schutzzone gehen die deutschen Bischöfe aber deutlich hinaus. Das verlangt nach Erklärung.

Bloßes abwarten und zusehen ist keine Option, sagten einige Oberhirten. Litten sie in der eskalierten Lage des Jahres 2014 unter der Ratlosigkeit, unter dem Gefühl der Ohnmacht, dass alle bisherigen Appelle an die internationale Politik und an

21 Solidaritätsbesuch bei Chaldäischen Katholiken in München. Kardinal Reinhard Marx betet für Verfolgte im Irak, Presseerklärung des Erzbistums München und Freising vom 24.08.2014.

22 Erklärung des Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz zur Situation im Mittleren Osten, „Der Terror im Irak muss aufgehalten werden“, Presseerklärung vom 25.08.2014.

23 „Wir dürfen nicht tatenlos zuschauen“, Interview mit Dr. Ludwig Schick, Erzbischof von Bamberg, Frankenpost online vom 03.09.2014.

24 Statement von Erzbischof Dr. Ludwig Schick (Bamberg), Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, im Pressegespräch „Die Situation der Christen im Irak“ am 23. September 2014 in Fulda, Pressemitteilung vom 23.09.2014.

25 „Wir müssen uns diesem Dilemma stellen“, Statement von Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck zu Waffenlieferungen in den Nordirak, 21.08.2014. Veröffentlichung auf der Homepage der kath. Militärseelsorge.

die regionalen Konfliktparteien zu verantwortungsbewusstem Handeln ins Leere gelaufen sind? Beunruhigte sie das Faktum, dass der erklärte westliche Verzicht auf die militärische Karte seit dem Frühjahr 2011 den Weg zu einer politischen Konfliktlösung in Syrien eben nicht geebnet hat, sondern im Gegenteil zu dessen Internationalisierung geführt hat, zu einer fortschreitenden Gewaltorgie unvorstellbaren Ausmaßes?

Wollten die Bischöfe in der extremen kirchlichen Verfolgungssituation von 2014 nun Entschlossenheit zeigen, wirksame Solidarität mit den irakischen Glaubensgeschwistern über bloße humanitäre Hilfe hinaus? Und verzichteten sie dabei schweren Herzens auf eine öffentliche Argumentation, inwiefern die üblichen friedensethischen Kriterien für einen militärischen Gewalteinsatz erfüllt sind? Von einem plausiblen Gesamtkonzept für ein militärisches Vorgehen, von hinreichender Erfolgswahrscheinlichkeit der US-Luftangriffe auf IS-Verbände konnte ja nicht die Rede sein. Gerade der katholische Militärbischof Overbeck hat das zu erkennen gegeben.

Kurzum: Die zahlreichen bischöflichen Stellungnahmen fordern eine sorgfältige friedensethische Nachbearbeitung heraus, auch die Frage, ob das Gesamtkonzept des gerechten Friedens nachjustiert werden sollte.

### Positionen aus der evangelischen Kirche

Anders als bei den katholischen Bischöfen, die im Grundsätzlichen militärische Zwangsmaßnahmen im Kampf gegen den IS-Terror akzeptierten, auch die Waffenlieferungen an die Kurden als das kleinere Übel, zeigten die evangelischen Kirchenführer ein Bild der Zerrissenheit. Mehrere leitende Geistliche liegen ganz auf der Linie ihrer katholischen Kollegen, am deutlichsten der bayerische Landesbischof Bedford-Strohm, der sich auch am häufigsten geäußert hat. Am 7. August 2014 schrieb er auf seiner Facebook-Seite:

„Der amerikanische Präsident Barack Obama hat heute Nacht angekündigt, den vom Verdursten bedrohten Tausenden von Flüchtlingen aus der Luft zu helfen und das Leben der von

der IS-Miliz bedrohten Christen und Yeziden zu schützen. Ich bin sehr erleichtert. Nach allem, was ich in den letzten Tagen dazu gelesen und wahrgenommen habe, ist hier der in der internationalen ökumenischen Friedensethik in den Blick genommene und auch bei der Vollversammlung des Weltkirchenrats in Busan angesprochene Fall der menschlichen Schutzverantwortung („responsibility to protect“) bzw. die Notwendigkeit polizeiähnlichen Eingreifens zum Schutz unmittelbar von massenhafter Tötung bedrohter Menschen („just policing“) gegeben.“

Später, nach seinem Besuch von Kirchenvertretern und Flüchtlingslagern in der Konfliktregionen vom 7. bis 9. September, forderte er den Aufbau einer UN-Schutzzone und erklärte sich mit Waffenlieferungen an die Kurden einverstanden.

Der Berliner Bischof Markus Dröge billigte in einem Zeitungsbeitrag am 28. August die militärische Intervention gegen die IS-Terroristen, gemeint sind wohl die US-Luftangriffe, aber die Waffenlieferung an die Kurden lehnte er ab.<sup>26</sup> Der frühere evangelische Militärbischof Dutzmann erklärte, die Entscheidung der Bundesregierung zu Waffenlieferungen sehr schweren Herzens mitzutragen, der Friedensbeauftragte Renke Brahm sagte natürlich nein. Natürlich votierte Margot Käßmann in gleicher Weise. Der frühere EKD-Ratsvorsitzende Wolfgang Huber kritisierte in der WELT vom 23.08.2014 Käßmanns Costa-Rica-Pazifismus und sprach sich klar für die Wahrnehmung internationaler Schutzverantwortung im Nordirak mit militärischen Mitteln aus.<sup>27</sup>

Es ist bemerkenswert, dass die Flut kirchlicher Statements mit der sehr umfangreichen EKD-Stellungnahme vom 24. September 2014 auslief.<sup>28</sup> Das Dokument versucht, das

Ja des Rates der EKD zu den laufenden militärischen Maßnahmen (US-Luftangriffe, Waffenlieferungen an die Kurden) zum Schutz der bedrohten Flüchtlinge im Nordirak mit den Grundüberzeugungen der Friedensdenkschrift von 2007 zu verbinden, dem Vorrang ziviler und politischer Maßnahmen im Blick auf eine künftige Friedensordnung. Der Rat der EKD fordert demgemäß „ein umfassendes politisches Konzept, das [...] langfristig aber auf den Aufbau funktionsfähiger staatlicher und zivilgesellschaftlicher Strukturen ausgerichtet ist. Diese Perspektive muss jetzt schon alle aktuellen Maßnahmen leiten.“

Doch eine solche politische Friedensperspektive ist sogar irakischen Bischöfen zweifelhaft und angesichts des de facto Staatszerfalls nur noch Wunschtraum. Die Ratserklärung behauptet sogar ernsthaft, nach verfügbaren Informationen seien im Nordirak wesentliche friedensethische Prüfkriterien erfüllt, um das jetzige militärische Eingreifen zu legitimieren. Vom zweiten, der ethischen Ermächtigung zur Intervention zur Verhinderung weiterer Gewaltexzesse, sind auch die deutschen katholischen Bischöfe überzeugt. Ob diese Ermächtigung allerdings den üblichen Prüfkriterien standhält, ist sehr zweifelhaft. Zu den Kalamitäten der EKD-Erklärung gehört auch der Hinweis auf die Verantwortung des Weltsicherheitsrats, der sich um die Errichtung einer Schutzzone im Nordirak bemühen müsse. Das ist leicht gesagt, weil dieser durch den Konflikt mit Russland vielfach gelähmt ist. Aber wäre die EKD auch bereit, im Falle einer solchen Mandatierung den Einsatz von Bundeswehr-Verbänden in einer internationalen Schutztruppe zu unterstützen, einen Einsatz, der von der Bundesregierung politisch kaum durchsetzbar wäre? Dieser Frage weicht die EKD-Erklärung aus.

Die Durchsicht der katholischen und evangelischen Stellungnahmen hat gezeigt, dass insbesondere auf evangelischer Seite immer wieder zu wenig theologische Sorgfalt die öffentlichen Erklärungen bestimmt hat und bekannte pazifistische, aber auch aktivistische Reflexe sichtbar wurden, die der Glaubwürdigkeit kirchlichen Redens nicht förderlich sind. □

26 B.Z.-Kolumne: Friedensverantwortung heute, B.Z. [Berlin] vom 28.08.2014.

27 Matthias Kamann, Käßmanns Pazifismus weckt Unmut bei Protestanten, WELT online vom 23.08.2014.

28 UN-Mandat für Einsatz gegen IS-Terror, Schutz von Flüchtlingen hat höchste Priorität, Eine friedensethische Stellungnahme des Rates der EKD. Veröffentlichung auf der Homepage der EKD



## Zwischen Kumpel und Schleifer

### Vorgesetzte in der Bundeswehr von heute

**A**m Freitag, den 31.10.2014 fand ab 11.00 Uhr in den Räumlichkeiten des Katholischen Militärbischofsamtes ein Forum zu dem obigen Thema statt. Vorbereitet hatte dies der Sachausschuss Innere Führung, dessen Leiter Oberstleutnant Oliver Ponsold zu dieser Veranstaltung den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages Hellmut Königshaus gewinnen konnte. Weitere Teilnehmer der Debatte waren: Oberst i.G. Prof. Dr. Winfried Heinemann, Chef des Stabes beim Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften, Major Tobias Brösdorf, Sprecher des Gesamtvertrauenspersonenausschuss beim Bundesministerium für Verteidigung, Hauptmann Björn Niggel, Studentenfachbereichsgruppenleiter an der Helmut-Schmidt-Universität, Clara Pistner, Absolventin des Freiwilligen Wehrdienstes (FWD) bei der Bundeswehr. Moderiert wurde das Podium von Patrick von Kriencke, der nach seiner Dienstzeit bei der Bundeswehr als freier Journalist in Berlin arbeitet.

An den Wehrbeauftragten stellte der Moderator die Frage, ob denn sein Bericht im Bundestag den Ton in der Bundeswehr richtig wiedergeben würde. Königshaus hielt dem entgegen, dass sein Bericht die Spitzen zeigen würde, die Ausrutscher. Generell gesehen gäbe es einen steilen Anstieg der guten Führungskultur innerhalb der Armee, gerade deshalb müssten diese Einzelfälle deutlich aufgezeigt

gen der Armee viel zu kurz wäre, um jetzt schon Auswirkungen zu spüren. Sein Bericht sei immer als Anhaltspunkt zu verstehen, die Missstände der Bundeswehr setzten sich aus einer Gemengelage von Infrastruktur, Ausrüstung, Führungsverhalten und Einsatz zusammen.

Da jede Einheit über eine Vertrauensperson verfüge, fragte der Moderator den Sprecher des Gesamtver-

trauenspersonenausschuss (GVPA), den jeweiligen äußeren Umständen entsprechend. Die Fokussierung auf Einsätze und das militärische „Handwerk“ seien keine Gegensätze zur Inneren Führung, sondern könnten durch diese besser bewältigt werden. Die Frage, ob ein Schleifer auch ein Kumpel sein könne, wurde verneint. Ein Schleifer sei jemand, der eine harte, fordernde militärische Ausbildung übertreiben würde. So jemand könne danach nicht einfach „Kumpel“ sein. Die Mittel, übergroße Härten zu vermeiden, seien vorhanden. Ausbildung erfordere eine gute Planung, dieser Aufwand müsse von der Führung geleistet werden. Es seien genügend gute Beispiele in der Truppe vorhanden, dies zeige auch der überwiegend gute Korpsgeist. Die Soldaten wollten mitgenommen werden.

Clara Pistner, die gerade ihre freiwillige Dienstzeit bei der Sanitätsgruppe absolviert hatte, wurde gefragt, ob die Aussagen denn auch in der Grundausbildung zuträfen. Sie betonte, dass ihre Grundausbildung während der Winterzeit stattgefunden hätte und gerade die Planung und Fürsorge des Zugführers, dem man seine Freude am Dienst angemerkt hätte, sei für die Rekrutinnen ein sehr positives Beispiel gewesen. Die Kameradschaft wurde von ihr lobend hervorgehoben, als schlecht sei ein ständiger Wechsel der Gruppenführer empfunden worden, so dass die Gruppe sich mehrfach neu orientieren musste. Ein Unterschied in der Behandlung von männlichen und weiblichen Absolventen der Grundausbildung sei nicht zu bemerken gewesen. Erst im Stamm-



von links: Oberst i.G. Prof Dr. Winfried Heinemann, Clara Pistner, Hellmut Königshaus, Patrick von Kriencke, Major Tobias Brösdorf, Hauptmann Björn Niggel

werden, um den Anfängen zu wehren. Eine internationale Tagung der Ombudsmänner habe ihm gezeigt, dass andere Armeen weitaus größere Probleme hätten als die Bundeswehr. Auf die Nachfrage inwieweit die Umgliederung der Bundeswehr Einwirkungen auf den Bericht hätte, gab der Wehrbeauftragte zu bedenken, dass die Zeit nach den Strukturveränderun-

trauenspersonenausschuss (GVPA), wie gut oder wie schlecht die Innere Führung in der Bundeswehr sei. Major Brösdorf führte aus, dass gerade die Institution der Vertrauenspersonen ein Mittel der Führung sei, um die Untergebenen „mitzunehmen“. Die Beteiligung sei ein wesentliches Instrument der Inneren Führung, die ja nicht neu erfunden werde müsse, son-



truppenteil, dem sie nach der Grundausbildung zugeordnet wurde, seien Unterschiede gemacht worden. Auf die Frage des Moderators, ob Frauen ein Problem in der Armee seien,

– über die reguläre Dienstzeit hinaus – Dienst verrichten. Der Sprecher des GVPA widersprach von Kriencke. Auch der Vorgesetzte bräuchte Ruhephasen, in denen er sich erholen kön-

aus. Heinemann ergänzte, dass in der Gruppe der Soldaten eine erhöhte Anzahl von Trennungen und Scheidungen feststellbar sei.

Aus dem Publikum wurde ergänzt, dass es in einigen Armeen einen „Drill-Sergeant“ gäbe, der wohl mit dem Schleifer zu vergleichen wäre, die Bundeswehr aber den mitdenkenden Soldaten im Sinne der Auftragstaktik ausbilden würde. Hier fügte Heinemann hinzu, dass die Schaffung der „Inneren Führung“ ein großer Reformschritt gewesen sei, der einen erheblichen Unterschied zu anderen Armeen darstelle, dieser Unterschied aber auch zu Belastungen bei internationalen Einsätzen mit sich bringe.

Diese Darstellung erschien einem Fragesteller aus dem Publikum zu positiv. Auftragstaktik verlange Freiräume, diese würden durch eine stark erhöhte Regelungsdichte aber immer enger. Die Mängelverwaltung käme hinzu und dadurch würde das Führen unattraktiv und zu einem bloßen „verwalten“ herabgestuft. Der Sprecher des GVPA Brösdorf stärkte diese Position. Die Regelungsdichte, die durch die elektronischen Medien erleichtert und durch Absicherungsdenken verstärkt würde, sei in der Führung des Ministeriums erkannt worden, man suche nach einem De-Regulierungsinstrument. Der Wehrbeauftragte merkte an, dass man De-Regulierung nicht regulieren könne, sondern machen müsse, die Bürokratie ginge zu Lasten der Menschenführung. Ponsold ergänzte, dass diese Regelungsdichte plus die ständigen spontanen Änderungen für die Vorgesetzten demotivierend wirken würden.

Vom österreichischen Bundesheer nahm Oberst (mag) Bernhard Meurers aus dem Publikum zu der Thematik Stellung. Die Probleme bei der Schulbildung der Kinder von Soldaten gebe es in Österreich nicht, da das Bildungssystem anders aufgebaut und stärker zentralisiert sei. Der kooperative Führungsstil, der in beiden Armeen praktiziert würde, benötige nicht nur Ausbildung sondern auch Bildung. Hier bestünden Unterschiede in der Frage nach dem Zeitpunkt des Studiums der jungen Offiziere. Großen Wert legte der Bataillons-



*vor dem Podium, von links in der ersten Reihe: Leitender Regierungsdirektor Markus Schulte, Wehrbeauftragter Hellmut Königshaus, Oberst (AUT) Manfred Rotter, Oberst (AUT) Mag Bernhard Meurers*

antwortete Prof. Dr. Heinemann, dass dies nicht zuträfe. Zwar gäbe es Fälle von Belästigungen und die Infrastruktur sei auch nicht überall auf Frauen eingerichtet, aber die Integration von Frauen sei gelungen.

An den Universitäten sei die Lage völlig anders, denn hier seien nicht die militärischen Grundfertigkeiten gefragt, sondern das Studium stehe hier im Mittelpunkt. So würde sich die Frage nach einem Schleifer oder Kumpel nicht stellen, gefordert sei hier der Vorgesetzte, der die Studenten begleitet, sie anspricht und darüber hinaus auch beraten könne, was zukünftige Verwendungen etc angehen würde. Auch Vereinbarkeit von Dienst und Familie seien an der Bundeswehr-Universität nicht an der Tagesordnung, da die wenigsten verheiratet wären. Die wissenschaftliche Ausbildung stünde im Vordergrund, der militärische Alltag und der Einsatz wären nicht die Schwerpunkte führte Hauptmann Niggel aus.

**D**amit war das Stichwort „Vereinbarkeit von Dienst und Familie“ gefallen. Der Moderator sprach an, dass die Familie vor Ort sicher ein Vorteil sei, der Wochenendpendler könne aber unter der Woche verstärkt

ne. Wenn nach einer 60-Std Woche der Soldat nach Hause käme, bräuchte er dort seine ganze Kraft für die kurze Zeit mit der Familie und könne so keine Erholung für die nächste Woche finden. Wünschenswert wäre immer, die Familie am Standort zu haben, dies könne durch längere Stehzeiten und eine bessere Personalführung geleistet werden, führt Major Brösdorf aus. Oberstleutnant Ponsold gab an, dass er das Pendlerdasein gewählt habe, damit die Familie nicht das soziale Umfeld verlassen müsse. Somit würden die Kinder durch dienstlich bedingte Umzüge nicht „entwurzelt“. Er gab zu bedenken, dass die dienstlichen Dinge geplant werden könnten, aber die unvorhergesehenen „Querschläger“ belasteten die Vorgesetzten, die dann improvisieren müssten.

Der Wehrbeauftragte sagte, dass gerade das Problemfeld „Dienst und Familie“ sehr ernst genommen würde. Gerade Soldaten könnten durch die Umzüge – meist über Bundesländergrenzen hinweg – nur erschwert soziale Kontakte aufbauen, die Kinder seien durch die 16 unterschiedlichen Bildungssysteme meist die Verlierer. Bei der Pendler-Lösung käme es zur Entfremdung und in Folge davon sogar zur Trennung, führte Königshaus

kommandant auf die Feststellung, dass Innere Führung auch „Haltung“ bedeute. Somit käme der Erziehung der Soldatinnen und Soldaten eine erhebliche Bedeutung zu, diese sei am besten durch das Vorleben der Vorgesetzten zu gestalten. Der Wehrbeauftragte stimmte dieser Stellungnahme zu und ergänzte, dass mehr Freiräu-

me und eine bessere Personalausstattung die erkennbare „Abwärtsspirale“ durchbrechen werde.

Am Schluss dieser Veranstaltung wurde noch das Problem der erhöhten Anzahl von Suizid und Suizidversuchen in der Bundeswehr kurz angesprochen. Hier gab Königshaus zu bedenken, dass oftmals in der vorge-

schriebenen Meldung nur von „persönlichen Problemen“ gesprochen würde, ohne dass damit die dahinterliegenden dienstlichen Schwierigkeiten erwähnt würden. Dieser interessante Punkt konnte während des anschließenden Empfanges noch im kleinen Kreis diskutiert werden. □

(Text und Fotos: Bertram Bastian)

## Zukunft der Bundeswehr

# Mittelfränkische Sicherheitsgespräche

VON RAINER ZINK

### Eröffnung

Bei den Mittelfränkischen Sicherheitsgesprächen, die am 10. November 2014 in Nürnberg im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stattfanden, durften sich die Zuhörer auf einen hochrangigen Referenten freuen, denn der Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr, Generalleutnant Peter Schelzig stellte sich dem Thema „Vision 2030 – Wohin steuert die Bundeswehr“. Gastgeber dieser Veranstaltung, zu der circa 100 Besucher kamen, war eine Kooperation, bestehend aus der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP), Ansbach, dem Verband der Reservisten der Bundeswehr Mittelfranken, dem Regionalstab Nord, Nürnberg sowie dem Karrierecenter der Bundeswehr, Nürnberg und dem Jugendoffizier Franken/Oberpfalz. Die Begrüßung wurde durch den stellvertretenden Kommandeur des Regionalstabes Nord, Oberstleutnant Georg Gnan vorgenommen, während das Grußwort durch den Vizepräsidenten des BAMF, Dr. Michael Griesbeck gesprochen wurde.

### Krisen und Spannungen

Bei seinem Vortrag stellte der General fest, dass die Welt derzeit aus dem Gleichgewicht geraten sei. Die Ukraine-Krise, der Bürgerkrieg in Syrien mit einer Flüchtlingskatastrophe kaum gekannten Ausmaßes, das brutale Ausgreifen des sogenannten „Islamischen Staates“, die in vielen Teilen Afrikas beobachtbare sektiererische Gewalt, vor allem im Nor-

den unseres Nachbarkontinents, die Ebola-Epidemie und ihre Folgen, die möglicherweise nicht auf Westafrika beschränkt bleiben sowie zunehmende Spannungen und nationalistische Strömungen im ostasiatischen Raum und im Pazifik. Viele Krisen und Spannungen existierten derzeit weltweit, aber es käme nicht darauf an, diese heute zu analysieren, vielmehr gelte es daraus drei Kernfragen abzuleiten.

1. Was bedeuten unsere Beobachtungen für unsere Vorstellungen für das künftige Konflikt- und Kriegsbild?
2. Welche Schlussfolgerungen ziehen wir daraus für die Fähigkeitsentwicklung von Streitkräften?
3. Was bedeutet dies für die Ausrichtung unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

Der General bemerkte, dass es derzeit zwei – auf den ersten Blick fast gegensätzlich erscheinende Tendenzen gebe. Auf der eine Seite stünden – Stichwort Ukraine – staatliche Akteure, die sich nicht konventioneller Methoden bedienen mit dem strategischen Ziel: Machterweiterung durch territoriale Kontrolle. Am anderen Ende der Skala gebe es nicht-staatliche Akteure, wie den sogenannten „Islamischen Staat“, die sich dort klassischer militär-taktischer Verfahren bedienen und zusammenhängende Operationen durchführten, mit dem Ziel Kontrolle auszuüben, um somit den ökonomischen Wohlstand und die freiheitliche Ordnung zu zerstören

oder diese zumindest in den Zustand der permanenten Gefährdung zu versetzen. Deutschland sei hier in besonderem Maße betroffen, da es mehr als andere Staaten von einer offenen, globalisierten Welt profitiere. Neben diesen territorialen und den ideologischen Konflikten drohe zudem eine weitere Gefahr, eine Pandemie - Ebola. Alle diese Krisen und Spannungen könnten eine humanitäre Katastrophensituation erzeugen, aus der sich dann auch sicherheitspolitische Folgen entwickeln würden, erwähnte Schelzig. Er folgerte daraus, dass das Grundübel nicht vorhandene oder nicht ausreichend handlungsfähige Staatsstrukturen und schlechte Regierungsführung seien und darüber hinaus zeige sich, dass unsere herkömmlichen Schablonen noch kaum auf die aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen passten und trotz unseres vertrauten Rechtsrahmens hätten wir auch nur wenig Handlungssicherheit. Ferner mache die Entwicklung sichtbar, dass die Unterscheidung zwischen mittelbarer und unmittelbarer Bedrohung wenig relevant sei. Außerdem offenbare es sich, dass Ereignisse, die scheinbar außerhalb des militärischen Radarsektors liegen, wie z.B. Ebola, sehr schnell ganz oben auf die sicherheitspolitische Agenda gelangen. Und schließlich zeige es sich, welche Anforderungen sich hieraus für moderne Streitkräfte ergeben hinsichtlich ihrer Reaktionsfähigkeit, ihres Fähigkeitsspektrums, ihres geographischen Aktionsradius, ihrer Durchhaltefähigkeit, ihrer konti-

nuierlichen Anpassungsfähigkeit und letztendlich auch hinsichtlich ihres Einpassungsvermögens in das Gesamtspektrum des außenpolitischen Operationsbestecks.

### Handlungsfähigkeit der Bundeswehr

**T**rotz dieser immensen Anforderung sei die Bundeswehr nicht unvorbereitet gewesen und konnte ihre Reaktions- und Handlungsfähigkeit national, als auch im Bündnis unter Beweis stellen. Dies gelte sowohl für die humanitäre Hilfeleistung im Irak, als auch für die militärische Unterstützung der kurdischen Regionalregierung mit Ausrüstungsgegenständen und Waffen sowie Ausbildungsunterstützung. Ebenso zeigte sich die Bundeswehr in der Ukraine-Krise handlungsfähig, denn sie habe sich an den Sofortmaßnahmen der NATO zur sogenannten Visible Assurance beteiligt, d.h. der „sichtbaren Zusicherung“ Richtung Mittel- und Osteuropa, wie im neuen Strategischen Konzept der NATO verankert. Zudem stünde die Bundeswehr auch bei der Bekämpfung der Ebola-Epidemie nicht abseits, denn seit Anfang November sei ein Vorkommando / Erkundungskommando unterwegs, um zusammen mit dem Deutschen Roten Kreuz Unterstützungsmöglichkeiten auszuloten. Der General hat bewusst diese Handlungsfelder etwas ausführlicher dargestellt, um klarzustellen, dass entgegen der ein- oder anderen Berichterstattung die Bundeswehr sehr wohl in der Lage sei, ihre aktuellen Einsatzverpflichtungen, als auch ihre Dauereinsatzaufgaben im In- und Ausland zu erfüllen. Darüber hinaus verfüge die Bundeswehr durchgängig über ein abrufbares Kräftedispositiv zur Nationalen Krisenvorsorge und die Bundeswehr sei ferner imstande, auch kurzfristig auf neue Herausforderungen zu reagieren. Dennoch bleibe die Bundeswehr in einigen Bereichen hinter der eigenen Zielvorgabe, dem eigenen Anspruch zurück. Eingriffe in die Finanzplanung, überzogene Erwartungen und übertriebene Zusagen bei Rüstungsprojekten, Verzögerungen bei Bestellungen und Auslieferungen sowie Defizite in den Verfahren bei der Vertragsgestaltung seien hier beispielhaft benannt, so der

General. „Wir werden daher in den nächsten Jahren durchaus vor der Entscheidung stehen, ob wir gegebenenfalls Abstriche bei unseren geplanten Fähigkeitszielen hinnehmen müssen und wir werden entscheiden müssen, in welchen Bereichen wir künftig unsere nationale Brille ablegen und das derzeitige Fähigkeitsspektrum der Bundeswehr als Grundlage und Voraussetzung für den Einstieg

Reservendienstleistenden gewinne die Bundeswehr Spezialisten im Einsatz und ferner werde die Truppe im Inland entlastet. „Wenn aber zukünftig eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Arbeitszeitkonten und Teilzeitarbeit ein Vakanzenmanagement erfordern und dessen Bedarf nicht auf dem zivilen Arbeitsmarkt generiert werden kann, wird jedem rasch die weiter wachsende Bedeu-



Generalleutnant Peter Schelzig bei seinem Vortrag (Bild: Wolfgang Boese)

in eine noch intensivere Arbeitsteilung im europäischen Verbund nutzen.“ Und die Frage, wer kann was, zu welchem Zeitpunkt, mit welchen Mitteln für wie lange, diese Frage ist schließlich auch das Grundrational für Lastenteilung im Bündnis, betonte der General.

### Personal

**D**ennoch nutze die am klügsten abgestimmte Fähigkeitsentwicklung, die besten Strukturen und das modernste Material wenig, wäre da nicht die Motivation und Leistungsbereitschaft, das Engagement und professionelle Können unserer Soldatinnen und Soldaten und deshalb sei eine anspruchsvolle Personalgewinnung und Personalbindung, eine stetige Personalentwicklung und eine flexible Reservistenarbeit strategische Herausforderungen für die Bundeswehr, so Schelzig. Dabei könne die personelle Einsatzbereitschaft der Streitkräfte auch künftig nicht ohne die Reserve bedacht werden. Durch die

tung unseres Reservistenpools deutlich“ bemerkte der General. „Außerdem wissen wir mit dem Verband der Reservisten einen starken Partner an unserer Seite, aber die jüngsten sicherheitspolitischen Entwicklungen sollten uns auch zu einem Nachdenken über unsere aktuellen Reservestrukturen veranlassen, denn eine einsatzbereite Bundeswehr braucht eine einsatzbereite Reserve“. Um hier den sicherheitspolitischen Aufgabenstellungen wirkungsvoll begegnen zu können, bedeute dies für die Bundeswehr einsatzbereite und einsatzfähige Streitkräfte mit modernem Material, mit zukunftsweisenden Fähigkeiten, mit zuverlässigen multinationalen Partnern und mit qualifiziertem und motiviertem Personal. Darüber hinaus bedarf es besonders einem starken gesellschaftlichen Rückhalt der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes für unsere Bundeswehr, so der General zum Schluss seines sehr interessanten und aufschlussreichen Vortrags. □



# Quo vadis, Afrika

## Gute Aussichten – trotz Ebola?

VON CARL-H. PIERK

**K**rieg, Bürgerkrieg, Ausbeutung und Umweltzerstörung – ein solches Bild von Afrika ist teilweise überholt. Denn vor allem südlich der Sahara holt der Kontinent auf, wie eine Studie der Commerzbank vom 23. Januar 2014 zeigt. Zur Region Afrika südlich der Sahara (auch: Subsahara-Afrika) werden 49 der 54 afrikanischen Staaten gezählt, also alle außer den fünf arabisch geprägten Ländern am Mittelmeer. Diese Region gilt auch als Stimmungsbarometer, in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht. Afrika ist mehr als ein Land.

Mit einem für 2014 prognostizierten Wirtschaftswachstum von 6 Prozent trotz Subsahara-Afrika weiterhin der schwachen Weltwirtschaft. „Die internationale Finanzkrise hat die Region kaum tangiert“, lautet das Ergebnis der Commerzbank-Studie. Dies liege zum einen an der mit knapp 20 Prozent eher geringen Exportabhängigkeit von den angeschlagenen europäischen Ländern. Zum anderen profitierten insbesondere die rohstoffreichen Länder der Region von den immer noch hohen Rohstoffpreisen und entwickelten sich zunehmend zu lukrativen Wachstumsmärkten, die internationales Interesse erweckten. Auch wenn in einzelnen Ländern noch Defizite bei Demokratisierung und Effizienz der politischen Institutionen bestünden, habe die politische und wirtschaftliche Stabilität weiter zugenommen.

Darin stimmt auch die Bundesregierung überein. Das Bundeskabinett hatte am 21. Mai 2014 die vom Auswärtigen Amt vorgelegten „Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung“ beschlossen. Die Leitlinien fassen Rahmenbedingungen, Grundsätze und Schwerpunkte der deutschen Afrikapolitik zusammen. Mit den neuen Leitlinien erkennt die Bundesregierung den rasanten Wandel in Afrika und die veränderte Stellung Afrikas in der Welt an: Der Kontinent zeichnet sich durch vielfältige

positive Entwicklungen, aber auch durch weiter bestehende Herausforderungen aus. Gleichzeitig steigen die Erwartungen der afrikanischen Partner und der internationalen Gemeinschaft an Deutschland. Grundlegende Ziele des neuen Konzepts sind die Stärkung von afrikanischer Eigenverantwortung und regionaler Integration sowie gezielte Unterstützung in den Bereichen der Guten Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Wirtschaftsentwicklung und Krisenprävention. Bei seiner Afrika-Reise im März 2014 hatte sich Außenminister Walter Steinmeier bereits gezielt über die afrikanische Sicherheitsarchitektur und Fortschritte bei der Entwicklung afrikanischer Kapazitäten im Bereich Frieden und Sicherheit informiert.

Dass viele Staaten Afrikas sich derzeit mit beeindruckenden Wachstumsraten entwickeln und Volkswirtschaften wie Gesellschaften enorme Veränderungen erfahren, ist über den Expertenkreis hinaus bekannt. Was aber haben diese heutigen Entwicklungen langfristig zur Folge? Diesen und ähnlichen Fragen gingen auf der „Africa 2030“ im vergangenen Dezember in Berlin Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft nach. Die vom „Afrika-Verein“ der deutschen Wirtschaft getragene Veranstaltung bot führenden deutschen und afrikanischen Unternehmern eine Plattform, um die erfolgversprechendsten Geschäftsmöglichkeiten des Kontinents auszuloten und gleichzeitig neue Partner und Projekte auszumachen. Nach Angaben dort veröffentlichter neuer Prognosen werden 2030 mehr als 1,6 Mrd. Menschen auf dem afrikanischen Kontinent leben. Mehr als die Hälfte davon wird voraussichtlich einer kaufkräftigen Mittelschicht angehören und in Städten wohnen. Das Arbeitskräftepotential des Kontinents wird größer als das von Indien und China sein. Entwicklungen, die schon heute Handlungsbedarf

schaffen. „Unternehmer, Politiker und die breite Öffentlichkeit müssen beginnen, den afrikanischen Kontinent in ihre Strategien und Planungen der nächsten Jahre aufzunehmen, wenn sie nicht etwas verpassen wollen.“, sagte Stefan Liebing, Vorsitzender des Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft gegenüber den Teilnehmern auf der Konferenz. „Die Prognosen zeigen, dass in der Vielzahl der afrikanischen Länder langfristig positive Entwicklungstrends standhalten werden. 2030 wird bereits fast ein Fünftel der Weltbevölkerung in Afrika leben.“

**G**ute Aussichten also für die Zukunft Afrikas? Die Zukunft ist nicht rosig, solange sich nicht die Lebensqualität für die durchschnittliche Bevölkerung erhöht. Korruption und das starke Wohlstandsgefälle zwischen den Städten und dem Land sorgen dafür, dass Millionen von Afrikanern auch in den reichen Ländern in Armut leben. Volker Seitz, einst Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kamerun, der Zentralafrikanischen Republik sowie in Äquatorialguinea und Autor des Buches „Afrika wird armregiert“, schreibt in den „Deutschen Wirtschafts Nachrichten“ vom 13. September 2014 unter anderem: „Die politischen Entwicklungen in Ländern wie Botswana, Ghana, Kap Verde, Mauritius, Namibia, Ruanda, Sambia und Senegal sind erfreulich, aber nur Einzelfälle. Es wird endlich Zeit, dass die desinteressierten Regierungen begreifen, dass sie selbst für ihre Bevölkerungen verantwortlich sind. Es gibt zwar die Wachstumszahlen, aber sie gründen nicht so sehr auf technischen Fortschritt und menschlicher Innovationskraft als vielmehr der rigorosen Ausbeutung von Umwelt und Natur. Das ist nicht nur ausländische Unternehmen zuzuschreiben. Die Regierungen müssen selbst Verantwortung übernehmen. Immer ist ein Dritter Schuld. Solange es einen solchen Dritten gibt, braucht man



sich selbst nicht zu ändern. Heute bereichern sich die Herren des Landes und die ihnen Nahestehenden – im Namen von Staatsinteressen – auf Kosten der einfachen Bevölkerung. Aber das Verlangen der Bevölkerung nach mehr Bildung und Wohlstand steigt. Tatsächlich hat sich das rapide Wirtschaftswachstum z.B. auch in Mozambique nicht zu einer, aufblühende Mittelschicht und vielen neuen Arbeitsplätzen niedergeschlagen. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt in bitterer Armut. Die hohen Exportlöhne kommen bei der Bevölkerung nicht an. Afrika bleibt ein Kontinent der nicht genutzten Chancen solange die Eliten bestechlich sind und nicht endlich ihre Arbeit machen.“

Zum vorschnellen Urteil mahnt allerdings Horst Köhler. Der frühere Chef des Internationalen Währungsfonds war oft in Afrika, später als Bundespräsident bereiste er mehrfach den Kontinent. Bei „Tagen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung“ am 18. März 2014 behandelte Afrika-Kenner Köhler in seinem Vortrag „Von der Unmöglichkeit, über Afrika zu sprechen“ auch das Thema Korruption, bei dem heute einstige Kolonialstaaten sich nicht mehr angesprochen fühlen. Köhler sagte: „Die Korruption in Afrika trägt auch das Gesicht westlicher Konzernvertreter und die Nummer europäischer Bankkonten. Wir müssen also auch über den globalen Kleptokraten – Kapitalismus sprechen, der vor allem Afrika obszön gigantische Summen von Kapital entzieht, und zwar mehr, als über Entwicklungshilfe an den Kontinent fließt. Die Profiteure dieser Kapitalflucht sind nicht zuletzt europäische Banken, wo die Milliarden afrikanischer Despoten und steuervermeinder Konzerne gebunkert sind. Endlich das internationale Finanzsystem in Ordnung bringen und Steueroasen austrocknen, das wäre glaubwürdig!“

Hier muss sich auch Deutschland angesprochen fühlen. Dass etwa unser Land einmal Kolonien in Afrika besessen hat, ist aus dem nationalen Gedächtnis weitgehend verdrängt worden. Dabei war die imperialistische Expansion für Generationen von Deutschen eine nationale Schicksalsfrage. Deutsch-Südwestafrika etwa war von 1884 bis 1915 eine deutsche Kolonie

auf dem Gebiet des heutigen Staates Namibia. 1904 führte Deutschland einen Kolonialkrieg gegen die rebellierende Bevölkerung der Herero und Nama im damaligen „Deutsch-Südwest“. Tausende wurden in die Wüste getrieben, verdursteten dort, oder wurden bei ihrer Rückkehr erschossen. Innerhalb von vier Jahren löschten die Deutschen auf diese Weise rund 80 Prozent der Herero-Bevölkerung aus. Viele Gebeine der Opfer wurden zu Forschungszwecken nach Europa, etwa nach Berlin, gebracht, um die Rassentheorie zu untermauern. Inzwischen fordern Opferverbände der Herero und Nama eine Entschuldigung für die Gräueltaten, die das frühere Deutschland an ihren Vorfahren im heutigen Namibia verübt hat. Die Bundesregierung in Berlin aber lehnt das ab. Sie weist Reparationsforderungen zurück. Das Auswärtige Amt betont, dass alle Bundesregierungen seit der Unabhängigkeit Namibias die historische, politische und moralische Verantwortung Deutschlands gegenüber Namibia zum Ausdruck gebracht hätten. Man komme dieser insbesondere durch eine verstärkte bilaterale Zusammenarbeit nach.

Auch wenn Namibia aufgrund der schlimmsten Trockenperiode seit Jahrzehnten im vergangenen Jahr eine massive Hungerkatastrophe drohte, ist eine Hungersnot eigentlich nie so vorhersehbar wie in diesem Jahr in Ostafrika. Allein für den Südsudan sprechen die Vereinten Nationen von der „schlimmsten Nahrungsmittelkrise weltweit“. 4,9 Millionen Menschen sind dort bereits von humanitärer Hilfe abhängig – diese Zahl könnte auf 7,3 Millionen ansteigen. Auch im Norden Kenias und in Somalia spitzt sich die Nahrungsmittelsituation zu: In Kenia sind bereits 1,5 Millionen Menschen von Nahrungsmittelunsicherheit betroffen, in Somalia gelten doppelt so viele Kinder als unterernährt wie im Vorjahr. Laut Schätzungen der Vereinten Nationen sind in Ostafrika 14 Millionen Menschen akut von Hunger bedroht.

Als fatal hat sich die sogenannte Freihandelspolitik erwiesen. Es hat den meisten Afrikanern keinen Wohlstand gebracht. Ganz im Gegenteil. Die Länder Afrikas mussten ihre Märkte für westliche Produkte

öffnen und Schutzzölle abbauen. Das hatte verheerende Auswirkungen auf die Ernährungssituation der Bevölkerung. Noch in den 80er-Jahren wiesen die ärmsten Länder der Welt bei Lebensmittelexporten einen Überschuss von einer Milliarde Dollar auf. Heute weisen sie dagegen ein Defizit von 25 Milliarden Dollar auf. Europa überschwemmt Länder wie Ghana, Burkina Faso oder die Elfenbeinküste mit Milchpulver, Tomatenpaste, Geflügel- und Schweinefleisch zu Dumpingpreisen. Und die EU fördert das bis heute mit Subventionen. Lokale Märkte in Afrika aber wurden zerstört, Kleinbauern und lokale Händler wurden arbeitslos und verarmten. Heute sind die Länder stark abhängig von Nahrungsmittelimporten. Dabei hat Afrika das Potenzial, sich selbst zu ernähren. Auf dem Kontinent gibt es ausreichend fruchtbaren Boden, eine Fülle natürlicher Ressourcen, Wirtschaftswachstum und Arbeitskraft. Doch eine Vielzahl von Faktoren, die nicht nur auf dem Kontinent selbst, sondern auch im unfair gestalteten globalen Handels- und Wirtschaftssystem zu finden sind, hemmen die Entfaltung des vorhandenen Potenzials.

Seit Beginn der 1990er Jahre ist „Good Governance“ (deutsch etwa: verantwortungsvolle Regierungsführung) zu einem verbreiteten Schlagwort in der entwicklungs-politischen Diskussion geworden. Eine wachsende Zahl afrikanischer Regierungen setzt inzwischen auf „Good Governance“. Demokratische Institutionen und Entwicklungen haben sich in vielen Staaten verfestigt und eröffnen Wachstumspotenziale für aufstrebende Gesellschaften. Als Konsequenz muss „Good Financial Governance“ folgen, transparente und leistungsfähige öffentliche Finanzsysteme sind eine wichtige Grundvoraussetzung für Armutsreduzierung und nachhaltige Entwicklung.

Gerade die von Ebola betroffenen Länder gehören zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt. Sie sind derzeit nicht in der Lage, die Krankheit zu stoppen. Zunehmend müssen Ebola-Kranke von Krankenhäusern abgewiesen werden, was eine Ausbreitung der Infektion weiter vorantreibt. Auch Menschen, die anderweitig Hilfe benötigen, wie etwa

Schwangere oder Malariakranke, können nicht mehr behandelt werden. Sierra Leone verzeichnete vor dem Ausbruch der Epidemie ein positives Wirtschaftswachstum. Durch den „externen Schock der Ebola-Epidemie“ werde das Land nun erheblich in seiner Entwicklung zurückgeworfen, erklärte die Welthungerhilfe. Eine aktuelle Studie der Welthungerhilfe zeigt die gravierenden Folgen der Ebola-Epidemie in Westafrika auf. Dem von Ebola betroffenen Sierra Leone drohe eine Hungersnot, warnte die Hilfsorganisation in Bonn. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass sich die Folgen der Ebola-Epidemie in Sierra Leone bis Anfang 2015 noch dramatischer auswirken könnten als die Krankheit selbst. „Ab März rechnen wir hier mit gravierendem Hunger“, warnte Jochen Moninger, seit vier Jahren Landeskoordinator in Sierra Leone. Eine erschreckende Perspektive! Dabei gibt es Positivbeispiele in Afrika. So haben Ruanda, Tansania und Äthiopien inzwischen recht gute Gesundheitssysteme – dank erfolgreicher Investitionen in gute Gesundheitsversorgung.

**I**ndes rechnet der Internationale Währungsfonds IWF inzwischen mit scharf absackenden Wachstumsraten für Sierra Leone, Liberia und Guinea. Und damit, dass die Beschäftigung vor allem in der wichtigen Landwirtschaft zurückgeht. Jetzt müsste eigentlich geerntet werden (September/Oktober). Aber in Sierra Leone trauen sich die Bauern nicht auf die Felder. Sie fürchten, sich bei anderen mit Ebola anzustecken. Hinzu kommt: Wichtige Rohstoff-Konzerne haben ihre internationalen Mitarbeiter abgezogen und die lokalen Kräfte nach Hause geschickt. Eisenerz-Minen sind davon betroffen, Diamanten auch. Die Minen von Sierra Leone liegen in den Epizentren der Ebola-Seuche. Dabei überdeckt die große Aufmerksamkeit für Ebola andere Probleme. Denn trotz der hohen Zahl an Todesfällen in Westafrika ist die Krankheit weit davon entfernt, Afrikas Killer Nummer eins zu werden. Zu den gefährlichsten Krankheiten gehört neben Malaria auch HIV/AIDS. Dem Virus fallen jährlich rund 1,6 Millionen Menschen zum Opfer – ein

Großteil davon in Afrika. In Liberia sind mehr als 10.000 Menschen HIV-positiv. Unterdessen ist in Uganda, im Osten des Kontinents, ein weiterer Erreger aufgetaucht: das Marburg-Virus. Infektionen mit dem Virus sind zwar selten, verlaufen aber nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation oft tödlich. Es gibt weder einen Impfstoff noch eine Therapie. Den größten Ausbruch gab es zwischen 2004 und 2005 in Angola mit mehreren Hundert Toten. Erstmals beobachtet wurde das Virus im Sommer 1967 im Labor eines pharmazeutischen Unternehmens im hessischen Marburg, daher der Name des Virus. Der Erreger war mit erkrankten Versuchsaffen aus Uganda nach Deutschland gelangt.

„Hören wir auf mit Lektionen und Urteilen, mit Besserwisserei!“, mahnte Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) am 21. März 2014 im Bundestag bei Vorstellung der neuen Afrikapolitik der Bundesregierung. „Wir müssen mehr zuhören, afrikanische Geschichte, Literatur, Kunst, Kultur verstehen, afrikanische Eigenverantwortung stärken, afrikanische Lösungen ernst nehmen.“ Es geht vor allem um die Stärkung von afrikanischer Eigenverantwortung und regionaler Integration sowie der gezielten Unter-

stützung in den Bereichen der Guten Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Wirtschaftsentwicklung und Krisenprävention. Gleichzeitig aber dürfen wir abseits des Islamisten-Terrors in Syrien die Augen nicht davor verschließen, was woanders geschieht. In Mali, in der Demokratischen Republik Kongo, im Sudan und in der Zentralafrikanischen Republik, im Norden des Sudan, hier in den Nubabergen, bombardiert die islamistische Regierung in Khartoum seit Monaten die Lager von geflohenen Christen, ohne dass die Welt Notiz davon nimmt.

Afrika sei ein „Kontinent des Aufschwungs“, lobt der deutsche Entwicklungsminister. In der Tat, denn Afrikas Zukunft ist jung. Über 40 Prozent der Bevölkerung in Afrika südlich der Sahara sind sogar jünger als 15 Jahre. Die Regierungen Afrikas müssen sich der jungen Generation annehmen, mit unserer Unterstützung. Denn kaum etwas birgt mehr soziale Sprengkraft als eine hoffnungslose Jugend. Die kleine Mittelmeerinsel Lampedusa ist ein Einfallstor für viele afrikanische Flüchtlinge, unter ihnen vor allem Jugendliche, – und wird immer wieder zum Schauplatz fürchterlicher Flüchtlingsdramen. Afrika ist ganz nah. □

#### Kurznachrichten

### 101. Deutscher Katholikentag 2018 in Münster

**D**er 101. Deutsche Katholikentag wird im Jahr 2018 in Münster stattfinden. Einstimmig hat die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) am Freitag, dem 21. November 2014, beschlossen, die Einladung des Bistums Münster anzunehmen. Der Termin für den Katholikentag ist der 9. bis 13. Mai 2018.

Dr. Klaus Winterkamp, Vorsitzender des Diözesancharitasverbandes hatte gemeinsam mit weiteren Vertretern aus dem Bistum die Einladung überbracht: „Seien Sie ganz herzlich eingeladen nach Münster, in die Stadt, in das Bistum, in die lebenswerteste Stadt der Welt.“

Die ZdK-Vollversammlung beauftragte den Generalsekretär, Dr. Stefan Vesper, die für die Durchführung des Katholikentags notwendige Mitfinanzierung durch Kirche und öffentliche Hand bis zu kommende Mai sicherzustellen.

In Münster fand der Katholikentag bereits drei Mal statt: 1852, 1885 und 1930. □ (ZENIT)

## „Camp 14 – Total Control Zone“

### „Die Gnadenabteilung“

Der Katholische Medienpreis wurde 2014 zum 12. Mal vergeben und im Rahmen einer Feierstunde am Montag, den 27.10.2014 im LVR (Landschaftsverband Rheinland)-Museum in Bonn überreicht. In seiner Ansprache betonte der Vorsitzende der Jury, Bischof Dr. Gebhard Fürst, Bischof von Rottenburg-Stuttgart und Vorsitzender der Publizistischen Kommission der Bischofskonferenz, dass der Katholische Medienpreis

kann über die Leiche des Freundes das Hindernis überwinden – gelingt ihm die Flucht.

Marc Wiese liest von diesem Schicksal und beschließt, daraus einen Film zu machen. Einfühlsam gelingt es dem Preisträger, das Vertrauen Shin Dong-hyuk zu gewinnen. In zahlreichen Interviews, in denen Wiese nicht bedrängt, sondern sich mit Shin „vortastet“, sammelt er das Material. Oftmals werden diese Interviews un-

In der Sparte „Printmedien“ erhielt Raoul Löbbert den Preis für seine Reportage über „Die Gnadenanstalt“, einen Ort, an dem während der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland behinderte Kinder als „lebensunwert“ eingestuft und daraufhin getötet wurden. Ausgelöst wurde dies durch die aufgezeichnete Geschichte der Anstalt, die durch einen Sparkassendirektor in einem Buch veröffentlicht wurde. Löbbert nahm sich der Geschichte an, besuchte den Ort, unterhielt sich mit denen, die heute darunter zu leiden haben und gab so der Gesamtgeschichte einen Raum. Wie der Laudator sagte, „er beobachtet, er wertet nicht“. Er lässt die Familie zu Wort kommen, die sich – in gutem Glauben – ein Häuschen in der Nachbarschaft der Anstalt kaufte, um später dort im Garten Kinderknochen zu finden, den Sparkassendirektor, der die Geschichte anfänglich in einem Buch festhielt, den damaligen Leiter der sogenannten „Kinderfachabteilung“ und einen Bruder, der seine Schwester in dieser Anstalt verlor. Es ist keine historische Abhandlung, die Reportage wurde im Präsens geschrieben, keine anonymen Größen, sondern real existierende Personen kommen zu Wort. Die Themen, von denen Löbbert spricht, sind heute noch aktuell: Wie gehen wir mit Behinderten um? Wann ist ein Leben lebenswert? Diese Fragen stellen sich, wenn man den Beitrag von Raoul Löbbert liest. Dadurch macht er nicht nur die vielen Probleme deutlich, die in dieser Geschichte und ihrem versuchten Vergessen liegen, sondern er bringt uns das menschliche Versagen vor Augen und die Tatsache, dass man etwas dagegen tun kann.

Die Jury formuliert dies wie folgt: „Löbbert hat bei allem Schreckender damaligen Ereignisse auch das Anliegen verdeutlicht, dass jeder aufmerksame und wertebewusste Staatsbürger einen Beitrag für eine menschenwürdigere Welt leisten kann.“ □

(Text und Foto: Bertram Bastian)



Bischof Dr. Gebhard Fürst (mitte), umrahmt von den Preisträgern Raoul Löbbert (links) und Marc Wiese (rechts) mehr unter: [www.dbk.de/medienpreis](http://www.dbk.de/medienpreis)

oftmals Beiträgen verliehen werde, die von bedrückenden menschlichen Grenzerfahrungen berichten würden. Dies sei auch in diesem Jahr der Fall. In dem Fach „Elektronische Medien“ wurde Marc Wiese ausgezeichnet, für seinen Film „Camp 14 – Total Control Zone“, zu dem er auch das Buch schrieb. Es handelt von einem jungen Menschen, der in einem totalitären Staat in einem Straflager geboren wurde, keinerlei elterliche Zuwendung erfuhr und in diesem System sein Dasein fristete. Zur Denunziation erzogen, verrät er den Fluchtversuch seiner Mutter und seines Bruders. Daraufhin noch gefoltert, wird er von einem Mitgefangenen gepflegt und muss nach Gesundung der Hinrichtung seiner Mutter und seines Bruders zusehen. Durch glücklich/unglückliche Umstände – sein Freund verliert im Elektrozaun das Leben, aber er

terbrochen, da die Erinnerung den Sprechenden übermannt. Da es keinerlei Filmmaterial von den nord-koreanischen Lagern gibt, werden die Erinnerungen in comic-ähnlichen Bildern – alle in Grautönen gehalten – für den Zuschauer festgehalten und verarbeitet. Dem Preisträger gelang es, einen Offizier der Geheimpolizei und einen Verantwortlichen für ein Straflager – beide ebenfalls geflohen – vor die Kamera zu bekommen. Erschreckend, wie der eine noch lachen kann, während er von seinen Taten erzählt. Um sich nicht selbst die „Hände schmutzig zu machen“, lässt man Gefangene von seinen Mitgefangenen totschießen. Marc Wiese gelang es mit diesem Film, die Anklage der menschenverachtenden Diktatur in Nordkorea bildlich darzustellen. Der junge Mensch, der davon Zeugnis gab, ist für sein Leben gekennzeichnet.



## Seminar 3. Lebensphase

## Nach dem Arbeitsleben fängt das Leben an

### Seminar dritte Lebensphase vom 14. bis 18. Mai in Nürnberg

(Durch einen Fehler in der Redaktion wurde dieser Beitrag – obwohl zeitgerecht eingesandt – nicht im Heft 295 3\_2014 abgedruckt. Die Redaktion bittet, das Versehen zu entschuldigen.)

Aus ganz Deutschland, vom hohen Norden bis zum tiefsten Bayrischen Wald sind die 23 Teilnehmer zu diesem Seminar angereist in das cph nach Nürnberg. CPH? Was mag es sein? Aufgrund verschiedener guter Erfahrungen sind wir alle zuversichtlich, in einem guten Haus zu landen, die GKS ist bekannt dafür. Nach einer kurzen und prägnanten Einführung durch Herrn Schacherl und Herrn Mirbeth von der GKS zu den Rahmenbedingungen des Seminars, wurden alle Fragen zum cph beantwortet. Nein, bei der Caritas waren wir nicht gelandet, sondern im Caritas-Pirkheimer-Haus. Diese war eine Äbtissin, die während der Reformation lebte und viel für die Ökumene getan hatte. An der Stelle des heutigen Hauses stand ihr Kloster, wie uns Professor Heimo Ertl, der ehemalige Leiter des Hauses erläuterte.

ten. Männer und Frauen arbeiteten in getrennten Gruppen. Anhand eines ausgewählten Bildes konnte sich dann jeder vorstellen, Familie und Umfeld beschreiben und erzählen wie man hier angekommen ist. Anhand der Bilder haben wir mehr über einander erfahren, als wenn sich jeder nur mit Namen vorgestellt hätte. Zum Ausklang des Abends traf man sich in der Weinstube und konnte die Gespräche vertiefen. Jetzt kennen wir uns schon besser!

#### Hilfe, das Leben beginnt!

Der Donnerstag beginnt. Erst mal Kaffee und Frühstück und dann das Morgenlob in der Hauskapelle. Was für ein wunderbarer Raum! So gestärkt gehen wir wieder in drei Kleingruppen auf die Suche nach unseren Ängsten und Hoffnungen für die Zeit nach dem aktiven Dienst. Auch

weise alle nicht weit voneinander ab. Wir konnten feststellen, dass Männer und Frauen die gleichen Hoffnungen und Vorfreuden, aber auch die gleichen Ängste haben. Ob das den einen oder anderen Ehepartner überrascht?

Bei kühlem, aber trockenem Wetter konnten die Seminarteilnehmer in der Mittagspause an einer interessanten Stadtführung durch Nürnberg teilnehmen.

#### Älter werden – nichts für Feiglinge

Nun wird niemand hier behaupten, ein Feigling zu sein, doch nach dem intensiven und eindringlichen, trotzdem kurzweiligen Vortrag von Prof. Belolavek waren die meisten Seminarteilnehmer sehr nachdenklich geworden. Egal wie fit wir sind, wie gesund wir uns fühlen und wie aktiv wir noch sind mit gerademal 50+, das Altern unseres Körpers können wir nicht aufhalten. Hier gilt es die Alterungsprozesse zu kennen, um sich darauf einstellen zu können. So deutlich war dies den meisten von uns noch nicht vor Augen geführt worden. Wurden an diesem Abend vielleicht einige gute Pläne gefasst, um gesund und fit zu bleiben im Alter? So drehten sich die Gespräche an diesem Abend in der Weinstube auch intensiv um das Alt-Sein, selbst erfahren an unseren Eltern, die uns darin vorausgehen!

#### Ohne Fahrkarte ...

Am Freitagmorgen, gestärkt durch Frühstück und Hl. Messe mit Pater Jeran, wurden wir von Prof. Ertl mit einer Kurzgeschichte konfrontiert, die erst mal den meisten ein „Hm“ oder „Ach“ entlockte. „Reisender ohne Fahrkarte“ von R.O. Wiemer ist kein leichter Stoff, aber viele gute Gedanken entwickelten sich zu interessanten Gesprächen. Selbst in der Kaffeepause wurde weitergesprochen und die Zeit verging zu schnell. Man



*Mit großem Eifer waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei den Arbeitseinheiten dabei*

Am Abend gab es eine eher unübliche Vorstellungsrunde, angeleitet von Professor Heimo Ertl und Pater Johannes Jeran SJ, die uns inhaltlich durch das ganze Seminar begleite-

die Frauen haben den Dienst in der Bundeswehr mitgetragen und müssen sich mit den anstehenden Änderungen auseinandersetzen. Die Ergebnisse der Gespräche weichen erstaunlicher-



fühlte sich schon so vertraut wie „auf dem Übungsplatz in der zweiten Woche“ (Amann). Für einige Seminarteilnehmer kam an diesem Nachmittag der vermeintlich wichtigste Teil, die Informationen zum Versorgungs- und Sozialrecht! Gott sei Dank hat Regierungsamtsfrau Claudia Hartmann vom Standortservice Roth diesen dicken Brocken nicht so trocken dargestellt wie der Titel klingt! Sie hat es sehr interessant, kompetent und erfahren mit uns durchgearbeitet. Es hätte noch mehr Zeit sein können, war die einhellige Meinung und dass alle etwas Neues erfahren haben bzw. Unklarheiten ausgeräumt werden konnten. Mit leicht rauchenden Köpfen wurden wir in den Feierabend mit Buffet in der Weinstube entlassen. Es gab noch viel zu erzählen. Diese abendliche Reflexionsstunde tat allen gut!

#### Aussaat und Frucht

Zwei Gleichnisse aus dem Matthäusevangelium brachten uns am Samstagmorgen nochmal ins Gespräch über die 3. Lebensphase. Wir kennen uns inzwischen recht gut, aber sind trotzdem „Fremde“, deshalb ermöglichte die andere Umgebung und die alltagsferne Situation, auch Ängste, Sorgen und Kummer einmal laut auszusprechen. Keiner brauchte zu befürchten, falsch verstanden zu wer-

den. Im Gegenteil, die anderen spürten: auch ich kenne diese Gefühle. Alle haben die Bundeswehr und ihre Eigenheiten lange Zeit erlebt, hatten Freude und Leid. Auch andere Paare sind auf der Suche nach einem guten Weg in den Ruhestand.

#### „Hallo ihr seid ja auch da!“

Nach so viel intensiver Arbeit war ein freier Nachmittag und Abend sehr willkommen. Die meisten Paare schauten sich nochmal in Nürnberg um, besuchten die Burg oder das Germanische Nationalmuseum und mischten sich in das bunte Gewimmel in der Fußgängerzone. „Hallo, ihr seid ja auch da!“ So wurden wir herzlich begrüßt, als sich nach und nach eine kleine Gruppe in einem typischen Bierkeller traf, um den Tag gemütlich ausklingen zu lassen. Für andere gab es aber noch ein wichtiges Fußballspiel anzusehen.

Am Sonntag konnten wir nichts mehr „auf die lange Bank schieben“. Das Seminar ging dem Ende zu. Nach einer sehr schönen, berührenden Hl. Messe mussten dann alle Seminarteilnehmer den richtig unangenehmen Seiten des Älterwerdens ins Auge blicken. Vorsorge durch Vollmacht, Betreuungsverfügung und Patientenverfügung sind Prof. Ertl ein Anliegen, das er uns mit z.T. drastischen

Beispielen deutlich machte. Wie sehr kann man seine Familie entlasten, wenn man sich an dieses ungeliebte Thema wagt. Mit den Angehörigen darüber sprechen und dann auch schriftlich festhalten, ist sehr hilfreich, wenn es zum Ernstfall kommt. Und das tut es sicher – früher oder später. Aber man stirbt sicher nicht schneller, nur weil man sein Haus bestellt hat!

Bei der abschließenden Reflexion waren sich alle Teilnehmer einig, dass nicht nur die so wichtig gedachten „Sachthemen“ uns weitergeholfen haben. Besonders diese „komischen religiösen Themen“, die bei der GKS ja immer dabei sind und unter denen man sich am Anfang nichts vorstellen konnte, die haben uns zum Nachdenken und damit auch weiter gebracht. Und der Austausch untereinander. Ja, die guten Gespräche! Zum Schluss konnte Prof. Ertl den Männern noch ein paar gute VHS-Kurse nahelegen z.B. Selbständigkeit: „Ab heute finde ich meine Socken alleine“ oder auch „Gedächtnistraining: Ein Jahrestag kommt selten allein“. Werden Menschen, die das „Seminar für die Dritte Lebensphase“ mit der GKS gemacht haben, so etwas brauchen? So konnten alle doch schmunzelnd „Auf Wiedersehen“ sagen und die Heimreise antreten. Bereichert! □

(Text und Fotos: Barbara Hübner)

### GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN



Information über die Seminare  
„Vorbereitung auf die dritte  
Lebensphase“.

## Ausgedient? Sinnerfülltes Leben im Ruhestand

Ein Angebot der GKS  
für Soldaten, die aus dem  
aktiven Dienst ausscheiden

#### Anmeldung:

##### Bundesgeschäftsführer GKS

Am Weidendamm 2, 10117 Berlin  
Tel: 030 206199-90 · Fax 030 206199-91  
Oder: **Haushaltsbeauftragter der GKS**  
Johann-A. Schacherl  
Dellbusch 369, 42279 Wuppertal  
Tel: 0202 5283-69 · Fax 0202 5283-00

#### Durchführende

##### Fulda (Seminar II)

OSTFw a.D. Reinhard Kießner,  
Frau Gudrun Kießner  
Fischgasse 3, 97640 Oberstreu  
Tel: 097 76 5796 · Fax 097 76 209327  
Mobil 0172 6727355

##### Nürnberg (Seminar I & III)

OSTFw a.D. Friedrich Mirbeth  
Am Sonnenhügel 14, 92358 Seubersdorf  
Tel: 09497 9415-17 · Fax 0 94 97 / 94 14 69  
MobilTel 01 71 / 8 77 09 24

Die konkreten Seminar-Termine können beim Bundesgeschäftsführer der GKS und bei den Durchführenden erfragt werden. Der Tagungsart kann frei gewählt werden. Fahrtkosten werden nicht erstattet. Liegen mehr Anmeldungen vor als Plätze vorhanden sind, so erfolgt die Zuteilung der Plätze nach den vom Bundesvorstand der GKS festgelegten Kriterien.

#### Sonderurlaub

Diese Seminare gelten als Veranstaltung der Katholischen Militärseelsorge. Soldaten können Sonderurlaub gem. ZDv 66/1, Nr 1, in Verbindung mit ZDv 14/5, Teil F, Ziffer 74 beantragen.

Beitrag für das gesamte Seminar (Stand 2012)  
– pro Ehepaar

– Soldat als Einzelteilnehmer (in Klammern)

- bis einschl. BesGrp A 8 = 56,- € (36,- €)
- BesGrp A 9 bis A 12 = 84,- € (56,- €)
- BesGrp A 13 bis A 15 = 104,- € (68,- €)
- ab BesGrp A 16 aufwärts = 132,- € (88,- €)

Die offizielle Einladung und das aktuelle Seminarprogramm werden etwa vier Wochen vor Beginn des Seminars vom zuständigen Katholischen Leitenden Militärdekan zugesandt. Da diese Seminare großen Zuspruch finden, wird um frühzeitige Anmeldung gebeten.

Weitere Informationen erhalten Sie unter:

[www.katholische-soldaten.de](http://www.katholische-soldaten.de)

E-Mail: [bundesgeschaeftsfuehrer@kath-soldaten.de](mailto:bundesgeschaeftsfuehrer@kath-soldaten.de)

#### So buchstabieren wir PENSION:

- P** = Persönliche Lebensplanung
- E** = Einkommensveränderung
- N** = Nachdenken über sich selbst
- S** = Sinnfragen erörtern
- I** = Individuelle Freizeitgestaltung
- O** = Offen sein für Neues
- N** = Neues zulassen ... und Sie?

## Dynamik, Selbstbewusstsein, Ehrlichkeit!

Zum Abschluss des vierten Gesprächsforums der Deutschen Bischofskonferenz hat der Vorsitzende, Kardinal Reinhard Marx, in Magdeburg die rund 300 Teilnehmer aufgerufen, mutig und ermutigt den Weg der Kirche voranzugehen. „Die Pädagogik Jesu war nicht, zu sagen, was alles nicht klappt. Jesus hat den Menschen Mut gemacht: Glaube! Der Glaube kann alles! Deshalb müssen wir an die Ressourcen appellieren, die vorhanden sind, in der Kraft des Geistes, im Miteinander, eine Mission für die Welt zu sein und so zu evangelisieren“, sagte Kardinal Marx. Er warb um Vertrauen für den weiteren Weg, den man nur gemeinsam im Glauben bewältigen könne: „Wir bleiben verbunden und gemeinsam auf dem eingeschlagenen Weg. Der Gesprächsprozess ist die Suche nach einem neuen Miteinander und das Finden der Themen, die in der Kirche offen und angstfrei angesprochen werden müssen. Am Ende des Prozesses im kommenden Jahr muss gut überlegt werden, was der Dialog gebracht hat. Wir werden uns damit in der Bischofskonferenz befassen“, so Kardinal Marx. „Das Gesprächsforum ist kein Beschlussgremium, sondern gibt Orientierung, Ergebnisse, Maßnahmen und konkrete Schritte müssen jetzt überlegt werden.“ Er fügte hinzu: „Uns haben die bisherigen Gesprächsforen in Mannheim, Hannover, Stuttgart und jetzt in Magdeburg viele Impulse gegeben. Die Begegnungen helfen uns Bischöfen sehr, das zu tun, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt. Wir stehen vor einem Paradigmenwechsel in unserer Kirche, den wir nur erahnen können gerade mit Blick auf eine immer stärker werdende säkulare Gesellschaft.“ Für 2015 gehe es um eine intensive Vorbereitung, die zum „Doppelpunkt“ werden müsse: „Nach Abschluss des Gesprächsprozesses geht es weiter im Leben in der Kirche, die eine Vielzahl von Aufgaben in der Gesellschaft erfüllen will. Wir werden einen verbindlichen Rahmen für die weitere Arbeit finden, auch in den Themen, die uns

alle beschäftigen und manchmal oft auch bedrängen.“

Das Gesprächsforum in Magdeburg stand unter dem Leitwort „Martyria: ‚Ich bin eine Mission‘ – heute von Gott reden“. Dabei ging es um die Frage, welche Haltungen, Sprache und welches Handeln notwendig für die Glaubensweitergabe in der Gesellschaft und der Kirche seien. Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck (Essen), der mit Kardinal Reinhard Marx und Bischof Dr. Franz-Josef Bode (Osnabrück) zur Steuerungsgruppe in der Vorbereitung und Durchführung des Gesprächsprozesses gehört, würdigte in einer Zusammenfassung den bisherigen Verlauf des Prozesses als „dynamisches Geschehen in der Kirche. Diese Dynamik müssen wir weitertragen, das gelingt nur gemeinsam. Wenn es wahr ist, dass der Glaube eine Gnade ist und wir daran mitwirken können mit allen Kräften, dann soll die Kirche das Transportmittel dieser Gnade sein“, so Bischof Overbeck. Dabei – das hätten die Tage in Magdeburg deutlich gemacht – müsse man akzeptieren, dass es Verschiebungen im kirchlichen Handeln geben werde. Als Beispiele nannte Bischof Overbeck die Katechese, die Erwachsene neu in den Blick nehmen müsse, aber auch die Sprache, mit der man nach außen auftrete: „Verkündigung kann nur gelingen, wenn wir verständlich bleiben. Wir brauchen gemeinsam die neue Chance auf ein lebendiges Christsein.“ Es gehe darum, „mehr Transparenz, mehr Dynamik in die Institution Kirche zu investieren und ernst zu machen mit großem Selbstbewusstsein und Ehrlichkeit“. Bischof Bode zeigte sich dankbar für die Begegnung in Magdeburg. Offene Fragen müssten noch realistischer angesprochen werden: „Unsere Suche braucht den Mut, noch tiefer zu werden und unsere Hoffnung muss noch stärker werden. Wir haben viel zu tun bis in das Jahr 2015“, so Bischof Bode.

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Alois Glück, hob hervor, dass das Gesprächsforum in Magdeburg deutlich

gemacht habe, dass die Kirche den von Papst Franziskus eingeschlagenen Weg hin zu einer hörenden und dienenden Kirche weiter gehen muss, wenn sie den Menschen ihre Botschaft verständlich zugänglich machen will: „Unsere Kirche wird weitgehend immer noch als eine Institution mit Machtanspruch und mit einer Tendenz zur Bevormundung der Menschen wahrgenommen“, so Glück. „In diesem Dialogprozess wurde aber deutlich, wie stark die Botschaft von Papst Franziskus für eine hörende und dienende Kirche wirksam wird. Das ist ein wichtiger Schritt im notwendigen Abschied von einer Kirche, die zu sehr um sich selbst kreist. Im Mittelpunkt aller Gespräche in Magdeburg stand die Frage, wie wir aus diesem neuen Geist heraus den Menschen von heute die Botschaft des Evangeliums zugänglich machen können.“ Für die Rolle und Aufgabe der Kirche in der Gesellschaft bedeutet dies nach Überzeugung des ZdK-Präsidenten auch, den Wandel vom Anspruch der Dominanz früherer Zeiten hin zur Bereitschaft zum Dienst in einer offenen Gesellschaft zu akzeptieren und zu gestalten.

Das abschließende Gesprächsforum des Gesprächsprozesses der Deutschen Bischofskonferenz findet im kommenden Jahr am 11. und 12. September 2015 in Würzburg statt. Hier wurde vor 40 Jahren die Gemeinsame Synode der Bistümer der Bundesrepublik Deutschland beendet. □

(ZENIT)

Redaktionsschluss für

**AUFTRAG 297**

Freitag, 30.01.2015

## Europa – „Ein Gespenst geht um“

Am 28. und 29. Juli fand eine Vorlesung mit Kolloquium durch Professor Dr. Maria do Mar Castro Varela aus Berlin statt, die das Thema „Europa – ein Gespenst geht um“ behandelte.

Professor Castro Varela ist 1964 in A Coruña / Spanien geboren, 1992 absolvierte sie das Diplom für Psychologie an der Universität zu Köln und an der gleichen Universität hat die Professorin dann 1996 das Studium der Pädagogik erworben. Im Jahre 2005 erfolgte die Promotion in Politologie an der Justus-Liebig-Universität in Gießen mit dem Thema der Dissertation: Utopiediskurse migrierter Frauen. Seit 1997 ist die Professorin an der Alice Salomon Hochschule für Allgemeine Pädagogik und Soziale Arbeit mit den Forschungsschwerpunkten Postkoloniale Theorie, Kritische Migrations- und Rassismusforschung und Holocaust Studien. Castro Varela ist zudem Mitarbeiterin an verschiedenen Universitäten und Fachhochschulen und hat darüber hinaus eine Maria-Goeppert-Mayer Gastprofessur an der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg. Ihr Wirkungs- und Arbeitskreis erstreckt sich über viele lokale und internationale Organisationen, dabei ist sie u.A. Gründungs- und Vorstandsmitglied des Instituts für Migrations- und Ungleichheitsforschung e.V. (IMU), Beiratsmitglied der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit des Deutschen Jugendinstitut (DJI) in Halle, sowie Mitglied der Deutschen UNESCO-Kommission. Am Anfang ihrer Vorlesung bedankte sich Prof. Castro Varela für die Einladung und die Gelegenheit über dieses interessante Thema „Europa – ein Gespenst geht um“ sprechen zu dürfen und stellte in ihrem Vortrag ein geschichtliches Szenario nach, um Europa als Ort der Gewalt bildhaft darzustellen. Dabei stellte sie die Fragen, ob Europa nicht selbst ein Gespenst sei, das die Welt heimsucht und ob Europa nicht nur eine kleine Region sei, die immer darin Gefallen fand, sich als Weltmacht zu inszenieren.

### Europas Spukgeschichten: Gewalt und Krisen

In ihren „Spukgeschichten“ thematisierte die Professorin Gewalt und Krisen, um das beliebte Bild Europas als Friedensstifter und Wiege der Zivilisation zu irritieren. Sie ist dabei in ihrem ersten Teil der Vorlesung auf drei historische Zäsuren eingegangen, denen Europa seine gespenstischen Züge zu verdanken hat und die nur häufig negiert und gerne vergessen würden:

1. Die Kolonialisierung der Welt – von Menschen und Barbaren: Die Professorin setzte sich hier zuerst mit Christoph Kolumbus, seinen Entdeckungreisen, aber auch die Versklavung der Insulaner auseinander. „Warum wurde gemordet? War das rechters? Waren die Insulaner barbarisch und war es deshalb eine gerechte Bestrafung?“ waren die Fragen, die Castro Varela zum Nachdenken mitgab. Danach kam sie zu dem Dominikaner Bartolomé de las Casas, der als Bischof in den spanischen Kolonien Amerikas tätig war. Auch bei las Casas bezog sie sich auf den Sklavenhandel seiner venezolanischen Siedler sowie auf die Debatte von Valladolid, also der Auseinandersetzung zwischen Bartolomé de las Casas und dem Weltpriester und Humanisten Juan Ginés de Sepúlveda in der spanischen Stadt Valladolid über die Versklavung der Amerindianer 1550/51.
2. Wissen und Macht: Unter dieser Rubrik nahm die Professorin einen historischen Rückblick zu Napoleons Ägyptenfeldzug oder Ägyptische Expedition. Hier zielte Castro Varela auf die Franzosen, die mit dieser militärischen und wissenschaftlichen Expedition das Ziel verfolgten, aus Ägypten eine französische Provinz zu machen, um somit die britische Vormachtstellung im Mittelmeerraum zu beenden.
3. Wahn und Wirklichkeit: Im letzten Absatz ihres ersten Teils be-

handelte die Professorin unter dem Aspekt Wahn und Wirklichkeit das Dritte Reich und die Deportierung der Juden sehr ausführlich. Sie stellte den Dokumentarfilm Shoah aus dem Jahre 1985 vor, in dem überwiegend Zeitzeugen der Shoah (Holocaust) befragt werden. Die Filmaufnahmen bestehen überwiegend aus Interviews, in denen überwiegend Zeitzeugen befragt werden, sowie vielen langsamen Kamerafahrten zu den heutigen Plätzen, an denen damals Tausende Juden deportiert und ermordet wurden.

### Mit Gespenstern leben lernen – Europa begrenzen

Im zweiten Vortrag wurden dann durch die Professorin die Konsequenzen von Kolonialismus und Holocaust nachgezeichnet und Strategien mit dem Horror der Vergangenheit vorgestellt. Dabei hat sie „Geisteswissenschaften“ als „Gespenstwissenschaften“ bezeichnet. „Es tut gut daran, sich den Gespenstern zu stellen“ und es müsse uns gelingen, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, damit wir eine gerechtere Welt schaffen, so die Professorin. Den Vortrag gliederte die Professorin in drei Teile. Im ersten Abschnitt referierte Castro Varela über die epistemische (wissensmäßige) Gewalt und die kognitive Gerechtigkeit. Ausgehend vom Konzept der epistemischen Gewalt als dem Mittelpunkt der Betrachtung von Machtstrukturen rief die Professorin zum Umdenken in Form eines epistemischen Wandels im Sinne einer erweiterten Denkensart auf. Die Grundlagen dazu wurden von Professor Boaventura de Sousa Santos ausführlich in seinem Buch „Another Knowledge Is Possible“ beschrieben. Santos erforscht in diesem Buch die Kämpfe gegen den moralischen und kulturellen Imperialismus und die neoliberale Globalisierung, die in den letzten Jahrzehnten stattgefunden haben, sowie die Alternativen, die in Ländern entstanden sind, in den Entwicklungs-



ländern aus Brasilien und Kolumbien, Indien, Südafrika und Mosambik. Im zweiten Abschnitt ist Castro Varela auf die Professorin Gayatri Chakravorty Spivak eingegangen, die bekannt ist für ihre zeitgenössischen kulturellen und kritische Theorien, um das Erbe des Kolonialismus und

sich die Frage stellt: „Was tun mit den Schriften der Aufklärung?“ Zum Ende hin interpretierte Castro Varela dann den bengalischen Historiker Dipesh Chakrabarty, der in seinem Buch „Provincializing Europe“ die Provinzialisierung Europas und dabei die postkoloniale Theorie und die

historischen Unterschiede behandelt. Mit den Worten „Europa ist eine kleine Provinz und nicht das Zentrum der Welt und Neuhumanismus bedeutet auf andere Art und Weise menschlich werden“ beendete die Professorin ihre Vorlesung. □

(Rainer Zink)

## Salzburger Hochschulwochen 2014

# Europäische Integrationsdynamik nach der Finanzkrise: Vertiefung oder Spaltung?

Am 30. und 31. Juli erfolgte eine weitere Vorlesung mit Kolloquium durch die Univ.-Prof. Dr. Sonja Puntscher-Riekmann aus Salzburg, die das Thema „Europäische Integrationsdynamik nach der Finanzkrise: Vertiefung oder Spaltung?“ ausführte.

Professor Puntscher-Riekmann ist 1954 in Bozen/Italien geboren. Sie studierte in der Folge zwischen 1973 und 1980 Germanistik, Romanistik und Philosophie an der Universität Wien und promovierte 1980 zur Doktorin. Zwischen 1982 und 1984 absolvierte sie ein Post-Graduate Studium der Politologie am Institut für höhere Studien in Wien. Puntscher-Riekmann war zwischen 1991 und 1993 wissenschaftliche Mitarbeiterin des European Centre for Coordination and Research in Social Sciences und ab 1993 wissenschaftliche Mitarbeiterin des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung. Von 1995 bis 1998 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin und stellvertretende Leiterin der Forschungsstelle für Sozioökonomie an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, wobei sie sich 1997 an der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck habilitierte. Die Professorin ist seit 1998 Direktorin der Forschungsstelle für institutionellen Wandel und Europäische Integration (IWE) an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und war von 2000 bis 2001 Gastprofessorin am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

Seit 2002 ist sie als Universitätsprofessorin für Politische Theorie und Ideengeschichte, Politik am Fachbereich für Politikwissenschaft und Soziologie und Leiterin des Salzburg Centre of European Union Studies der Universität Salzburg. Sie ist darüber hinaus Jean Monnet-Professorin und Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

## Europäische Heterogenität und Verfassung

Heterogenität ist die natürliche Grenze, deshalb können wir gar nicht entgrenzen. Mit diesen Worten begann die Professorin ihre Vorlesung. Im historischen Rückblick ging sie bis ins Jahr 1787 zurück, wo eine gemeinsame Republik als absurd betrachtet wurde. Dieser kritische Beitrag der amerikanischen Verfassungsdebatte sollte verdeutlichen, dass Größe und Heterogenität eines Gemeinwesens relative Begriffe sind, wie bei der späteren Entwicklung der USA erkennbar. Ähnlich verhalte es sich im heutigen Europa, auch wenn dort die Verfassungsdebatte scheinbar beendet sei, allerdings habe der Streit darum nie aufgehört, und im „Lissabon-Urteil“ einen neuen Höhepunkt erreicht, so die Professorin. Dennoch hänge das Gelingen einer Einheit von der Verfassung ab und dabei sei gerade die viel gepriesene europäische Heterogenität meist nur eine rhetorische Waffe in diesem konstitutionellen Streit. Denn bei näherer Betrachtung der europäischen Heterogenität müsse man sich mit

der politischen Geschichte Europas auseinander setzen und dort werde man feststellen, dass dies eine Geschichte der Dialektik von Einheit und Zersplitterung sei. Dabei habe der Begriff Einheit in der Vielfalt seine Voraussetzung. So seien auch Nationalstaaten Einheitskonstruktionen zur Überwindung lokaler und regionaler Selbstbehauptung und diese könnten sich mehr oder weniger behaupten und blieben auch heute äußerst prekär. Ob eine Einheit gelingt, sei abhängig von einer Vielzahl von politischen, kulturellen und sozioökonomischen Variablen.

## Die Verfassung und der body politic

Die europäische Verfassung sei ambivalent, allerdings müsse eine Verfassung ein legitimes und effektives Regieren ermöglichen. Dennoch blieben Verfassungen umstritten, da sie unvollendet seien, so die Professorin und sie untermauerte ihre Aussagen mit folgenden drei Thesen:

1. „Eine Verfassung kann und muss den Dynamiken des body politic, den sie verfassen soll, Rechnung tragen“.
2. „Die Verfassung ist geprägt von einer bisher unaufhebbaren Ambivalenz zwischen supranationaler und intergouvernementaler Ordnung und die Heterogenität dient dabei als Argument für die intergouvernementale Ordnung“.
3. „Dadurch entstehen Probleme für die Demokratie der Mitgliedstaaten und der Union“.

Auf die Europäische Union bezogen gebe es noch immer Zweifel am legitimen Gebrauch der Begriffe *body politic* und Verfassung, erläuterte Puntcher-Riekmann. „Der *body politic* ist das Gemeinwesen, das sich eine Verfassung gibt“ und eine Verfassung müsse der Dynamik des *body politic* Rechnung tragen, ihn erklären und dauerhaft konsolidieren. Die demokratischen Grundsätze seien in der Union nicht in gleicher Weise wie im Grundgesetz verankert, dennoch ist das Europäische Parlament als ein unmittelbar von den Unionsbürgern gewähltes Vertretungsorgan der Völker eine eigenständige zusätzliche Quelle für demokratische Legitimation, so die Professorin und sie zitierte in diesem Zusammenhang das Bundesverfassungsgericht: „Solange die europäische Zuständigkeitsordnung nach dem Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung in kooperativ ausgestalteten Entscheidungsverfahren unter Wahrung der staatlichen Integrationsverantwortung besteht und solange eine ausgewogene Balance der Unionszuständigkeiten und der staatlichen Zuständigkeiten erhalten bleibt, kann und muss die Demokratie der Europäischen Union nicht staatsanalog ausgestaltet sein“. Dabei lenke der Staatsdiskurs des Bundesverfassungsgerichts vom Demokratieproblem ab, denn die Frage demokratischer Legitimation stelle sich nicht dort, wo es einen Staat gibt, sondern dort, wo die Macht ausgeübt wird. „Das europäische Demokratiedefizit entsteht aus Machtverschiebungen, die demokratisch unzureichend kontrolliert sind“, resümierte die Professorin.

**Wie kann eine Verfassungskrise gelöst werden? – Braucht Europa eine neue Verfassung?**

Das heutige Problem der Europäischen Union liege nicht im unterstellten Mangel an kulturellen und normativen Gemeinsamkeiten, sondern in der institutionellen Asymmetrie der Wirtschafts- und Währungsunion, so Puntcher-Riekmann und es ist, als stünden wir wieder am Anfang. Es wäre aber ein Anfang unter gänzlich neuen Bedingungen, das Friedensprojekt der Union scheint zu verblasen. „Daher holten die Regie-

rungen alte Kostüme aus der Theaterkiste und forcieren nationale Souveränitätsbehauptungen, die in manchen Staaten zu offenem Nationalismus werden; Kerneuropa, differenzierte Integration durch einen Nord- und einen Süd-Euro, ja sogar der Ausstieg oder Ausschluss von Schuldenländern aus der Eurozone wurde diskutiert“ erläuterte die Professorin. Und dennoch ließe sich das alles auch als Ablenkungsmanöver interpretieren. Denn die Maßnahmen zur Errichtung einer Bankenunion, aber auch zu einer Fiskalunion, wozu der Fiskalpakt eine erste Stufe darstellt, seien Schritte zu dramatischen Vertiefungen. Sie seien allesamt Ergebnisse eines „postdemokratischen Exekutivföderalismus“, wie Jürgen Habermas ihn genannt hat. Legitimiert würden diese Schritte durch Verweis auf den Ausnahmezustand der Finanzkrise und die Zwänge der Finanzmärkte, nicht durch demokratische Verfahren. Eine weitere Vertiefung der Union sei nur unter demokratischen und sozialen Vorzeichen möglich. Das haben politisch Verantwortliche soweit verstanden, als die Auseinandersetzung um die richtige Balance zwischen Stabilität und Wachstum spätestens seit der letzten französischen Präsidentenwahl im Mai 2012, die den Sozialisten Francois Hollande ins Amt brachte, auf der Agenda stand. Wie eine Sozialunion ausgestaltet werden könne, welche Formen von „überlappenden Kompetenzen“ darin sinnvoll und praktikabel sind, muss Inhalt einer künftigen Verfassungsdebatte sein. „Das ist Demokratie: Die Möglichkeit der Debatte und Entscheidung über die sozio-ökonomische Ordnung eines Gemeinwesens“. Dass Geld- und Wettbewerbspolitik europäisch und Wirtschafts- und Sozialpolitik national gestaltet würden, macht erstere unbeliebt und letztere auf Dauer ineffizient, betonte die Professorin. Die Union könne dieses Dilemma nur durch einen konstitutionellen Befreiungsschlag lösen. Das Europäische Parlament müsse dazu die Initiative ergreifen, Vorschläge für Verfassungsänderungen und für ein Mandat des Konvents unterbreiten und müsse dazu die Einberufung des Konvents verlangen, auch wenn die Einberufungskompetenz beim Europäischen

Rat liegt. Zur Erhöhung der Identifikation der Bürger mit dem Konvent wäre eine Direktwahl seiner nationalen Mitglieder in allen Mitgliedstaaten am gleichen Tag zu empfehlen. Ein solches Vorgehen würde potentiell der öffentlichen Debatte um die künftige Verfassung der Union eine neue Qualität verleihen. Diese Vorgangsweise würde aber nicht nur die Identifikation der Unionsbürger mit dem konstitutionellen Projekt und mit der Union erhöhen, sie könnte auch dem europäischen Konstitutionalismus neues Leben einhauchen. Damit bekäme der Begriff des europäischen *body politic* eine neue Bedeutung, in dem die Unionsbürger und ihre Repräsentanten nicht mehr ihre nationalen Angelegenheiten definieren und regeln, ohne die Wirkungen ihrer Entscheidungen auf die anderen im Blickfeld zu haben. „Es sei höchste Zeit, eine neue europäische Verfassung zu verhandeln, in der schleichende Zentralisierung durch exekutiven Dirigismus ebenso beendet wird wie der reflexartige Rückfall in nationale Egoismen“ erklärte die Professorin. Darüber hinaus könne sie sich vorstellen, dass Mandatswahlen durch die Bevölkerung in Gesamteuropa zur gleichen Zeit durchgeführt würden. Mit der Utopie dieser neuen europäischen Verfassung schloss Puntcher-Riekmann ihren Vortrag, denn diese Utopie würde der laufenden Debatte um den *body politic* eine neue Qualität verleihen. □

(Rainer Zink)

## Salzburger Hochschulwochen 2015

finden in Form von Vorlesungen, Workshops und Diskussionen

**von Montag, 27. Juli 2015 bis Sonntag, 2. August 2015** in den Räumen der Salzburger Universität statt

## Europäische Identitäten, Migration und Zugehörigkeit/en: Überlegungen aus diskursanalytischer Sicht

Unmittelbar nach den Vorträgen von Univ.-Prof. Puntscher-Riekmann am 30. und 31. Juli 2014 fanden zwei weitere Vorlesungen mit Kolloquium statt. O. Univ. Prof. Dr. Dr. H.C. Ruth Wodak aus Lancaster/UK berichte über das Thema „Europäische Identitäten, Migration und Zugehörigkeit/en: Überlegungen aus diskursanalytischer Sicht“.

Professor Wodak ist 1950 in London geboren. Sie ist eine österreichische Sprachwissenschaftlerin und Professorin für Sprachwissenschaften an der Universität Wien und an der Lancaster University. Von 1968 bis 1974 studierte sie an der Universität Wien die Fächer Slawistik, Osteuropäische Geschichte und Sprachwissenschaft. Nach ihrem Studium 1974 folgte das Doktorat an der Universität Wien in Sprachwissenschaft (Promotio sub auspiciis Praesidentis rei publicae) mit dem Nebenfach Slawistik. Ihre soziolinguistische Dissertation hieß „Soziolinguistische Ansätze zu einer Theorie der Verbalisierung: Das Sprachverhalten von Angeklagten bei Gericht“, Wien 1974. Von 1975 bis 1983 war Ruth Wodak als Universitätsassistentin am Institut für Sprachwissenschaft der Universität Wien tätig. Ab dem Jahr 1983 bis 1991 wirkte sie als Professorin für Angewandte Sprachwissenschaft, einschließlich Sozio- und Psycholinguistik am Wiener Institut für Sprachwissenschaft. Sie ist seit 1991 ordentliche Universitätsprofessorin für Angewandte Sprachwissenschaft an der Wiener Universität. Von Oktober 1999 bis Oktober 2002 hatte sie eine Forschungsprofessur an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, hat 1996 den Wittgensteinpreis erhalten und ist Direktorin des Wittgenstein Forschungsschwerpunktes „Diskurs, Politik, Identität“. Sie wurde 2008 mit dem Kerstin Hesselgren Chair des schwedischen Parlaments ausgezeichnet und bekam 2010 das Ehrendoktorat der Universität Örebro. Im Jahre 2011 erhielt sie das Große

Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich und 2014 wurde die Professorin mit dem Royden B. Davis Chair der Georgetown Universität in Washington, DC. ausgezeichnet. Zudem ist sie Mitglied der Academia Europaea und der British Academy of Social Sciences.

### Europäische Union

In ihrer Vorlesung begann die Sprachwissenschaftlerin und Wittgensteinpreisträgerin mit einem kurzen Rückblick zum 1. Weltkrieg, wobei sie hier den Krieg nach innen und den Kampf gegen die eigene Bevölkerung beschrieb. Anhand einiger Beispiele ist die Professorin hier insbesondere auf die Wendung gegen den inneren Feind in der Habsburgermonarchie eingegangen, während sie im zweiten Abschnitt die Kampagne gegen Fremdstämmige im Russischen Zarenreich behandelte. Abschließend befasste sie sich mit dem Genozid an die Armenier im 1. Weltkrieg. Nach dieser kurzen Rückschau erinnerte Wodak an die Rede von Winston Churchill, der an der Universität in Zürich am 19. September 1946 folgenden Satz prägte: „Wir müssen eine Art Vereinigte Staaten von Europa errichten“. Diese Einführung wählte die Professorin, um sich nun gezielt mit der Europäischen Union zu befassen, dabei den Hintergrund und den Kontext darzulegen sowie die dort auftretenden Spannungen und Antinomien näher zu erläutern. Sie zitierte dazu wichtige Passagen aus der Erklärung über die Europäische Identität, der sogenannten Kopenhagen Erklärung vom 14. Dezember 1973: „Die neun europäischen Staaten..., haben ihre Gegnerschaft überwunden und ... beschlossen, sich zusammenzuschließen, um das Überleben einer Zivilisation zu sichern, die ihnen gemeinsam ist. In dem Wunsch, die Geltung der rechtlichen, politischen und geistigen Werte zu sichern, zu denen sie sich bekennen, in dem Bemühen, die reiche Vielfalt ihrer nationalen Kultu-

ren zu erhalten, im Bewusstsein einer gemeinsamen Lebensauffassung, die eine Gesellschaftsordnung anstrebt, die dem Menschen dient, wollen sie die Grundsätze der repräsentativen Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der sozialen Gerechtigkeit, die das Zeil des wirtschaftlichen Fortschritts ist, sowie der Achtung der Menschenrechte als die Grundelemente der europäischen Identität wahren“. In einer weiteren Zeitschiene zur Europäischen Union von 1957 bis 2013 mit den wichtigsten Verträgen, Beitritt der verschiedenen Länder sowie den bedeutendsten Ereignissen hat die Professorin ihren historischen Rückblick beendet.

### Integrierter theoretischer Ansatz

Vor diesem Hintergrund eines spannungsreichen Europas entwickelte die Professorin das Bild einer europäischen Identität aus diskursanalytischer Sicht und unterlief die unterschiedlichen theoretischen Ansätze, dabei ausgehend von einer dynamischen Identität, die sich in unzählbaren gegenseitigen Wechselbeziehungen immer wieder neu erschafft. Besonders bei den Antinomien hat Wodak hier anhand von Beispielen die Wechselbeziehungen deutlich gemacht. So hat sie der Solidarität die Desillusion, der Menschenrechtscharta die Xenophobie, der Mehrsprachigkeit die Einsprachigkeit und dem Friedensprojekt das Ökumenische Projekt gegenüber gestellt. Es gebe mehrere, viele, fragmentierte, multiple Identitäten, sie würden immer wieder textabhängig hergestellt und würden in interaktiven Zusammenhängen ko-konstruiert. „Die Konstruktion von Identitäten impliziert immer Inklusions- und Exklusionsprozesse, d.h. Definitionen von selbst und anderen. Individuelle und kollektive, nationale und transnationale Identitäten werden häufig durch spezifische Sprachenwahl reproduziert und symbolisch manifestiert“ erläuterte die Professorin.



### Sprachenpolitik

Aus sprachwissenschaftlicher Sicht charakterisierte die Professorin die Argumentation innerhalb der Migrationsdiskussion in zwei unterschiedliche Modelle. Zum einen erläuterte sie den Meinungs-austausch anhand von Beispielen spezifischer Topoi, wie Zahlen, Sicherheit, Kriminalität, Verantwortung, Gerechtigkeit als möglichen Konflikt. Zum anderen erwähnte sie Vergleiche wie Krieg und Wasser für Migration oder Haus und Container für Nation. Dabei stellte sie in einer Präsentation das Modell „Haus-Rahmen“ vor, bei dem strukturelle Rahmenelemente, wie Außen- und Innenwände, private Zugänge, Fundamente, privater Garten, Zaun, Sicherheitssystem und zusätzliche Skripts, wie Geborgenheit und Sicherheit, Familie, Privateigen-

tum, Eingang und Ausgang, Besuche und Gastfreundschaft mögliches Konfliktpotential darstellen. Schlussendlich befasste sich Wodak mit dem Thema der Mehrsprachigkeit innerhalb der Europäischen Union. Die Mehrsprachigkeit innerhalb der Europäischen Union sei durchaus doppeldeutig und ein wichtiger Schlüssel für die Einwanderung, allerdings würde die Mehrsprachigkeit auch von Rechtspopulisten instrumentalisiert werden, so Wodak. Dabei werde die Konstruktion des Fremden oder Unbekannten anstelle von anderen Problemen bewusst fokussiert. Dies fände einerseits bei der Kultur statt, denn dort setzen ausschließende, rassistische Ideologien voraus, dass alle Menschen innerhalb eines Nationalstaates ähnlich seien und u. a. dieselbe Muttersprache besitzen. Andererseits gebe es auch

bei der Sicherheit Diskrepanzen, denn die Grenzpolitik und die Sicherheit über Grenzen sperren Fremde aus und letztlich sei auch die Gefahr ein weiterer Konflikt, denn dort bedeute das Eintreten von Fremden in das Haus für viele eine Gefahr für die Gruppenidentität, die durch Nähe konstituiert wird. Am Ende ihrer Vorlesung stellte sich die Professorin die Frage, ob wir in Europa ein Friedensprojekt oder ein ökumenisches Projekt haben. Sie beantwortete die Frage, indem sie sich mit der Utopie Puntscher-Riekmanns anfreundete, allerdings könne dies nicht hierarchisch verlaufen, sondern es brauche dafür ein gesamteuropäisches Verständnis. Dabei sollten Probleme nicht nur auf Migranten projiziert werden, sondern selbst Lösungen gefunden werden, schloss Wodak ihre Vorlesung. □ (Rainer Zink)

### Salzburger Hochschulwochen 2014

## Das lange 19. Jahrhundert als Jahrhundert Europas?

Am 01. und 02. August, den letzten Vorlesungstagen, fand eine Vorlesung mit Kolloquium durch Univ.-Prof. Dr. Ulrike von Hirschhausen aus Rostock statt, die sich mit der Frage „Das lange 19. Jahrhundert als Jahrhundert Europas?“ beschäftigte.

Professor von Hirschhausen ist 1964 in Bombay/Indien geboren, von 1986 bis 1990 studierte sie Geschichte und Germanistik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und an der Stanford University/USA, wo sie 1990 den Magister Artium erwarb. 1996 promovierte sie an der Universität Tübingen, 1997 wurde ihr der Wolf Erich Kellner-Gedächtnispreis für die Dissertation zuteil. Von 1997 bis 2002 war sie Dozentin für Europäische Geschichte an der Lettischen Universität und der Lettischen Kulturakademie Riga. 2005 erfolgte die Habilitation an der Universität Göttingen mit einer Studie über „Die Grenzen der Gemeinsamkeit. Deutsche, Letten, Russen und Juden in Riga 1860-1914“. Von 2005 bis 2008 nahm sie Professurvertretungen an den Universitäten Leipzig und Bielefeld wahr und par-

allel dazu leitete die Professorin von 2006 bis 2010 das Forschungsprojekt „Empires. Chancen und Krisen multiethnischer Großreiche im 19. und frühen 20. Jahrhundert“ an der Universität Hamburg. 2009 erschien „Empires und Nationalstaaten im 19. Jahrhundert“ (2. Aufl. 2011), 2010 erschien „Comparing Empires. Encounters and Transfer in the Long Nineteenth Century“ (2. Aufl. 2012). Seit 2010 ist sie W3-Professorin für Europäische und Neueste Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Rostock. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Empires in der Moderne, der Kolonialismus und die vergleichende Stadtgeschichte.

### Der Krieg nach innen – Der Kampf gegen die eigene Bevölkerung im Ersten Weltkrieg

In ihrer ersten Vorlesung begann die Professorin, sich mit dem Ersten Weltkrieg auseinander zu setzen. Diese Vorlesung vom 01. August 2014 mit dieser Thematik hatte insofern eine inhaltliche sowie eine historische Beziehung, denn genau vor 100 Jahren, also am 01. August 1914 begann der

Erste Weltkrieg. Deshalb wurde die Vorlesung auch um 12.00 Uhr mit einer europaweiten Gedenkminute unterbrochen. In ihrer Einleitung begann Hirschhausen auch dann mit den Ereignissen dieses historischen Datums, des 01. August 1914 im Berliner Schloss, wo gegen 17.00 Uhr die Mobilmachung verkündet wurde und zeitgleich der deutsche Botschafter in St. Petersburg die Kriegserklärung an Russland übergeben hat. Die Professorin blieb in ihrer Zeitgeschichte und umriss diesen Tag mit einem Focus auf Salzburg und zeigte dazu auch mehrere Bilder der Mobilmachung in Salzburg sowie Aussagen von Zeitzeugen und der Euphorie der Bevölkerung, die diese Tage prägten. Doch die Erinnerung an den Verlauf des Krieges sehe anders aus, man denke an Ansichtskarten der Schützengräben, an zerfurchte Landschaften, an Massensterben in der Schlacht und an den Folgen der Materialschlachten, so die Professorin. Hirschhausen konfrontierte die Zuhörer mit viel Anschauungsmaterial aus dieser Zeit, andererseits wollte sie diesen Ersten Weltkrieg auch als

Krieg nach innen, gegen die Zivilbevölkerung darstellen und sie begann dabei mit einem Zitat des polnischen Abgeordneten Thaddäus Tertil, der seinen Bericht 1917 im wieder eröffneten Parlament der Habsburgermonarchie mit den Worten ausführte: „Wir sehen, dass wir es mit zwei Kriegen zu tun haben, der eine ist der Krieg nach außen, der andere nach innen“. Anhand des Habsburgerreiches, des russischen Zarenreiches und des Osmanischen Reiches zeigte die Professorin, dass Gewaltmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung, Internierung, Enteignung, Deportation, Massenhinrichtungen systematisch durchgeführt wurden, wie der Krieg in den Schützengräben. Diese Gewaltmaßnahmen seien Teil der politischen Strategie gewesen und der Blick darauf soll auf zwei Fragen eine Antwort geben:

1. Welche Rolle spielt der massive Eingriff des imperialen Staates in seine Peripherien für die Loyalität zum Empire?
2. Warum unterscheidet die Grundstruktur von Imperien, ihre Multiethnizität, die Bedingungen ihres Kriegsalltags fundamental von dem der Nationalstaaten und was sagt diese Bedingung über die Radikalisierung der imperialen Kriegsgesellschaft aus?

Im Habsburgerreich wurden große Teile der Habsburgermonarchie der Militärgerichtsbarkeit unterstellt, dadurch kam es zu einer Militärdiktatur, was bedeutete, dass die k.u.k. Soldaten einen Freibrief gegenüber der Zivilbevölkerung bekamen. Der Hass richtete sich vor allem gegen nichtdeutsche und nichtungarische Zivilisten, so Hirschhausen und sie verdeutlichte dies mit einem Tagebucheintrag des rumänischen Offiziers Octavian Taslauanu aus Hermannstadt im Herbst 1914: „Alle, die nicht Deutsch sprachen, betrachtete ich als Spione. Aus meinem Unmuth heraus, in dieser verfluchten Gegen gelandet zu sein, hätte ich sie am liebsten alle beim Kragen gepackt und sie ordentlich verprügelt. Was zu Teufel hatte ich da zu suchen und was gingen mich Galizien, Russland und all die anderen Feinde des Habsburgerreichs an?“ Mit dieser gezielten Informationspolitik, folgte die Professorin seien alle die

im Habsburgerreich verfolgt worden, die nicht Deutsch sprachen. Im Zarenreich kam es zu Enteignung von Firmen, deren Eigentümer russische Staatsbürger deutscher, italienischer, französischer oder britischer Ethnizität waren. Ein weiterer Bestandteil der Kampagne war die Landenteignung und am schlimmsten und besonders einschneidend waren die Deportation und die Praxis der Zwangsmigration der Juden sowie der Bevölkerung mit deutscher oder polnischer Ethnizität. Die russische Kampagne gegen „feindliche Ausländer“ lässt sich als Versuch deuten, Massenunterstützung für den Versuch zu finden, den imperialen Staat nationaler zu machen, erläuterte die Professorin und am ähnlichsten ließe sich dieses Muster auch im Osmanischen Reich während des Ersten Weltkriegs beobachten, denn in Ostanatolien bildeten Armenier die Mehrheit der Bevölkerung und wurden deshalb von den Türken als internes Hemmnis der beabsichtigten Homogenisierung gesehen. Dadurch fielen dem Genozid, der Gewalt einer radikalen Nationalisierung eine Million Armenier zu Opfer. Aus diesen drei Beispielen ließe sich erkennen, dass der massiv verstärkte Eingriff des imperialen Staates in seine Peripherien mit den Maßnahmen gegen ethnische Minderheiten das Ziel verfolgte, den Staat nationaler zu machen. Allerdings habe die Exklusion die Bindung der Gesamtbevölkerung zum Staat geschwächt, da es sich bei den ethnischen Gruppen zumeist um besonders loyale Gruppen handelte und dadurch habe die innere Desintegration der Kriegsgesellschaft zugenommen, resümierte die Professorin. Anders als in Nationalstaaten könne eine innerer Feind in multiethnischen Gesellschaften leichter identifiziert und zum Gewaltobjekt gemacht werden und wenn die Gruppe noch dazu stärker sei als die Staatsnation beschleunige dies die Ausgrenzung. Dadurch werde die eingehende Frage beantwortet, warum die Grundstruktur von Imperien, ihre Multiethnizität die Bedingungen des Kriegsalltags von dem der Nationalstaaten unterscheidet, denn der Krieg nach innen, die Gewalt gegen die eigenen Bevölkerung existiere nur in Imperien, nicht in Nationalstaaten, beantwortete die Professorin diese Frage und sie

beendete ihre Vorlesung mit der Aussage: „Die Umwandlung von multiethnischen Imperium zum Nationalstaat, der nicht ethnische Differenz, sondern Homogenität betrachtet, trägt zur äußeren Auflösung der Imperien stärker bei, als der Blick auf den äußeren Krieg es bislang suggeriert“.

### Die Beziehungen Europas mit der außereuropäischen Welt

In ihrer zweiten Vorlesung betrachtete die Professorin die Beziehungen Europas mit der außereuropäischen Welt. Auch in dieser Vorlesung begann Hirschhausen mit einem historischen Beispiel, denn sie setzte sich mit der Französischen Revolution als Ausgangspunkt auseinander und stellte sich hierbei die Frage, welche Bewegungen und Akteure dazu beitrugen, um europäische Selbstbilder zu erzeugen. Insbesondere die Beziehungen und die Verflechtungen mit der außereuropäischen Welt seien entscheidend gewesen, dass Europa sich so entwickelt habe, so Hirschhausen. Sie begründete ihre These damit, dass die Eindämmung des Sklavenhandels für die Europäisierung eine wesentliche Rolle für die Ausweitung der modernen Menschenrechte war und die damals entwickelten Normen und Regeln ein Fundament waren für künftige Rechtsvorstellungen. In mehr als 600 Prozesse zahlreicher internationaler Sklavengerichtshöfe gegen die Sklaverei setzten sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts zwei wegweisende Rechtsnormen durch. Zum einen wurde ein Konzept von Verbrechen gegen die Menschlichkeit entwickelt und zum anderen breitete sich die Möglichkeit einer Bestrafung bei der Verletzung von Menschenrechten aus. Mit dieser Entwicklung, mit den Urteilen der Sklavengerichtshöfe, die als Vorläufer des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte betrachtet werden können, sei ein gewaltiger Schritt für Europa zustande gekommen, denn es wurde erstmalig ein Normenkatalog für Europa aufgestellt, erläuterte die Professorin. Daraus könne man eine Europäisierung erkennen, die nicht unmittelbar auf europäischem Territorium entstanden ist beendete Hirschhausen ihre Vorlesung und untermauerte somit ihre anfangs getroffene These. □

(Rainer Zink)

## Bleibt die Inklusion<sup>1</sup> aller Bürger in Europa ein Traum?

**D**as<sup>1</sup> war die Frage einer höchst interessanten Vorlesung des em. Prof. Dr. Karl GABRIEL aus MÜNSTER. „Inklusion“ bedeutet für alle Bürger Gleichheit in allen Lebensbereichen, vor allem in den sozialen, und ist seit den Weltkriegen das Ziel Europas. Ob dieses auch tatsächlich erreicht werden wird, ist angesichts der Krise europäischer Wertbindungen und des Wertewandels noch lange nicht ausgemacht. Einen wesentlichen Beitrag haben die Kirchen und die damit verbundenen religiösen Einflussnahmen geleistet und werden das auch in Zukunft tun müssen. Im Folgenden der Versuch einer Skizzierung der Ausführungen von Karl GABRIEL.

### 1. Die soziale Identität Europas und ihre christlichen Wurzeln

**M**it Ende der großen Kriege und unter dem Eindruck des Schreckens besinnt sich Europa des Sozialstaates und der Wohlfahrtsstaatlichkeit. Es versteht sich als Sphäre des Friedens, als Hort und Bollwerk der Freiheit und gegen jede Totalität wie in den kommunistischen Ländern des Ostens. Seitdem stehen „soziale Idee“ und Menschenrechte als normative Kraft im Zentrum. Die Erklärung der allgemeinen Menschenrechte 1948 und der 1966 geschlossene Sozialpakt hinsichtlich wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Rechte gelten als Leitbild. Demnach ist bürgerliche Freiheit, politische Mitbestimmung und soziale Teilhaberschaft für alle Bürger durchzusetzen.

#### 1.1 Die religiösen Wurzeln der Wohlfahrtsstaatlichkeit

**W**ohlfahrtsstaatlichkeit heißt, dass soziale Rechte die Realisierbarkeit der Freiheitsrechte für alle zum Ziel haben müssen, und liegen in „öffentlicher Verantwortung“. Das bedeutet nicht nur der Staat, sondern jeder Einzelne muss Verantwortung mittragen. Unbestritten ist das

Christentum für die Menschenrechte grundlegend und den kulturellen Hintergrund beigetragen. Die staatliche Gemeinschaft trägt die grundsätzliche Verantwortung und der Einzelne als Individuum liefert seinen in seiner individuellen Autonomie. „Gott als Erlöser für alle Menschen“ ist das Argument, das politischem Handeln christliche Legitimation verleiht, die bis heute in Form der Menschenrechte noch seine Gültigkeit hat.

Christentum war besonders nach LUTHER weitgehend konfessionell ausgerichtet. Die reformierte Kirche, die Freikirchen in den USA, der lutheranische Protestantismus und der deutsche Katholizismus haben jeweils ihre eigenständige „konfessionelle Kultur“ und üben dementsprechende religiöse Einflussnahme auf die Wohlfahrtsstaatlichkeit aus. Die reformierte (protestantische) und freikirchlichen Traditionen hängen, vor allem in den USA, einer amts-staatlichen Programmatik an und streben eine protestantisch geführte Wohlfahrt an. Staat und Kirche sind strikt getrennt und der Einzelne ist für sich selbst verantwortlich.

Der lutheranische Protestantismus sieht sich als Staatskirchentum, in dem der Glaube weniger durch die Kirche als vielmehr durch die Gläubigen selbst individuell geprägt und verinnerlicht wird. Es gibt deshalb auch keine Kulturkämpfe, braucht aber auch keine Wohlfahrtsverbände.

Der deutsche Katholizismus versteht sich als institutionalisierter Kulturkampf zwischen Staat und Kirche und setzt daher auf seine katholischen Wohlfahrtsverbände und deren Einfluss.

#### 1.2 Konstellation und Bedingungen des religiösen Einflusses auf die Wohlfahrtsstaatsentwicklung in Europa

**R**eligiöse Einflussnahme ist dort, wo sie stattfindet, durch bestimmte gesellschaftliche Konstellationen und Bedingungen unterlegen (z.B. religiöse oder politische, soziale, bürgerliche Verhältnisse u.v.a.)

Von religiöser Sichtweise aus ist es die abrahamitische Tradition. Im östlichen Christentum, im westlichen das Prinzip kollektiver Verantwortung, begründet in der Nächstenliebe und der unantastbaren Einzigartigkeit der Person. Dazu kommt durch die Verknüpfung des Christentums mit der Aufklärung der religiöse Pluralismus, ohne den der Katholizismus längst bedeutungslos geworden wäre.

Aus politischer Sicht sind die Konflikte zwischen Staat und Kirche bestimmend; zum Beispiel in Deutschland zwischen protestantischen Mehrheiten und katholischen Minderheiten. Dabei handelt es sich mehr um Interessens- als um Wertekonflikte. Die Sorge um die Armen ist die eigentlich umkämpfte Domäne, weshalb auch die konfessionell ausgerichteten Parteien und Organisationen sowie die Sozialdemokratie starken Einfluss nehmen.

Schlussendlich sind es aus bürgerlicher Sicht christlich orientierte Unternehmer und charismatische Persönlichkeiten aus Protestantismus und Katholizismus, welche mit eigenen Wohlfahrtsunternehmen und Sozialbewegungen nicht unwesentlich beigetragen haben.

Wohlfahrtsstaatlichkeit ist seitdem für Europa Identitätsmerkmal geworden und angesichts globaler Entwicklung Gebot der Stunde. Ohne die sozialen Aspekte, ohne Sozialpakt würden nämlich bürgerliche und wirtschaftliche Freiheiten bald in Frage stehen. Den Gefährdungen globalisierter Modernisierungen kann nur mit wirksamer globaler Wohlfahrt begegnet werden. Dies ist jedoch noch lange nicht erreicht.

#### 2. Europa zwischen sozialer Inklusion und Desintegration

**G**egenwärtig ist die Inklusion für alle Bürger ins Stocken geraten und Europa befindet sich in zunehmender Desintegration. Seit moderne Marktgesellschaften der Fiktion von Boden, Arbeit und Geld unterliegen, werden „Alle festen, eingerosteten Verhältnisse“ (MARX) aufgelöst. Statt

<sup>1</sup> „Inklusion“ bedeutet Gleichheit in allen Bereichen für alle Bürger, vor allem in den sozialen.



Eigentum steht Mitbestimmung, Verteilung durch den Staat statt über den Markt, statt Erziehung durch die Eltern Erziehungseinrichtungen und soziale Dienste. Bindungslosigkeit und Verselbständigung der Märkte sind die Folge und verhelfen Faschismus und Nationalsozialismus zur Macht. Karl POLANYI nennt das 1944 die „große Transformation“. Nach dem zweiten Weltkrieg und angesichts dessen Folgen entwickeln dann die Marktgemeinschaften im nationalstaatlichen Rahmen den sozialen Ausgleich.

Franz Xaver KAUFMANN entwirft 1963 ein europäisches Sozialmodell, das die Inklusion aller durch entsprechende Freiheits-, Partizipations- und Sozialrechte vorantreiben soll. Die Nachteile gesellschaftlicher Vielfalt (Marktökonomie, Wettbewerbsbegrenzung, Regelungen zwischen Kapital und Arbeit, Subsidiarität) sollen im Gegensatz zu den USA durch sozialen Ausgleich (Verantwortung des Staates, Regelung des Arbeitsmarktes zum Schutz der Arbeitnehmer, Umverteilung und Solidarität als Leitbild) kompensiert werden.

Bevor KAUFMANNs Sozialmodell richtig wirksam werden kann, setzt die Globalisierung mit ihren Gefährdungen ein. Prof. GABRIEL nennt dies die „zweite Transformation“ und meint damit den Wechsel aus einer gesicherten in eine „riskante“ Moderne meint. Die Merkmale dafür sind Gefährdung der Arbeitsplätze, Kapitalkontrolle, spekulative Gewinne, Machtgewinn des Kapitals, ein über den Wettbewerb erfolgreiches Sozial- und Integrationsmodell sowie das Auseinanderdriften von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

### 3. Die Frage nach der Inklusion aller Bürger bleibt offen

Die Frage nach der Inklusion aller Bürger bleibt unbeantwortet. Das europäische Sozialmodell scheint in die Krise geraten zu sein: Die industrielle Produktion entwickelt sich immer mehr in eine der Dienstleistungen, was Konflikte wie um Vollzeit- versus Teilzeitbeschäftigung oder Arbeitslosigkeit zur Folge hat. Die Sozialstaaten stehen im Standortwettbewerb, wenn es um möglichst geringe

Sozialabgaben geht. Die Gesellschaft überaltert. Der Sozialstaat verstärkt zu sehr die Individualisierung, polarisiert Lebensformen und schwächt seine ethisch-moralischen Voraussetzungen.

Europa befindet sich auf dem Scheideweg zwischen Fortsetzung der Desintegration, was letztlich das Scheitern einer Inklusion aller Bürger bedeuten würde oder einer Wiederbelebung der sozialen Dimension. Gelingen kann das nur durch für alle Menschen verbindliche Grundrechte in Verbindung mit Maßnahmen wie Arbeitslosenversicherung, gegenseitige Hilfe der Staaten in den Sozialsystemen und begrenztes Entstehen bei Risiken.

Markt-Integration muss mit sozialer Integration in Einklang gebracht werden. Markt- und Sozialintegration sind das Rezept, wenn die Inklusion aller Bürger auch unter den Bedingungen der Globalisierung eine Chance haben soll. Die Rolle der Kirchen als übernationale zivil-gesellschaftliche Kraft kann dabei die des Vermittlers sein. □

(Bernhard Meurers)

## Salzburger Hochschulwochen 2015

### Prekäre Humanität

Umstritten ist, was der Mensch ist. Fragwürdig erscheint seine Begabung zur Menschlichkeit. Umkämpft bleibt seine Würde. Auf der Suche nach politischen Bestimmungen humanen Lebens stoßen wir auf Grenzen seiner Sicherung. Konfrontiert mit unausweichlichen gesellschaftlichen Grenzziehungen und ihren Lizenzen auf Ausschließungen erleben wir, wo Humanität prekär wird und zugleich eine unverzichtbare Orientierung darstellt.

Die Salzburger Hochschulwochen 2015 stellt Humanität auf den Prüfstand und interessiert sich gleichermaßen für grundsätzliche Begriffsklärungen wie für konkrete Problematisierungen. Sie arbeitet mit naturwissenschaftlichen Experten und historischen Vergewisserungen. Sie buchstabiert anhand von Modellen, was Humanität im 21. Jahrhundert bedeutet, und spielt dem theologische wie kulturwissenschaftliche Deutungsmuster zu. □

(Presse SHW)



## 14/18 – Der Weg nach Versailles

AIso noch ein Buch zum Ersten Weltkrieg, werden sich nicht wenige Leser gelangweilt fragen. Zu Christopher Clark, Herfried Münkler, Jörn Leonhard und Nial Ferguson tritt nun auch Jörg Friedrich. Letzter unterscheidet sich aber von den genannten und anderen Autoren schon auf den ersten Blick durch den von ihm gewählten prägnanten Titel. 14/18: Knapper geht's nicht. Und genau dieser prägnante, direkte Stil zeichnet auch Friedrichs Betrachtung des Krieges aus.

Wie fast alle Historiker analysiert er zunächst die vier Wochen im Juli 1914 zwischen Sarajevo-Attentat und den Kriegserklärungen. „Der erste Schuss zog nicht sogleich den zweiten nach sich, im Gegenteil. Dazwischen verstrich qualvoll die Zeit, genug, die Stichflamme zu löschen, die Gemüter abzukühlen, die Säbelrassler [...] zu beschwichtigen, [...], bis der Zustand einkehrt, dass es sich nicht mehr lohnt zu schießen. Eben dies Konzertieren hatte die europäische Diplomatie erlernt, dazu war sie da.“ Doch, so Friedrich, „das europäische Konzert spielte vor tauben Ohren, die Generalstäbe spürten ihre Stunde nahen. Nach ausweglos verтанer Zeit sagten sie der Politik, dass nur noch die Wahl bestehe zwischen Loslegen und Überrolltwerden. Wie am Appelquai in Sarajevo schaltete der verfahrenere Wagen auf Rückwärtsgang und stand exakt vor den Schützen, die die Finger am Abzug hatten. Wenn es soweit ist, regiert der Reflex.“ Seine prägnante Wertung stützt Friedrich auf taggenaue Widergabe der geschickten Ränkespiele, die den Krieg auf alle Fälle beginnen lassen wollten, und der weniger erfolgreichen, ungeschickten Versuche, mittels Diplomatie und Verwandtschaftsbanden der Herrscher, den großen Krieg doch noch zu verhindern. Auch Friedrich entlastet Kaiser Wilhelm von der Kriegsschuld. Eher sieht der den französischen Staatspräsidenten Henri Poincaré in der vordersten Reihe der Kriegspartei. Als gebürtiger Lothringer war es Poincarés Lebensziel, seine Heimat nach Frankreich heimzu-

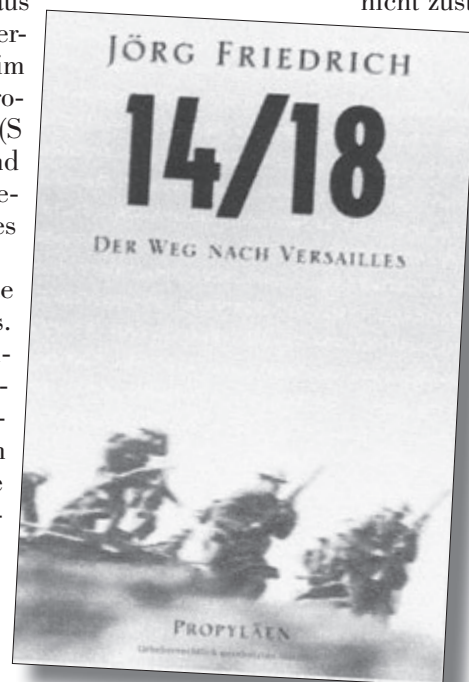
holen. Dazu brauchte er den großen Krieg, dazu intrigierten er und seine Diplomaten in St. Petersburg hinter dem Rücken des kriegsunwilligen Zaren Nikolaus und dirigierten Russland an der Seite Frankreichs in den Krieg – und in den sicheren Untergang: „La force, l'honneur, la dignité!“ mit diesem Ruf begeisterte Poincaré die russische Kriegspartei bei seinem Besuch in St. Petersburg im Juli 1914 und „eskaliierte eine Krise, die äußerlich nur aus der Kugel eines Terroristen bestand, im Nu zu einem europäischen Krieg“ (S. 91). Heimlich und zunächst sogar gegen den Willen des widerstrebenden Zaren mobilisierte Russland als erstes. Wer zuerst mobilisiert, hat den entscheidenden Vorteil, ja den Sieg in der Hand, so die damalige Überzeugung aller Generalstäbe in allen Hauptstädten. Die erkannte russische Mobilmachung setzte die deutsche in Bewegung, ein „reiz-Reflex-Schema“ (S. 139). „Unter den Rädern der Mobilisierung nüchterne Politik zu machen, ist nahezu aussichtslos. [...] Als Wilhelm der Kriegsgrund abhandeln kam, blieben noch acht Tage bis zum europäischen Knall. Bis zur letzten Stunden jagten sich die Depeschen. SOS, wir sinken!“ (S. 106) Es war die Angst, zu spät zu kommen, die Angst, dadurch den Krieg schon mit seinem Beginn zu verlieren, die zur Mobilisierung trieb. Aber, so Friedrich, „wenn das militärische Scheitern so greifbar wie unausdenkbar ist, sollte man sich dieser Gefahr nicht aussetzen. Zu diesem Entschluss können jedoch nur alle Gegner gemeinsam finden; wer ihn allein für sich faßt, ist verloren. Das französisch-russische Bündnis entschloss sich als erstes,

seinen Plan in die Tat umzusetzen“ (S. 143). Erst danach „schwenkten die Deutschen [...] auf diese Linie ein, wie auch die Gegnerkoalition sich innerlich wie äußerlich längst darauf eingelassen hatte. Infolge der Zweifrontenstellung hatten sie nun gar keine Zeit mehr, verweilen nicht bei langwierigen Manövern, die Gegner aus dem Bau zu locken, sondern erklärten ihnen reihum den Krieg.“ (S. 198) Die rettende Kompromissformel kam

nicht zustande, die „Haud-rauf-Fraktion packte das Ruder, weil sie auf der Gegenseite auch das Ruder packte.“ (S. 512) Treffender und verständlicher kann man die Julikrise und den Kriegsbeginn 1914 dem Leser kaum erklärlich machen.

Klar und verständlich führt Friedrich seinen Leser dann auch durch den Krieg, Dabei zieht er immer wieder Ver-

gleiche zwischen dem Agieren der großen Mächte. So stellt Friedrich der deutschen Verletzung der Neutralität Belgiens die Untergrabung der griechischen Neutralität mittels Truppen, Putsch und Königssturz durch die Alliierten gegenüber: „In Weltkriegen ist für Neutralität kein Platz. Sie wird mit Drohungen, Versprechen, Bestechungen, Intrigen und platter Gewalt aus dem Wege geräumt. Die Entgrenzung des Konflikts ist auch eine Form von Kriegslust. Jeder wird breitgeschlagen zum Mitmachen; wer nicht möchte, soll es auch nicht besser haben!“ (S. 183). Seine Ausführungen zum Schrecken der Westfront suchen in ihrer Prägnanz ihresgleichen auf dem Buchmarkt: „Die Irrationalität der Westfront, die Undurchdringlichkeit durchdringen will durch Ermat-



tung, bis der letzte, der übrig ist, auf Leichengebirgen den Sieg davonträgt, ist eine vorübergehende Einfallslosigkeit der Operativabteilungen. Daran ist nichts Schicksalhafteres, Endzeitliches, Psychogenes, es handelt sich um einen krisenhaften Stau, ein Instrumentenversagen.“ (S. 459) Friedrich öffnet seinen Blick auf den europäischen Krieg für eine Betrachtung aus Sicht der übrigen Welt, der kolonisieren „farbigen Menschheit“: „Woran man die Zivilisation misst, ist strittig, unstrittig ist nur, dass die Westfront nicht dazugehört. [...] Wer die Kathedrale von Reims mit Krupp-Kanonen beschließt, gehört offensichtlich nicht dazu, und wer mit Seeblockaden das Aushungern von Kindern und Kranken bezweckt, auch nicht. Die Lichtbringer und Gottesprediger überschwemmten die Welt mit Propaganda, dass sie in Wahrheit gottverlassene Schlächter seien, und dies bestätigte auch der Augenschein. Blutig und polemisierend ineinander verkrallt, begab sich der Westen der materiellen und immateriellen Mittel seiner Weltherrschaft.“ Und: „Dem einen oder anderen mag auch bewusst gewesen sein, dem vietnamesischen Infanteristen etwa, der sich später Ho Chi Minh nannte, dass seine Heimat eine tausendjährige Hochkultur besaß, als Europa noch in Lehmhöhlen hockte. Jetzt war es dahin zurückgekehrt.“ (S. 457) „Ihr Entsetzungsantlitz bezieht die Westfront aus dem Missverhältnis zwischen den gigantischen Verlusten an Leben und den minimalen Raumgewinnen. Das schiere Gegenteil war beabsichtigt. Eine einmalig kolossale Kraftanstrengung sollte die Tiefe des Raums öffnen, den Gegner vernichten und den Blutverlust ökonomisieren, relativ zum Ergebnis. Der dreijährige Zermürbungskrieg war weder Strategie noch Notwendigkeit. [...] Kein Ententebeschluss hat ausgemacht, Deutschland in einem Wettbewerb der Blutverluste zu verwickeln, in dem es längerfristig untergehen musste. Die Deutschen krallten sich im Westen in den gewonnenen Boden. [...] Benommen von der Wucht der eingesteckten Schläge beglückwünschte sich die [Entente]-Allianz nach der Marne zu ihrer Fortexistenz und warb um neue Mitglieder von Washington bis Bukarest.“ (S. 586) Auch in der Frage des

Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika rudert Friedrich gegen den Mainstream, in dem er klar und scharf analysiert, dass die USA nicht erst 1917 in den Krieg eintraten sondern bereits von Anbeginn auf der Seite Großbritanniens und Frankreichs im Krieg standen – nicht mit Soldaten, wohl aber mit Krediten und ihrer Industrieproduktion. Daher auch das unbedingte Interesse Washingtons, die Entente nicht verlieren zu sehen. Die USA „waren in das Kriegsunternehmen in Europa wirtschaftlich so verstrickt, dass sie es nicht untergehen lassen, sondern nur noch retten konnten.“ Die Schuldner Großbritanniens und Frankreich mussten unbedingt den Krieg gewinnen, damit Deutschland als Verlierer deren Schulden zurückzahlt. „Insoweit konnten die (amerikanischen) Banken, die Lieferanten und das [britische] Konkursunternehmen einander nicht loslassen.“ (S. 848) Washington suchte lediglich einen passenden Anlass für seinen militärischen Kriegseintritt und fand ihn 1917 im deutschen U-Bootkrieg. Friederich verlässt das übliche Narrativ des Ersten Weltkriegs und rudert bei nicht wenigen seiner Analysen und Wertungen gegen den sogenannten Mainstream.

Friedrich erklärt auch, warum Öffentlichkeit, Politiker, Presse und Industrieverbände immer neue, noch härtere Forderungen und Rechnungen

an den Gegner aufmachten: „Die Vernichtungswut, die besinnungslose Raserei der Front ergreift Besitz von dem Illusionstheater zuhause. Man lässt nicht seine Söhne von Schrapnells zerfetzen und bleibt Vernunftmensch in den Puppenstuben. Die Front löst den Zivilisationsgeist auf, das ist nicht schwer zu verstehen.“ (S. 479)

Wie man es von ihm seit seinem umstrittenen Buch „Der Brand“ über den Bombenkrieg im Zweiten Weltkrieg erwartet, schreckt Friedrich nicht vor unorthodoxen, neuen provokativen Gedanken zurück.

Friedrichs Fazit des Kriegsausgangs ist ebenso klar wie selten geäußert: Die Westfront sei der Ort der deutschen Niederlage, ja. Aber im Osten und auf dem Balkan, „am Ursprungsherd des Ringens, hatte die Entente gar nicht gesiegt, sondern verloren.“ Der Krieg hatte einen geteilten Ausgang. Die Alliierten hatten im Westen gewonnen, im Osten verloren. (S. 460)

Jörg Friedrichs Analyse führt eine sehr scharfe Feder, die er aber eher als Schwert denn als elegantes Florett einsetzt. Aber gerade darum das Fazit: sehr lesenswert.

(Klaus Storkmann)

**14/18 – Der Weg nach Versailles, von Jörg Friedrich, Propyläen Verlag, Berlin 2014, ISBN 978-3-549-07317-9**

## Kurznachrichten

### Bischof Neymeyr als Bischof von Erfurt eingeführt

**B**ischof Dr. Ulrich Neymeyr ist am Samstag, den 22.11.2014 in sein Amt als Bischof von Erfurt eingeführt worden und damit der zweite Bischof des 1994 neu gegründeten Bistums Erfurt nach Bischof Dr. Joachim Wanke.

Der Apostolische Nuntius, Erzbischof Dr. Nikola Eterović, übermittelte die Grüße von Papst Franziskus und betonte: Ein Bischof muss „vorangehen, um den Weg anzuzeigen, er muss inmitten der Herde bleiben, um die Gemeinschaft zu fördern und hinter dem Volk sein, damit er die ermuntert, die stehengeblieben sind oder den Weg sehr langsam verfolgen. Diese Aufgabe wird Ihnen leichtfallen, denn Sie haben als Weihbischof in der Diözese Mainz ausreichend Erfahrungen gesammelt unter der weisen Führung Seiner Eminenz Karl Kardinal Lehmann“.

Bischof Dr. Ulrich Neymeyr wurde 1957 in Worms geboren. Nach dem Theologiestudium in Mainz empfing er 1982 die Priesterweihe. Auf weiteren Stationen seines Lebensweges war er Subregens im Mainzer Priesterseminar und Pfarrer in Rüsselsheim und Worms. Papst Johannes Paul II. ernannte ihn 2003 zum Weihbischof im Bistum Mainz. Als Bischofsvikar war er dort insbesondere für die Jugendseelsorge zuständig. Am 19. September 2014 ernannte Papst Franziskus ihn zum Bischof von Erfurt. Bischof Neymeyr ist Mitglied der Jugendkommission und der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz. □

(ZENIT)



# Bundeskonzferenz der Gemeinschaft der katholischen Soldaten (GKS)

VON RAINER ZINK

## Eröffnung Bundeskonferenz GKS

Am Mittwoch, 17. September gegen 13.30 Uhr wurde die Bundeskonferenz der GKS durch den Bundesvorsitzenden der GKS, Oberst Rüdiger Attermeyer in der Katholischen Akademie Stapelfeld in Cloppenburg eröffnet. Der Bundesvorsitzende bedankte sich bei den Delegierten und erwähnte, dass in diesem Jahr organisatorische und inhaltliche Fragen zur Gestaltung der Zukunft der GKS behandelt werden sollten. Dabei sei es ihm besonders wichtig, die Zusammenarbeit auf der Bundesvorstandsebene mit einer Neufassung der Ordnung neu zu gestalten, um somit die Arbeit auf der Bundesebene effektiver zu machen. Ferner verwies er auf den inhaltlichen Impuls, mit Vorträgen und Gruppenarbeiten aber auch auf die Bedeutung der Andachten und der Feier der Heiligen Messe, „denn sie bringen uns zurück zum gemeinsamen Kern des Laienapostolates, denn wir sind nicht nur Gemeinschaft untereinander“ so der Bundesvorsitzende.

## Geistliches Wort

Nach der Eröffnung der Bundeskonferenz wurde der Geistliche Beirat der GKS auf Bundesebene, Militärdekan Bernd F. Schaller gebeten, das Geistliche Wort zu sprechen. „Alles wirkliche Leben ist Begegnung“. Mit diesem Zitat von Martin Buber erläuterte der Militärdekan, dass Begegnungen unser Leben bestimmten und wir auch immer der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft begegnen würden, immer Menschen, deren Geschichten und deren Visionen. „Dabei begegnen wir denen, die in der Vergangenheit waren, weswegen wir hier sind und die uns auf den Weg vorbereitet haben, Menschen, die uns in der Vergangenheit ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten zeigten“, so Schaller und er erklärte, dass wir auch mit denen verbunden seien, die in der Gegenwart sind aber auch mit denen, die in der Zukunft stünden und uns den Weg weisen. Mit der Einleitung dieser Begegnungen schlug Schaller den Bogen zur GKS, denn die GKS habe den Glauben, der sie untereinander verbinde und mit der dreifaltigen Gott. „Deshalb sollten wir beim Beten auch immer die mit einbeziehen, die nicht mehr hier sind und auch an die denken, die noch kommen werden“. Mit diesen Worten und mit einem gemeinsamen Vater unser endete der Militärdekan das Geistliche Wort.

## Grußworte

Den Anfang der Grußworte gestaltete der Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS), Oberst (mag) Bernhard Meurers. Dieser stellte in seinen Grußworten viele Gemeinsamkeiten zwischen der GKS und der AKS fest, er bedankte sich für die Einladung und für die gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ein weiteres Grußwort referierte Oberstleutnant Gereon Gräf, Vorstandsmitglied des Katholikenrates. Er verwies darauf, dass es uns weiterhin gelingen müsse, junge Menschen zu motivieren, insbesondere mit Vorhaben wie die GKS-Akademie Oberst Korn. Außerdem bedankte er sich für die Zusammenarbeit und die gezeigte Kameradschaft der GKS mit dem Katholikenrat. Ein letztes Grußwort übernahm der Referent für Soldatenfragen beim Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BdKJ), „Aktion Kaserne“, Stefan Dengel. Auch er bedankte sich für den gegenseitigen Austausch und mit einem Impuls zur Aussage „Wir. Dienen.Katholisch“ schloss er sein Grußwort.

## Lagebericht des Bundesvorsitzenden

Nach diesen Grußworten stellte der Bundesvorsitzende unter dem Aspekt „Die vergangenen 12 Monate – Rückblick, Analyse und Bewertung“ den Lagebericht 2014 vor. Mit einem Rückblick zum 99. Katholikentag in Regensburg und dabei einer näheren Betrachtung auf das von der GKS und Pax Christi gemeinsam vorbereitete Podium stimmte er einige Themen aus dem Lagebericht an. Besonders erfreut zeigt sich der Bundesvorsitzende, dass der Sachausschuss „Innere Führung“ wieder zu neuem Leben erweckt werden konnte, sich schon voll in die Arbeit gestürzt habe, und unter der Leitung des neuen Vorsitzenden Oberstleutnant Oliver Ponsold sich gleich zu Beginn mit dem neuen Attraktivitätsprogramm der Verteidigungsministerin „Aktiv. Attraktiv. Anders.“ auseinander gesetzt habe und eine Bewertung aus Sicht der GKS formulierte. Ebenso bemerkte Attermeyer, dass es dem Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ gelungen sei, eine thematische Grundlage zur Position der GKS hinsichtlich der Drohnenthematik zu schaffen. Dadurch konnte das Arbeitspapier zur Drohnenthematik veröffentlicht werden. Der Bundesvorsitzende nutzte die Gelegenheit, um in dieser Runde den neuen Vorsitzenden des Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“, Oberstleutnant Rufin Melentin vorzustellen. Auch auf den 70. Jahrestag des Attentats vom 20. Juli 1944 ging Attermeyer ein. Er erwähnte dabei die gemeinsame Einladung mit dem Generalvikar zu einer Gedenkveranstaltung, bei der 70 Gäste aus Militär, Kirche, BMVg und Politik anwesend waren. Mit einer Kurzfassung des Berichtes des Haushaltsbeauftragten sowie der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beendete der Bundesvorsitzende diesen Abschnitt.

## „Wir stellen uns – für eine zukunftsfähige Struktur der GKS“ Änderung der Fuldaer Ordnung – Beschluss der Geschäfts- und Wahlordnung

Unter dem Gesichtspunkt „Wir stellen uns – für eine zukünftige Struktur der GKS“ eröffnete der stellver-

tretende Bundesvorsitzende Hauptmann Andreas Quirin diesen Teil, bei dem er auf die im Jahr 2010 verabschiedete Fuldaer Ordnung näher eingehen wollte, denn der Bundesvorstand habe im Juli 2013 entschieden, diese Ordnung zu überarbeiten. Ziel sei es gewesen, den Bundesvorstand zu verkleinern, um die Arbeit in diesem Gremium effizienter zu gestalten. Die Federführung für dieses Projekt wurde Quirin übertragen, der dann eine Arbeitsgruppe bildete. In der Arbeitsgruppe wurde dann festgestellt, dass die vorgesehene Verkleinerung des Bundesvorstands allerdings nicht separat betrachtet werden könne, sondern die Ordnung insgesamt überarbeitet werden müsse. Aus dieser Grundlage heraus entstand ein erster Vorschlag, der in der Bundesvorstandssitzung im März 2014 zur Diskussion gestellt wurde, und in dem folgende Punkte eingearbeitet waren:

1. Verkleinerung des Vorstands von bisher 31 Mitgliedern auf nunmehr 16 Mitglieder zur Steigerung der Effektivität im Vorstand.
2. Stimmrecht für alle Mitglieder des Bundesvorstandes.
3. Neuregelung der Vertretungsregelung, da die aktuelle Ordnung zum Beispiel keine Vertreterregelung für die Vorsitzenden der Sachausschüsse enthält.
4. Wahl des Bundesvorsitzenden und seiner beiden Stellvertreter durch die Bundeskonferenz.

„Alle Vorschläge wurden durch den Bundesvorstand mehrheitlich angenommen, sodass die konkrete Ausformulierung der Ordnungsänderung vorgenommen werden konnte“, so Quirin. Nach langen Diskussionen habe der Bundesvorstand den vorliegenden Entwurf der Ordnungsänderung einstimmig als Beschlussvorschlag für die Bundeskonferenz verabschiedet, obwohl damit einigen Mitgliedern zugemutet wurde, den eigenen Stuhl vor die Tür zu stellen, erläuterte der stellvertretende Bundesvorsitzende. Mit der Bitte, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen, endete er diese ausgezeichnete Darstellung. Nach einigen Wortmeldungen, die den vorliegenden Entwurf allesamt positiv bewerteten, erfolgte die Abstimmung – der Entwurf der Ordnungsänderung wurde von den Delegierten einstimmig angenommen.

#### Beschluss über die Neustrukturierung der GKS – Bereiche

Zu diesem Tagesordnungspunkt äußerte sich die Bundesgeschäftsführerin der GKS, Regina Bomke. Sie erklärte, dass der Bundesvorstand empfehle, die Bereichsstruktur der GKS der der Militärdekanate anzupassen. Die Umstrukturierung trete nach Beschlussfassung der Bundeskonferenz sofort in Kraft, der Bereich der neuen Bundesländer würde den Namen Bereich Ost tragen und die Kreis und Ansprechpartner des ehemaligen Bereichs Mitte mit Ausnahme des Kreises Berlin würden in den Bereich Nord wechseln. Die Bundesgeschäftsführerin begründete diesen Vorschlag damit, dass die im letzten Jahr probeweise durchgeführte Beibehalten der alten Struktur, abweichend von der Anpassung an die Militärdekanate wenig praktikabel in der Zusammenarbeit mit der Militärseelsorge gewesen sei und zu Schwierigkeiten und Abstimmungsprobleme geführt habe. Auch hier wur-

de eine Abstimmung vorgenommen und die Delegierten waren sich einig, einstimmig angenommen.

#### Informationen zur Präventionsordnung

Mit Informationen zur Präventionsordnung ging die Bundeskonferenz weiter. Auch dazu klärte die Bundesgeschäftsführerin, zugleich Präventionsbeauftragte der GKS, Regina Bomke auf. Sie erwähnte, dass die GKS 2013 eine eigene Präventionsordnung verabschiedet habe, die allerdings so nicht mehr gültig sei, da der Militärbischof für seinen Jurisdiktionsbereich eine neue Präventionsordnung beschlossen habe, die voraussichtlich zum 01. Oktober diesen Jahres in Kraft treten werde und von der auch die Verbände, im Jurisdiktionsbereich erfasst seien, also auch die GKS. „Diese Präventionsordnung soll nicht nur Kinder oder Minderjährige, sondern auch schutz- oder hilfebedürftige Erwachsenen schützen“ interpretierte Bomke. Für die GKS ändere sich im Umgang mit den soeben Erwähnten nichts, „denn das was wir bisher gemacht haben, geht darüber hinaus, was wir müssen“. Allerdings sei die GKS aufgefordert, ein eigenes Schutzkonzept mit Verfahrensbestimmungen zu entwickeln und vorzulegen, schloss die Präventionsbeauftragte. Mit der Vorstellung der Termine für 2015 sowie einer Einweisung in die morgige Gruppenarbeit endete der erste Tag der Bundeskonferenz.

#### GKS live Teil 1 – Verbandsleben konkret nachhaltig und intensiv

Bevor die Delegierten am Donnerstag morgen in die Gruppenarbeit einstiegen, regte der Geistliche Beirat der GKS auf Bundesebene, Militärdekan Bernd F. Schaller alle Teilnehmer der Bundeskonferenz zum Nachdenken an. Denn der Militärdekan hielt unter dem Thema „Aus dem Gestern das Heute gestalten und am Morgen bauen“ einen äußerst interessanten und aufschlussreichen Vortrag mit anschließender Diskussion. Dieser Vortrag, der einen Rückblick, die Bestandsaufnahme und die Zukunftsperspektive der GKS darstellt, kann in Gänze in der nächsten Ausgabe des AUFTRAG nachgelesen werden. Nun aber zur anfangs schon erwähnten Gruppenarbeit. Bei dieser Gruppenarbeit wurden sowohl am Vormittag als auch am Nachmittag drei Themen behandelt. Den Vormittag gestalteten nachfolgende Referenten mit ihren Inhalten:

1. **Gut gebrüllt Löwe – Öffentlichkeitsarbeit kein Buch mit sieben Siegeln**  
AUFTRAG, Internet, Flyer, Pressearbeit – was haben wir, wie kann ich es einsetzen, wo wünsche ich mir mehr?  
Referent: Der Verantwortliche Redakteur AUFTRAG Oberstleutnant a.D. Bertram Bastian.
2. **Kein Computerspiel – Alltag eines Drohnenpiloten**  
Ethische Vorgaben für Ausbildung und Führungskultur in einer modernen Armee.  
Referent: Vorsitzender Sachausschuss „Innere Führung“ Oberstleutnant Oliver Ponsold
3. **Dienen und Wertschätzung**  
Im Spannungsfeld zwischen Dienst, dem Wunsch nach Wertschätzung und der erfahrenen Wirklichkeit.

Referent: Alexander Rolfes von der Katholischen Akademie Stapelfeld.

In der zweiten Runde am Nachmittag wurden folgende Themen behandelt:

1. **ISAF – Einsatz – Summery – Gedanken zu einer Bilanz des Afghanistan Einsatzes aus ethischer Sicht**  
Zuarbeiten zur Formulierung einer GKS – Bilanz des ISAF Einsatzes.

Referenten: Vorsitzender Sachausschuss und Apostolat Militaire International (AMI), Oberstleutnant Christoph Auer und Oberstleutnant a.D. Bertram Bastian. Das oben erwähnte Summery kann in Gänze in dieser Ausgabe nachgelesen werden.

2. **Schleifer oder Kumpel – Vorgesetzte in der Freiwilligenarmee**

Attraktivitätsoffensive, Strukturwandel, Innere Führung – wie sieht das Erfolgsmodell für die Zukunft aus?  
Referent: Oberstleutnant Oliver Ponsold

3. **Dienen und Wertschätzung**

Vom Spannungsfeld zwischen dem Dienst, dem Wunsch nach Wertschätzung und der erfahrenen Wirklichkeit.  
Referent: Alexander Rolfes

Alle Referenten gestalteten ihre Inhalte spannend, so dass sich die Teilnehmer der Gruppenarbeit gezielt angesprochen fühlten und somit rege mitarbeiteten.

## GKS live Teil 2 – Gemeinschaft braucht Wissen von und übereinander

Den Abschluss dieses arbeitsamen Nachmittages bildete der Markt der Möglichkeiten. Bei einer Tasse Kaffee und einem Stück Kuchen bestand die Möglichkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen und mehr über die Arbeit des anderen zu erfahren, Erfahrungen und Wissen auszutauschen und auf neue Ideen für die Arbeit zu kommen. Hierzu luden die durch die Bereiche und Sachausschüsse aufgebauten Infowände ein. Auch der Abend war ein weiterer Höhepunkt, denn dort erfolgte ein Festliches Abendessen mit Verabschiedungen aus dem Bundesvorstand. Erwähnen darf ich hier an dieser Stelle auch noch den intensiven geistlichen Anteil der Messen und Andachten während der Bundeskonferenz, wie in der Eröffnung schon vom Bundesvorsitzenden der GKS erwähnt, denn vor dem Festlichen Abendessen wurde durch den Militärgeneralvikar Monsignore Reinhold Bartmann ein Festlicher Gottesdienst zelebriert. Die Heilige Messe am Mittwoch sowie das Morgenlob am Donnerstag und Freitag gestaltete unser Geistlicher Beirat auf Bundesebene, Militärdekan Bernd F. Schaller. Nach dem Morgenlob am Freitag mit anschließendem Reisesegen durch den Militärdekan konnte der Bundesvorsitzende der GKS die Teilnehmer der Bundeskonferenz verabschieden. □

### Buchbesprechung

## Und sie bewegt sich doch

### Erna Schabiewskys Visionen „vonne“ Kirche

Die Autorin Ulrike Böhmer ist nicht nur Theologin sondern auch Kirchenkabarettistin und hat als solche die Bühnenfigur Erna Schabiewskys geschaffen. Diese erzählt – so wie ihr der Schnabel gewachsen ist – von den Problemen in den verschiedenen Gemeinden. Sowohl in der Großstadt als auch im schönen Sauerland. Da kommt der Priestermangel zur Sprache und wie er mit Hilfen aus dem Ausland – nicht immer wortgewandt – überwunden werden könnte. Von vorkonziliaren Nachwuchskandidaten wird erzählt, die durch die kfd-Frauengruppe auf den rechten Weg geführt werden. Aber auch Neuerungen



werden angesprochen, teils auch angemahnt, denn die Osterkerze 20 cm nach links rücken, ist manchen Gemeinden als Veränderung eben nicht genug. Das Ganze wird locker erzählt in einem an den Dialekt angelehnten Deutsch, so dass man dieses kleine Büchlein gut lesen kann. Man ist gut beraten, immer nur eine der Geschichten zu lesen und dann darüber eine Woche zu reflektieren – hier gilt die Regel des Paracelsus: die Dosis macht es. Illustriert werden die Begebenheiten aus dem Kirchenalltag der Frauen in einer katholischen Gemeinde durch Karikaturen von Thomas Pläßmann. Es wird nicht alles schlecht gemacht, auch die positiven Wendungen werden angesprochen, wenn auch in humoristischer Form: die Gemeindezusammenlegung als Rettung der Kirchenchöre zu betrachten, hat außer Erna Schabiewsky noch niemand gesehen. □ BB

**Und sie bewegt sich doch! Erna Schabiewskys Visionen „vonne“ Kirche, von Ulrike Böhmer, Bonifatius Verlag Paderborn, 2014, 111 Seiten, ISBN 978-3-89710-602-4**



## GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN



## Ordnung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)

### 1. Vorbemerkung

Die „Ordnung der GKS“ konkretisiert das Grundsatzprogramm hinsichtlich der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft, ihrer Struktur, Gremien und Ämter. Bei ihren Aktivitäten orientiert sich die GKS an den für die Katholische Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr gültigen Bestimmungen.

### 2. Mitarbeit und Mitgliedschaft

#### 2.1 Mitarbeit

Die GKS ist offen für die Mitarbeit aller, die auf der Suche nach den ethischen Grundlagen ihres Berufes und dem Sinn des Lebens sind. Die Mitarbeit von Soldatinnen und Soldaten, die einer anderen christlichen Kirche/ Gemeinschaft angehören oder nicht getauft sind, ist ausdrücklich erwünscht.

#### 2.2 Mitgliedschaft

Über die erwünschte Mitarbeit Vieler hinaus kennt die GKS eine Mitgliedschaft, die Voraussetzung für die Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts und des Stimmrechts ist.

Mitglied der GKS kann sein:

- (1) jede Person, die zum Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs gehört,
- (2) katholische Soldaten und Soldatinnen außer Dienst und/oder der Reserve,
- (3) katholische zivile Bedienstete der Bundeswehr (auch im Ruhestand) und der Katholischen Militärseelsorge,
- (4) in Deutschland stationierte katholische ausländische Soldaten, Soldatinnen und deren Familienangehörige
- (5) Mitglied kann weiterhin sein, wer sich aufgrund persönlicher Entscheidung zu den Zielen und Aufgaben der Gemeinschaft bekennt, dies erklärt und entsprechend handelt.

#### 2.3 Beginn und Ende der Mitgliedschaft

##### 2.3.1 Beginn der Mitgliedschaft

Der Antrag auf Mitgliedschaft in der GKS ist schriftlich und in der Regel bei dem/der Vorsitzenden eines GKS-Kreises, bei Einzelmitgliedern bei dem/ der Vorsitzenden des nächstgelegenen Kreises oder bei dem/der zuständigen Bereichsvorsitzenden oder bei dem/der Bundesvorsitzenden zu stellen. Diese/r entscheidet über die Mitgliedschaft.

Die Zugehörigkeit zu einem GKS-Bereich und einem GKS-Kreis kann entweder nach dem Dienstort oder nach dem Wohnort festgelegt werden. Die Entscheidung darüber liegt beim Mitglied.

##### 2.3.2 Ende der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft in der GKS endet durch eigene Erklärung, Ausschluss oder Tod.

Ein Mitglied kann durch Beschluss des Bundesvorstandes ausgeschlossen werden, wenn es wiederholt gegen die Leitsätze oder Prinzipien der GKS oder gegen Bestimmungen dieser Ordnung verstößt

oder in anderer Weise Arbeit und Ansehen der GKS schädigt. Gegen diese Feststellung kann die Bundeskonferenz angerufen werden.

## 2.4 Beitrag

Die Mitgliedschaft in der GKS ist für Angehörige des Jurisdiktionsbereichs des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr beitragsfrei, ihnen wird die Mitgliedschaft im Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (FGKS) ausdrücklich empfohlen.

Mitglieder außerhalb der Jurisdiktion müssen zugleich Mitglied im Förderkreis der GKS (FGKS) sein und unterliegen dort der Beitragspflicht.

## 3. Gliederung

### 3.1 GKS- Kreis

Auf der Ortsebene bilden mindestens 3 aktive Soldaten oder Soldatinnen, grundsätzlich an einem Bundeswehrstandort, einen GKS-Kreis. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung durch den Bundesvorstand.

Die Gründung bzw. die Absicht der Gründung eines GKS-Kreises ist dem zuständigen Bereichsvorstand, nachrichtlich der Bundesgeschäftsstelle anzuzeigen.

Der für den Kreis zuständige Seelsorger oder die zuständige Seelsorgerin ist der Geistliche Beirat/Assistent/Assistentin des GKS-Kreises. Er/sie ist geborenes Mitglied des GKS-Kreisvorstandes. Beschlussfassende Gremien auf Kreisebene sind die Kreismitgliederversammlung und der Kreisvorstand

#### 3.1.1. Kreismitgliederversammlung:

- (1) Der Kreismitgliederversammlung gehören alle Mitglieder des GKS-Kreises an. Sie tritt mindestens 1 Mal im Jahr zusammen.
- (2) Ihre Aufgaben sind:
  - Wahl des/der Kreisvorsitzenden
  - Bestimmung der Anzahl der Stellvertretenden und Wahl dieser
  - Wahl der Delegierten des Kreises für die Bereichskonferenz und des/der Delegierten des Kreises für die Bundeskonferenz der GKS.
  - Festlegung der Ziele und Aufgaben des Kreises, die vom Kreisvorstand umzusetzen sind.
- (3) Jeder Kreis entsendet einen Delegierten/ eine Delegierte in die Bereichskonferenz und in die Bundeskonferenz. Dies geschieht über den Bereichsvorstand.

#### 3.1.2 Kreisvorstand

- (1) Der GKS-Kreis wird vom Kreisvorstand geleitet.
- (2) Dem Kreisvorstand gehören mindestens an:
  - Der/die Kreisvorsitzende
  - Der stellv. Kreisvorsitzende/ die stellv. Kreisvorsitzende
  - Der geistliche Beirat/ der geistliche Assistent/die geistliche Assistentin

Vorsitzender /Vorsitzende eines Kreises kann grundsätzlich nur ein aktiver katholischer deutscher Soldat /eine aktive katholische deutsche Soldatin sein. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung durch den Bundesvorstand.

Für das Amt der Stellvertretung kann auch ein nicht mehr aktiver Soldat/eine nicht mehr aktive Soldatin gewählt werden.



- (3) Die Amtsperiode dauert in der Regel zwei Jahre.
- (4) Die Aufgaben sind:
- Die Leitung des Kreises
  - Die jährliche schriftliche Berichterstattung an den Bereichsvorstand vor der Bundeskonferenz über die Aktivitäten des vergangenen Jahres und über die Planungen für das kommende Jahr
  - Die Beantragung der Haushaltsmittel für die geplanten Maßnahmen beim Bundesvorstand über den Bereichsvorstand.
- Der Kreisvorstand ist für die satzungsgemäße Verwendung der von ihm beantragten Haushaltsmittel verantwortlich.

### 3.1.3 Ansprechpartner

Wo an einem Standort kein GKS-Kreis gebildet werden kann, kann die GKS durch einen Ansprechpartner/ eine Ansprechpartnerin repräsentiert werden.

Ansprechpartner/Ansprechpartnerinnen werden durch den jeweiligen Bereichsvorsitzenden / die jeweilige Bereichsvorsitzende bestätigt und betreut.

Sie können als Bereichsdelegierte zur Bundeskonferenz delegiert werden, dann sind sie dort stimmberechtigt

## **3.2 Bereichsebene**

Die GKS gliedert sich auf der Bereichsebene in der Regel in Anlehnung an die Militärdekanate.

Einzelheiten beschließt die Bundeskonferenz

Beschlussfassende Gremien auf der Bereichsebene sind die Bereichskonferenz und der Bereichsvorstand

### 3.2.1 Bereichskonferenz:

- (1) Die Bereichskonferenz besteht aus:
- je einem /einer Delegierten pro GKS Kreis,
  - dem / der Bereichsvorsitzenden,
  - den Stellvertretern/ den Stellvertreterinnen
  - dem Geistlichen Beirat
- als stimmberechtigte Mitglieder.
- Ansprechpartner / Ansprechpartnerinnen können ohne Stimmrecht teilnehmen.
- (2) Die Bereichskonferenz findet in der Regel zwei Mal jährlich statt. Sie kann in Abstimmung mit dem Leitenden Dekan räumlich und zeitlich zusammen mit der Dekanatsarbeitskonferenz stattfinden. Auch dann bleibt sie eine eigenständige Konferenz und wird von dem/der Bereichsvorsitzenden ggfs. von der Stellvertretung geleitet.
- (3) Die Aufgaben sind:
- Wahl des/der Bereichsvorsitzenden
  - Bestimmung der Anzahl der Stellvertretenden und Wahl dieser
  - Zustimmung zur Ernennung eines Bereichsgeschäftsführers/ einer Bereichsgeschäftsführerin durch den Bereichsvorsitzenden/die Bereichsvorsitzende.
  - Wahl der Delegierten des Bereichs für die Vollversammlung des Katholikenrats beim Katholischen Militärbischof und der zwei Bereichsdelegierten für die Bundeskonferenz der GKS.
  - Festlegung der Ziele und Aufgaben für den Bereich



### 3.2.2 Der Bereichsvorstand

(1) Der Bereichsvorstand besteht aus:

- dem/der Bereichsvorsitzenden,
- den Stellvertreterinnen/ den Stellvertretern,
- dem geistlichen Beirat
- und, soweit ernannt, dem Bereichsgeschäftsführer/ der Bereichsgeschäftsführerin

Der/Die Vorsitzende und die erste Stellvertreterin/ der ersten Stellvertreter müssen katholische, aktive Soldaten/ Soldatinnen sein.

Als weitere Stellvertreter sollen grundsätzlich aktive katholische Soldat/Soldatinnen gewählt werden.

Der für den Bereich zuständige Leitende Militärdekan ist der Geistliche Beirat des Bereichs.

(2) Die Aufgaben des Bereichsvorstandes sind:

- Leitung des Bereichs
- Unterstützung der Aktivitäten der GKS-Kreise im Bereich
- Funktion der Schnittstelle zwischen der Bundesebene und den GKS-Kreisen
- Verdichtung der Meinungsbildung der Kreise zu einem Lagebild für die Bundesebene
- Beantragung der Haushaltsmittel für die Aktivitäten im Bereich beim Bundesvorstand

(3) Die Amtsperiode dauert in der Regel zwei Jahre.

(4) Der / die Bereichsvorsitzende kann mit Zustimmung der Bereichskonferenz für die administrativen Aufgaben eine ehrenamtliche Geschäftsführerin/ einen ehrenamtlichen Geschäftsführer berufen. Dessen / deren Aufgaben legt er/ sie in einer Aufgabenbeschreibung fest.

### **3.3 Bundesebene**

Die Gremien der GKS auf Bundesebene sind die Bundeskonferenz, der Bundesvorstand und die Sachausschüsse.

#### 3.3.1 Bundeskonferenz

(1) Die Bundeskonferenz ist das höchste Beschlussgremium der GKS.

(2) Sie besteht aus:

- den Mitgliedern des Bundesvorstandes,
- zwei weiteren Delegierten pro Bereich,
- zwei weiteren Delegierten pro ständig eingerichtetem Sachausschuss,
- einem/einer Delegierten pro GKS-Kreis

(3) Die Bundeskonferenz wird durch den Bundesvorstand einberufen.

Sie findet jährlich mindestens einmal, regelmäßig während der „Woche der Begegnung“ in Zusammenhang mit der Vollversammlung des Katholikenrates statt.

(4) Sie ist zuständig für:

- die Festlegung der Ziele und Aufgaben der GKS im Grundsätzlichen
- den Beschluss und die Änderung des „Grundsatzprogramms“, der „Ordnung“ und der „Wahl- und Geschäftsordnung“
- die Wahl des/der Bundesvorsitzenden und der zwei Stellvertreter/Stellvertreterinnen
- die Festlegung der räumlichen Gliederung der Bereiche
- alle Angelegenheiten, die die GKS als Ganzes und in allen Organisationseinheiten betreffen

Die Bundeskonferenz kann ehemalige Bundesvorsitzende zu Ehrenbundesvorsitzenden berufen.

- (5) Die für die Wahlen und Abstimmungen jeweils erforderlichen Mehrheiten und das anzuwendende Verfahren regelt die Geschäfts- und Wahlordnung der GKS.

### 3.3.2 Bundesvorstand

- (1) Der Bundesvorstand steuert die Arbeit der GKS und nimmt auf der Bundesebene Einfluss auf Politik, Bundeswehr, Kirche und Gesellschaft.

Er entscheidet über die Verwendung der vorhandenen Haushaltsmittel der GKS, beschließt den Wirtschaftsplan und nimmt die Jahresrechnung entgegen.

- (2) Dem Bundesvorstand gehören als ordentliche Mitglieder an:

- der/die Bundesvorsitzende
- zwei stellvertretenden Bundesvorsitzende
- die Vorsitzenden der Inlandsbereiche
- eine weitere Person pro Bereich mit mehr als 10 Kreisen
- Der /die Vorsitzende des Bereichs Ausland (wird durch den Vorsitzenden/ die Vorsitzende des Internationalen Sachausschuss wahrgenommen),
- der Geistliche Beirat,
- die Vorsitzenden der dauerhaft eingerichteten Sachausschüsse,
- die Ehrenbundesvorsitzenden

- (3) Die Vorsitzenden der Bereiche und Sachausschüsse können im Verhinderungsfall eine Person mit der Wahrnehmung ihres Mandats beauftragen.

Alle ordentlichen Mitglieder des Bundesvorstandes und die in einer Sitzung mit der Stellvertretung beauftragten Personen haben Stimmrecht im Bundesvorstand.

- (4) Der Bundesvorstand kann Personen zu ständigen oder zeitweiligen beratenden Mitgliedern ohne Stimmrecht berufen.

- (5) Der Militärgeneralvikar kann in allen Gremien der GKS auf Bundesebene jederzeit mit beratender Stimme teilnehmen.

- (6) Der Bundesvorstand beruft auf Vorschlag des/der Bundesvorsitzenden:

- weisungsgebundene Funktionsträger/Funktionsträgerinnen, z.B. den HH-Beauftragten/ die HH-Beauftragte, die IT-Beauftragte/den IT-Beauftragten, den Pressesprecher/die Pressesprecherin
- die Vorsitzenden der Sachausschüsse, die Verantwortliche Redakteurin/ den Verantwortlichen Redakteur und ggf. weitere Redakteure/Redakteurinnen des „AUFTRAG“, sowie weitere zur Durchführung besonderer Aufgaben/Projekte notwendige Projektbeauftragte oder Sachverständige.

Die Amtsperiode beträgt, wenn nicht anders festgelegt, zwei Jahre.

Der/die Bundesvorsitzende kann anlassbezogen die weisungsgebundenen Funktionsträger zur Sitzung des Bundesvorstandes hinzuziehen, damit diese den Bundesvorstand in seinen Beratungen und Entscheidungen durch ihre Fachexpertise unterstützen.

Er/sie kann mit Funktionsträgern auf Bundesebene die Zahlung einer Aufwandsentschädigung vereinbaren. Diese Vereinbarung bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesvorstandes.

- (7) Der Bundesvorstand entscheidet über die Einstellung hauptamtlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

- (8) Der Bundesvorstand tritt mindestens dreimal im Jahr zu einer Sitzung zusammen.

- (9) Die Leitung der Sitzungen hat der/die Bundesvorsitzende, bei Verhinderung ein Stellvertreter/eine Stellvertreterin.



3.3.3 Der / die Bundesvorsitzende und die stellvertretenden Bundesvorsitzenden

- (1) Der / die Bundesvorsitzende leitet den Bundesvorstand und vertritt die GKS nach außen. Er/Sie führt zusammen mit den stellvertretenden Personen die laufenden Geschäfte der GKS im Rahmen der ihm durch die Gremien auf Bundesebene gegebenen Vorgaben.
- (2) Der / die Bundesvorsitzende und die beiden Stellvertreter/Stellvertreterinnen müssen bei ihrer Wahl aktive deutsche Soldaten/Soldatinnen sein und dem Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr angehören.
- (3) Die Wahlperiode beträgt zwei Jahre.

3.3.4 Geistlicher Beirat auf Bundesebene

Der Militärbischof ernennt einen Militärgeistlichen zum Geistlichen Beirat auf Bundesebene. Dieser begleitet den GKS Bundesvorstand in seiner Arbeit und stellt in besonderer Weise einen engen Kontakt zum KMBA und in die Militärseelsorge her.

3.3.5 Sachausschüsse:

- (1) Der Bundesvorstand richtet folgende Sachausschüsse ein:
  - Sachausschuss Sicherheit und Frieden,
  - Sachausschuss Innere Führung
  - Internationaler Sachausschuss
- (2) Der Bundesvorstand beruft auf Vorschlag des/der Bundesvorsitzenden aktive katholische Soldaten/Soldatinnen zu Vorsitzenden dieser Ausschüsse.
- (3) Die Mitglieder der Sachausschüsse beruft der Bundesvorstand auf Vorschlag der Sachausschussvorsitzenden.
- (4) Es steht dem Bundesvorstand frei, weitere Sachausschüsse befristet oder dauerhaft zu berufen. Sollen sie länger als ein Jahr in Funktion bleiben, sind sie durch die Bundeskonferenz zu bestätigen.

**4. Wahlen und Abstimmungen:**

Die Einzelheiten des Abstimmungs- und Wahlverfahren für alle Gremien der GKS werden in der Geschäfts- und Wahlordnung der GKS geregelt. Von den dort getroffenen Verfahrensregelungen kann einvernehmlich abgewichen werden.

**5. Inkrafttreten:**

Diese Ordnung tritt durch Beschluss der Bundeskonferenz in Kraft.

Die Änderungen in der Zusammensetzung der Gremien entfalten erst mit den auf die Inkraftsetzung der Ordnung folgenden Wahlen ihre Wirkung.

Stapelfeld, den 17.9.2014

Gez. Rüdiger Attermeyer  
Bundesvorsitzender und Oberst



## GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN



## Geschäfts- und Wahlordnung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)

### § 1 Präambel

Die Geschäfts- und Wahlordnung regelt die Arbeitsweise, Beschlussfassung und Wahlen der Gremien der GKS auf allen Ebenen. Abweichungen von der allgemeinen Regel für ein bestimmtes Gremium sind hier gesondert aufgeführt.

### § 2 Stimmrecht

Das Stimmrecht in den Mitgliedsversammlungen auf den unterschiedlichen Ebenen ist an die Mitgliedschaft in der GKS gebunden. Dabei erfordert das aktive Wahl- und Stimmrecht das vollendete 14. Lebensjahr, das passive Wahlrecht das vollendete 16. Lebensjahr.

Das Stimm- und Wahlrecht in den verschiedenen Gremien ist an die Mitgliedschaft im Gremium gebunden. Bei Stellvertretung ist der eingesetzte Stellvertreter/die eingesetzte Stellvertreterin stimmberechtigt.

### § 3 Gremienarbeit

#### 1. Ladung

- (1) Das Gremium ist schriftlich unter Angabe der Tagesordnung 14 Tage vor dem Tag der Sitzung einzuladen.
- (2) Die Ladung per Mail gilt hier als ausreichend, um das Prinzip der Schriftlichkeit zu erfüllen. Um für sich eine ordnungsgemäße Ladung per Mail auszuschließen, muss das Mitglied des entsprechenden Gremiums schriftlich gegenüber dem/der Gremiumsvorsitzenden erklären, dass es auf die Einladung per Brief besteht.
- (3) In dringenden Fällen ist eine Verkürzung der Ladungsfrist möglich. Die Verkürzung der Ladungsfrist ist in der Einladung zu begründen. Bei Mitgliederversammlungen muss mindestens eine 7tägige Ladungsfrist eingehalten werden.

#### 2. Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, wenn das Gremium ordnungsgemäß geladen wurde, unabhängig von der Anzahl der anwesenden Mitglieder.

#### 3. Öffentlichkeit:

Die Sitzungen der Gremien sind grundsätzlich öffentlich.  
Die Mehrheit der anwesenden Mitglieder kann den Ausschluss der Öffentlichkeit jederzeit beschließen.  
Über Verlauf und Inhalt nichtöffentlicher Sitzungsteile ist Vertraulichkeit zu wahren.

#### 4. Versammlungsleitung:

Die Sitzungen der Gremien werden von dem/der Gremienvorsitzenden, bei Abwe-

Geschäfts- und Wahlordnung  
Fassung September 2014

senheit von einem/einer Stellvertreter/in geleitet.

Die Sitzungen der Bundeskonferenz können von einer vom Bundesvorstand festgelegten Sitzungsleitung geleitet werden.

#### 5. Tagesordnung und Anträge:

- (1) Die Tagesordnung wird vom Vorstand des jeweiligen Gremiums aufgestellt.
- (2) Sie ist mit der Einladung zu versenden und am Anfang der Sitzung des Gremiums von den stimmberechtigten Mitgliedern des Gremiums zu beschließen.
- (3) Jedes stimmberechtigte Mitglied des Gremiums kann die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes beantragen und Anträge zu Tagesordnungspunkten einbringen. Die Formulierung des beantragten Tagesordnungspunktes und des einzubringenden Antrags muss spätestens 3 Wochen vor dem Tag der Sitzung dem/der Vorsitzenden des Gremiums zugehen.
- (4) Zusätze und Änderungsanträge zu bereits auf der Tagesordnung stehenden Beschlussanträgen sind ebenfalls schriftlich einzureichen. Sie unterliegen keiner Frist und können auch noch während der Sitzung bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes eingebracht werden.
- (5) In dringenden Fällen kann von der Einhaltung der Frist abgewichen werden. Hierzu ist die Fristabweichungsnotwendigkeit zu begründen und 2/3 der stimmberechtigten Mitglieder des Gremiums müssen der Ausnahme zustimmen. Die Einbringung eines Dringlichkeitsantrages oder die Aufnahme eines dringlichen Tagesordnungspunktes ist bis zur Abstimmung über die Tagesordnung möglich.

#### 6. Sitzungsverlauf:

- (1) Dem/der Einbringenden eines Tagesordnungspunktes oder eines Antrags ist am Anfang der Debatte zum entsprechenden Punkt das Wort zu erteilen.
- (2) Die Reihenfolge der Redner/Rednerinnen richtet sich nach dem Eingang der Wortmeldungen. Hiervon kann durch die Sitzungsleitung abgewichen werden, um die Debatte zu strukturieren.
- (3) Es ist möglich, die Redezeit zu einzelnen Tagesordnungspunkten zu beschränken. Hierüber entscheidet auf Vorschlag der Sitzungsleitung das Gremium.
- (4) Beim Vorliegen eines triftigen Grundes kann einem Redner/einer Rednerin nach zweimaliger Verwarnung durch die Versammlungsleitung das Rederecht entzogen werden.

#### 7. Anträge zur Geschäftsordnung:

Anträge zur Geschäftsordnung sind jederzeit möglich. Sie gehen allen anderen Wortmeldungen vor.

Anträge zur Geschäftsordnung sind:

- Antrag auf Schluss der Rednerliste
- Antrag auf Schluss der Debatte
- Antrag auf Abstimmung
- Antrag auf Vertagung

Es ist jeweils eine Unterstützungs- und eine Gegenrede zum Antrag zu hören. Danach erfolgt ohne Debatte die Abstimmung über den Antrag.



**8. Abstimmungen:**

- (1) Abstimmungen erfolgen regelmäßig durch Handzeichen. Auf Antrag einer Mehrheit der Stimmberechtigten wird geheim abgestimmt.
- (2) Die einfache Mehrheit der Stimmen entscheidet, wenn keine andere Regelung getroffen wurde. Enthaltungen werden nicht mitgezählt. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt.
- (3) Änderungen des „Grundsatzprogramms“, der „Ordnung“ und der „Geschäfts- und Wahlordnung der GKS“ erfordern die Zustimmung von mindestens 2/3 der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder der Bundeskonferenz.

**9. Versammlungsprotokoll:**

- (1) Über die Beschlüsse der Gremien ist ein Ergebnisprotokoll zu führen.
- (2) Der/die Protokollführende ist am Anfang der Sitzung auf Vorschlag der Versammlungsleitung von der Versammlung festzulegen.
- (3) Das Protokoll wird vom Versammlungsleiter/ der Versammlungsleiterin und der Protokollführer/in/dem Protokollführer unterzeichnet.
- (4) Es ist den Mitgliedern sowie dem Vorstand der nächsthöheren Ebene zeitnah per Mail zu übersenden.
- (5) Einsprüche gegen das Protokoll sind innerhalb von 14 Tagen nach Versand des Protokolls einzulegen.
- (6) Über inhaltliche Veränderungen des Protokolls entscheidet das Gremium in seiner nächsten Sitzung.

**§ 4 Wahlen****1. Geheime Wahl:**

Alle Wahlen werden grundsätzlich geheim durchgeführt.

Auf Antrag kann eine offene Wahl durchgeführt werden, wenn kein Wahlberechtigter/ keine Wahlberechtigte hiergegen Widerspruch einlegt.

**2. Wahlausschuss:**

Das Wahlgremium beruft durch Beschluss einen Wahlausschuss mit 1-3 Mitgliedern. Die Mitglieder des Wahlausschusses dürfen nicht selbst zur Wahl stehen.

Aufgaben des Wahlausschusses sind:

- Entgegennahme und Prüfung der Wahlvorschläge. Die Voraussetzungen der Wählbarkeit regelt die Ordnung.
- Information der Mitglieder des Wahlgremiums über die Kandidaten / die Kandidatinnen
- Durchführung und Leitung der Wahl
- Feststellung und Bekanntgabe der Wahlergebnisse
- Führen des Wahlprotokolls
- Entscheidung über alle Fragen, die vor, während und nach der Wahl auftreten.

**3. Wahlvorschlag:**

- (1) Wahlvorschläge sind spätestens am Tag vor der Wahl bis 20.00 Uhr beim Wahlausschuss schriftlich einzureichen.

Sollte die Wahlversammlung eintägig tagen, so können Wahlvorschläge bis zu dem Zeitpunkt des Aufrufs des Tagesordnungspunktes: „Wahl“ eingereicht werden. Zu Anfang des Tagesordnungspunktes wird letztmalig zur Abgabe der Wahlvorschläge auf-



Geschäfts- und Wahlordnung  
Fassung September 2014

gerufen. Danach wird die Liste der Wahlvorschläge für alle in dieser Versammlung anstehenden Wahlen geschlossen.

- (2) Es ist für jede zu wählende Position ein gesonderter Wahlvorschlag einzureichen. Sollte eine Person für die Position des/der Vorsitzenden vorgeschlagen werden, die im Fall der Nichtwahl auch für eine der Stellvertreterpositionen vorgeschlagen wird, so muss für beide Positionen für diese Person ein gesonderter Wahlvorschlag abgegeben werden. Im Fall der Wahl als Vorsitzende/Vorsitzender entfällt der Wahlvorschlag als Stellvertreter/Stellvertreterin automatisch.
- (3) Der Wahlvorschlag muss Name, Vorname, Dienstgrad/Beruf und Postanschrift der Kandidatin/des Kandidaten enthalten.
- (4) Er muss die Zustimmung des/der Vorgeschlagenen aufweisen.
- (5) Wahlvorschläge müssen von 5 stimmberechtigten Mitgliedern unterzeichnet sein. Jedes Mitglied darf nur einen Wahlvorschlag für eine zu wählende Position unterzeichnen.

#### 4. Wahldurchführung:

- (1) Für den Tagesordnungspunkt „Wahl“ geht die Versammlungsleitung an den Wahlausschuss über.
- (2) Ein Vertreter/eine Vertreterin des Wahlausschusses erklärt das Wahlprozedere. Stehen mehrere Funktionen zur Wahl, so sind die Wahlen im Einzelwahlverfahren nacheinander durchzuführen.  
Werden mehrere Funktionen einer Stufe (z.B. Stellvertretung) gewählt, so kann diese Wahl auf Beschluss des Wahlgremiums als Blockwahl durchgeführt werden.
- (3) Es ist zuerst der/die Vorsitzende zu wählen, dann folgen die Stellvertreter/Stellvertreterinnen.
- (4) Vorstellung:  
Die Kandidatinnen/Kandidaten eines Wahlgangs stellen sich vor. Die Versammlung kann sie befragen.  
In begründeten Ausnahmefällen ist bei Abwesenheit eines Kandidaten/ einer Kandidatin auch die Vorstellung durch Dritte möglich.
- (5) Personaldebatte:  
Auf Antrag von mindestens 3 stimmberechtigten Mitgliedern ist nach der Vorstellung aller Kandidaten/Kandidatinnen eines Wahlgangs eine Personaldebatte zu führen. An dieser nehmen nur die stimmberechtigten Mitglieder dieses Wahlgangs ohne die Kandidaten/Kandidatinnen dieses Wahlgangs teil. Die Personaldebatte und ihre Ergebnisse sind streng vertraulich!
- (6) Für jeden Wahlgang wird ein Stimmzettel mit den Namen aller Kandidaten/Kandidatinnen sowie der Ankreuzmöglichkeit: „Ja/Nein/Enthaltung“ ausgeteilt.
- (7) Mit Beginn der Ausgabe der Stimmzettel ist der Wahlgang eröffnet und es sind keine Redebeiträge mehr zulässig.
- (8) Jede stimmberechtigte Person hat für jede zu vergebende Position in einem Wahlgang eine Stimme.
- (9) Stimmabgabe ist nur persönlich möglich.
- (10) Der/die die Wahl Leitende beendet nach letztmaligem Aufruf zur Stimmabgabe den Wahlgang.

- (11) Ungültig sind Stimmzettel, die unzulässig gekennzeichnet sind oder auf denen das Abstimmungsverhalten nicht eindeutig erkennbar ist. Diese werden vom Wahlausschuss ermittelt und von der Zählung ausgeschlossen.
- (12) Nach Auszählung der Stimmen durch den Wahlausschuss werden durch diesen die Stimmergebnisse und das Ergebnis der Wahl bekannt gegeben.

5. Ergebnisfeststellung:

- (1) Gewählt ist, wer die meisten Stimmen und mindestens die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Stimmenthaltungen werden hier ebenso wie ungültigen Stimmen nicht mitgezählt.
- (2) Sollte bei Bewerbung von mindestens 2 Kandidaten/Kandidatinnen im ersten Wahlgang keiner/keine die erforderliche Mehrheit erreichen, erfolgt eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidatinnen/Kandidaten mit den meisten Stimmen. Der Kandidat/ die Kandidatin, der dann die meisten gültigen Stimmen auf sich vereint, ist gewählt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

6. Vorzeitiges Ausscheiden aus dem Amt:

Scheidet der/die gewählte Vorsitzende vorzeitig aus dem Amt aus, bestimmt das Gremium einen der Stellvertretenden zum/zur kommissarischen Vorsitzenden. Scheidet eine/einer der Stellvertreterinnen/Stellvertreter vorzeitig aus dem Amt aus, bleibt die Position bis zur Nachwahl vakant, sofern es eine weitere Stellvertreterin/ einen weiteren Stellvertreter gibt. Gibt es nur diesen einen Stellvertreter/ diese eine Stellvertreterin und diese/dieser scheidet vorzeitig aus dem Amt aus, ernennt der/die Vorsitzende eine/einen kommissarische Stellvertreterin/ einen kommissarischen Stellvertreter.

Auf der nächsten Sitzung des Wahlgremiums ist eine Nachwahl für die verbleibende Dauer der Wahlperiode durchzuführen. Die Nachwahl erfolgt entsprechend der für die regulären Wahlen aufgestellten Vorschriften.

7. Wahlprotokoll:

Über den Verlauf der Wahl ist durch den Wahlausschuss ein Protokoll zu fertigen. Das Protokoll ist dem Vorstand zu übergeben.

Es muss mindestens folgende Angaben enthalten:

- Ort und Zeit der Wahlversammlung
- Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder
- Mitglieder des Wahlausschusses und Wahlversammlungsleiter/Wahlversammlungsleiterin.
- Kandidaten/Kandidatinnen für jeden Wahlgang
- Ergebnis der einzelnen Wahlgänge
- Gewählte Personen für jede Funktion und Annahmeerklärung der gewählten Person

**§ 5 Inkrafttreten**

Diese Geschäfts- und Wahlordnung wurde von der Bundeskonferenz der GKS als dem höchsten Beschlussgremium mit Wirkung für alle Gremien auf allen Ebenen mit sofortiger Wirkung in Kraft gesetzt. Von jeder ihrer Regelungen kann gemäß Nr. 4 der Ordnung der GKS einvernehmlich abgewichen werden.



Bundeskonferenz 2014

# Impressionen von der Bundeskonferenz 2014



Bild 1



Bild 2

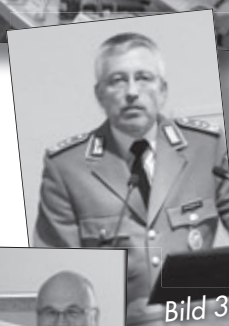


Bild 3



Bild 4



Bild 6



Bild 7



Bild 8



Bild 9



Bild 5

**Bild 1:** Blick in das Plenum der Bundeskonferenz

**Bild 2:** Militärdekan Bernd Schaller, Ehrenbundesvorsitzender Paul Schulz, Oberst (Mag) Bernhard Meurers, Oberst Raimund Lammer, Amtsdirektor Johann Hochleitner

**Bild 3:** Oberst Rüdiger Attermeyer bei der Eröffnung der Bundeskonferenz

**Bild 4:** Beim Austausch auf dem Markt der Möglichkeiten kam die gute Laune nicht zu kurz, hier Michael Wilke und Reinhard Kießner

**Bild 5:** Die Teilnehmer stellten sich dem Chefredakteur vor dem Portal der Heilig-Kreuz-Kirche für ein Gruppenfoto zur Verfügung

**Bild 6:** Während des Marktes der Möglichkeiten fanden sich stets Grüppchen zum Austausch über die Arbeit zusammen

**Bild 7:** Militärdekan Bernd F. Schaller beim Geistlichen Impuls während der Eröffnung der Bundeskonferenz

**Bild 8:** Auch Militärgeneralvikar Monsignore Reinhold Bartmann nutzte vor dem festlichen Gottesdienst den Markt der Möglichkeiten, um sich zu informieren. Hier im Gespräch mit Oberstleutnant Christoph Auer über die Arbeit des Apostolat Militaire International (AMI)

**Bild 9:** Amtsdirektor Johann Hochleitner (links) erklärt einem deutschen Kameraden die Aktionen der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS) im österreichischen Bundesheer

Fotos: Bertram Bastian



## Bundesvorstand GKS

### Jahresthema und Finanzen

Der Bundesvorstand der GKS traf sich vom 24. bis 26. Oktober im Kolping Haus in Bocholt zu seiner Herbstsitzung (Bild 1). Auf der Tagesordnung standen unter anderen Themen die Nachbereitung der Bundeskonferenz, der Finanzvorschlag an den GKS e.V. sowie das Jahresthema.

Die Bewertung der Bundeskonferenz war einhellig: es war gut, die Delegierten einzubinden, die Diskussion über die neue Ordnung war durch die geleistete Vorarbeit zielführend und der Markt der Möglichkeiten sollte weiterentwickelt werden, denn er bot einen Überblick über die Aktivitäten des Gesamtverbandes, der so noch nie gezeigt wurde.

Johann Schacherl hatte die Anforderungen der Bereiche für den Bundesvorstand in gewohnt guter Form vorbereitet, so dass die Diskussion über den Finanzvorschlag für das Jahr 2015 mit einem einstimmigen Ergebnis abgeschlossen werden konnte.

Da im Jahr 2015 eine GKS-Akademie Oberst Dr. Helmut Korn stattfindet, war sich der Bundesvorstand einig, dass das zu wählende Jahresthema auf diese Bildungsveranstaltung in Fulda hinführen sollte. Nach längerer Diskussion wurde das Thema festgelegt: „Technisch möglich! – Ethisch machbar?“. Dabei stand nicht nur die GKS-Akademie im Mittelpunkt der Überlegungen, man wollte auch die Debatte um die Einführung der Drohnentechnologie er-



weitern um den gesamten Aspekt des Einsatzes von Technik im soldatischen Bereich. Den gesellschaftlichen Bereich dürfe man dabei nicht aus den Augen verlieren, vor allem in der Gesundheitspolitik im weitesten Sinne.

Der Geistliche Beirat auf Bundesebene der GKS, Militärdekan Bernd Schaller, feierte mit den Teilnehmern am Samstagabend die Heilige Messe. Am Sonntag traf sich nach Schluss der Bundesvorstandssitzung der GKS e.V. zu seiner internen Sitzung. □

(Text und Foto: Bertram Bastian)

## GKS-Kreis Bad Neuenahr-Ahrweiler

### „Abstimmung mit Füßen“

Danke für die deutsche Einheit und den langen Frieden in unserem Land. Wir Wanderer der GKS Bad Neuenahr-Ahrweiler sangen im Kapellchen mitten im



Wald oberhalb des Ahrtals das Danklied und beteten für den Frieden und Erhalt der Schöpfung dieser Welt. Zuvor ging es bei Festagswetter durch die Weinberge der Ahr, Wald und Ackerflächen und über das Green des Golfplatzes Bad Neuenahr. Nach einer kleinen Stärkung wanderten wir weiter durch Wald und Wiesen, entlang der Straußenfarm bis zum Landskroner Hof. Auf dem Hoffest an diesem Tag labten wir uns mit Kaffee, Kuchen und Würsten vom Grill, auch ein Bier fehlte nicht. Zufrieden konnten wir dann die letzten Kilometer zurücklegen. □

(Text und Foto: Michael Wilke)

## GKS-Kreis Geilenkirchen

### „Freud und Leid“ – nah bei einander „Abschied und Einweihung“ verbinden

Dass Personalwechsel in der Bundeswehr üblich ist, hat bestimmt ein jeder Soldat schon einmal in seiner Laufbahn erfahren bzw. erfahren müssen. Dass auch ein Militärggeistlicher versetzt werden kann, hat der Standort Geilenkirchen nun erleben müssen. Nach sechs Jahren aktiven Wirkens hat Militärpfarrer Wolfgang BIER seine von ihm betreute Herde, die über die deutschen und niederländischen Standorte Aachen, Geilenkirchen, sowie Brunssum, Eindhoven und New Milligen verstreut lag, abgegeben.

Von seinem neuen Dienstort Mons in Belgien wird er nun das sogenannte „Auslandsdekanat der katholischen Militärseelsorge“ betreuen, indem alle Auslandsstandorte in Europa und Nordamerika zusammengefasst sind. In Praxis in Europa von Norwegen bis Portugal und Türkei, Kanada und die USA. Seine neue Herde wird nun noch weiter verstreut sein und die regionalen Eigenheiten noch verschiedener. Wurde bisher der Dienstwagen bemüht, so wird Pfarrer Bier zukünftig einen Flieger nutzen müssen, um vor Ort Präsenz zu zeigen.

Zurück nach Geilenkirchen: am Sitz des Militärpfarramtes wurde eine feierliche Verabschiedung geplant und



*Mit launigen Worten verabschiedete sich Militärfarrer Wolfgang Bier von seinem alten Standort Geilenkirchen. Links hinter ihm der Kommandeur des Zentrums für Verifikationsaufgaben, Brigadegeneral Jürgen Beyer.*

durchgeführt. Bestehend aus einem Verabschiedungsgottesdienst und einem militärischen Appell (Bild).

Während des Gottesdienstes, zelebriert vom Leitenden Militärdekan West, Monsignore Rainer Schnettker und Pfarrer Bier wurde eine gemeinsame Idee der militärischen Führung und der Militärseelsorge ihrer Bestimmung übergeben und förmlich eingeweiht, ein „Haus der Stille“. Vor dem Hintergrund, dass etliche Soldaten aus Einsätzen zurückkehren und ein individuelles Paket auf ihrer Seele tragen, bis hin zu PTBS, entstand die Idee zu einem Zufluchtsort für die Betroffenen. Hier kam die GKS – Geilenkirchen zum Tragen, die den Gedanken aufnahm und eine Blockhütte in eine Oase der Ruhe und Besinnlichkeit umrüstete und einrichtete. Hier können überkonfessionell alle Angehörigen der Selfkant-Kaserne Zuflucht suchen, in sich gehen und die Seele baumeln lassen. Bei der Ausgestaltung stand zwar die Vorstellung einer Kapelle Pate, aber allein die Tatsache, dass an Literatur, neben der Bibel auch Koran und Talmud ausliegen, zeigt wie vielfältig unsere Gesellschaft ist, aus der sich die Soldaten rekrutieren.

Die GKS – Geilenkirchen dankt auch auf diesem Wege Ihrem Militärgeistlichen für die vielen gemeinsamen Stunden und Veranstaltungen im Kreis der Familien.

Aber frei nach dem Song von Trude Herr: „Niemand geht man so ganz .... ein Stück von Dir bleibt hier!“ □

*(Text und Foto: Emil Schreiber)*

## GKS Kreis Köln

### Mit Jesus Brücken bauen, als Soldat und Christ

„Mit Jesus Brücken bauen, als Soldat und Christ“ hieß das Thema des Familienwochenendes der GKS-Kreis Köln, in Dahlem (Eifel) vom 3. bis 5.10.2014. Um sich diesem Leitgedanken zu nähern, machten sich am Tag der Deutschen Einheit zahlreiche Familien (Bild 1)

auf den Weg in die Nähe der Dahlemer-Binz, die meisten sicherlich ohne architektonische Vorkenntnisse.

Nach Ankunft im Haus St. Ludger des Katholischen Ferienwerkes Oberhausen und dem ersten gemeinsamen Abendessen, erfolgte die Begrüßung durch den Vorsitzenden der GKS im Kreis Köln, Marian Schieblski, gefolgt von der Einführung in das Thema durch unseren (ständigen) Diakon Martin Kofoth.

Spätestens jetzt sollte sich rächen, sich vorher nicht doch mit der Konstruktion von Brücken befasst zu haben, denn zum Aufwärmen wurde von den Teilnehmern erwartet, tatsächlich eine Brücke zu bauen. Nur leider ohne Hilfsmittel und ausschließlich aus Hölzern. Pioniere hätten hier möglicherweise Vorteile gehabt, Einzelkämpfer waren jedoch klar zum Scheitern verurteilt. In dieser Praxisrunde ging es vielmehr darum zu verstehen, dass es zum Brückenbauen einer Idee, klarer Kommunikation und Verständnis für die Vorstellungen des oder der anderen bedarf. Letzten Endes wurde diese Einstiegshürde gemeinschaftlich gemeistert.

Nach einem ersten thematischen Brückenschlag am nächsten Morgen, waren sich alle schnell darin einig, dass der Soldatenberuf zwar immer in einem Spannungsfeld mit dem „Christ sein“ steht, sich auf der anderen Seite aber beides nicht zwangsläufig gegenseitig ausschließt. „Du sollst nicht töten.“ beinhaltet eben auch „Du sollst nicht töten lassen...“.



*Bild 1: Die Teilnehmer des Wochenendes in der Dahlemer Binz*

Die Frage, wie man gleichzeitig Soldat und Christ sein kann, wurde auch schon häufig in Internetforen diskutiert.

Bei den Diskussionen sieht man sich oftmals mit Bibelziten konfrontiert, die man als Soldat meist nicht entkräften kann. Martin Kofoth zeigte anhand von Beispielen, dass solche Zitate häufig aus dem Zusammenhang gerissen sind, oder schlicht falsch interpretiert werden.

Aus vielen Bibelstellen lässt sich durchaus ableiten, dass man aus einer Verantwortung gegenüber allen Mitmenschen (egal welcher Religion oder Ethnie sie angehören) nicht einfach nur wegschauen darf, sondern im Zweifel Partei ergreifen muss. Insbesondere gilt es bei den Übersetzungen der Bibel festzuhalten, dass der originale Wortlaut wohl eher mit „du sollst nicht morden...“ (hier fand durchaus bereits eine Differenzierung im Rechtsverständnis zwischen töten und morden statt) gemeint war.

Was bleibt, ist die Auseinandersetzung mit dem eigenen Gewissen, ob man aus der Liebe zum Mitmenschen eine Legitimation zu dessen Schutz auch Gewalt als Ultima Ratio ableiten kann.

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschien am 07.10.2014 ein Aufsatz des ehemaligen Bischofs der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, Wolfgang Huber, unter der Überschrift „Religion und Gewalt – Du sollst nicht töten – und nicht töten lassen“. Insbesondere im letzten Abschnitt befasst er sich mit dem Einsatz von Waffengewalt im äußersten Notfall.



*Bild 2: Die Kinderbetreuung hielt den Eltern während der Arbeitseinheiten den Rücken (und den Geist) frei*

Diesen Beitrag kann als Lektüre und als Argumentationshilfe für das Thema „Soldat UND Christ“ nur empfohlen werden.

Brücken, die wir als Soldaten und Christen im übertragenden Sinne bauen, helfen Hindernisse, Feindseligkeiten und Gegensätze (z.B. zwischen unterschiedlichen Ethnien) zu überwinden. Egal ob wir dies zu Hause oder im Einsatz tun – es ist zumeist eine Frage der Barmherzigkeit. So waren auch die „Werke der Barmherzigkeit“ ein Thema dieses Wochenendes. Dass die „klassischen“ leiblichen Werke der Barmherzigkeit (Mt 25, 34-46) auch durchaus auf die heutige Zeit übertragbar sind, zeigte Martin Kofoth anhand des Beispiels der Sieben Werke aus dem Elisabeth (von Thüringen)-Gedenkjahr von 2006/2007.

Der unterhaltsame Teil sollte aber an diesem Wochenende gewiss nicht zu kurz kommen und so fanden sich am

Samstagabend die Familien zum (obligatorischen) Bingo zusammen, bevor am Sonntagmorgen nach einer Auswertung und einem Gottesdienst schließlich wieder die Heimreise angetreten wurde.

Ein herzliches Dankeschön an Martin Kofoth für die sehr informative Veranstaltung und ebenfalls ein Dankeschön an die Kinderbetreuung (Bild 2), die uns Eltern wie immer hervorragend den „Rücken freigehalten“ hat. □

*(Text und Fotos: Achim von der Bey)*

#### GKS-Kreis Stetten a.k.M.

### Meinrads Kapelle hat neue Paten

Die bisher in Verantwortung stehende Fernmeldekompanie Eurokorps verlegt im Zuge der Standortschließung Sigmaringen ins Saarland und so betrieb der ehemalige Kommandeur der 10. Panzerdivision, General Jan Oerding seit geraumer Zeit eine Nachfolgeregelung.

In der GKS und ihrem Bereichsvorsitzenden in Süddeutschland, Christoph Auer fand er jemanden, der sich



*S.H. Karl Friedrich Fürst von Hohenzollern überreichte nach einer Eucharistiefeier in der im neuen Glanze erstrahlenden Meinrads Kapelle die Patenschaftsurkunde an den Kreisvorsitzenden Stetten a.k.M. der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), Oberstabsfeldwebel Dieter Rubey.*

in die Pflicht nehmen ließ. Und so konnte Militärfarrer Bernhard Tschullik bei schönstem Herbstwetter eine Eucharistiefeier mit so vielen Besuchern feiern, dass die Türen der Kapelle offen standen, um den draußen Stehenden das Mitfeiern zu ermöglichen. Zu den illustren Gästen gehörte auch Bürgermeister Bernd Gombold mit seinem Stellvertreter, Gerhard Klein und weiteren Gemeinderäten, Oberst Carsten Drümmer vom Zentrum Kampfmittelbeseitigung und der Leiter des Bundeswehrdienstleistung Zentrum, Oberregierungsrat Hartmut Kessler.

Nach der Eucharistie bedankte sich S.H. Karl Friedrich Fürst von Hohenzollern beim Kompaniechef der FmKp



Eurokorps, Hauptmann Björn Regetmeier und seinen Soldaten für das in der Vergangenheit Geleistete und überreichte der GKS die Patenschaftsurkunde.

Die letztmals 2003 in einer gemeinsamen Kraftanstrengung grundlegend sanierte Kapelle blickt auf eine lange militärische Tradition zurück. Ursprünglich stand auf diesem Platz ein 1817 erbautes Teehaus, das 1853 in eine Kapelle umgewandelt wurde. Es diente dann als Einsiedelei und wurde dem Heiligen Meinrad gewidmet. Am 12. Sept. 1947 brannte sie durch zündelnde Kinder ab; auf ihren Grundmauern wurde 1948 die heutige Holzkapelle erbaut und durch Gedenksteine den Stalingradkämpfern des Winter 42/43 gewidmet (Bild 2). In den 60er Jahren war sie Schauplatz von Gedenkfeiern mit vierstelligen Teilnehmerzahlen. Dann geriet sie mehr und mehr in Vergessenheit und wurde maßgeblich durch Jan Oerding und militärische Patenschaften verschiedener Sigmaringer Kompanien aus dem Dornröschenschlaf geweckt. Seither führt sie ein eher ruhiges und unentdecktes Dasein im Inzokofener Park. Doch das soll sich ändern:



Bürgermeister Gombold nutzte beim anschließenden Gedankenaustausch bei Glühwein, Tee und Christstollen die Gelegenheit, die Pläne der Gemeinde zur Erstellung einer Hängebrücke für Fußgänger über die Donau und eine Fußgängerüberführung über die Bahntrasse zu erläutern.

Damit werden sicher wieder mehr Einheimische und Besucher den Weg zu diesem Kleinod finden. □

(Text und Fotos: Christoph Auer)

## GKS-Bereich Nord

### Christkönigtreffen

Traditionell fand das alljährliche Christkönigstreffen der GKS Nord vom 21.11 bis 23.11.2014 im Kloster Nütschau, bei Bad Oldesloe, statt.

Hier wurde in entspannter Atmosphäre das Thema „Mit Christus Brücken bauen zwischen den Religionen“ näher beleuchtet. Unter der sachkundigen Leitung von Benediktinerpater Gregor Mundus (Bild 1) wurde das Verhältnis der orthodoxen zur katholischen Kirche näher betrachtet.

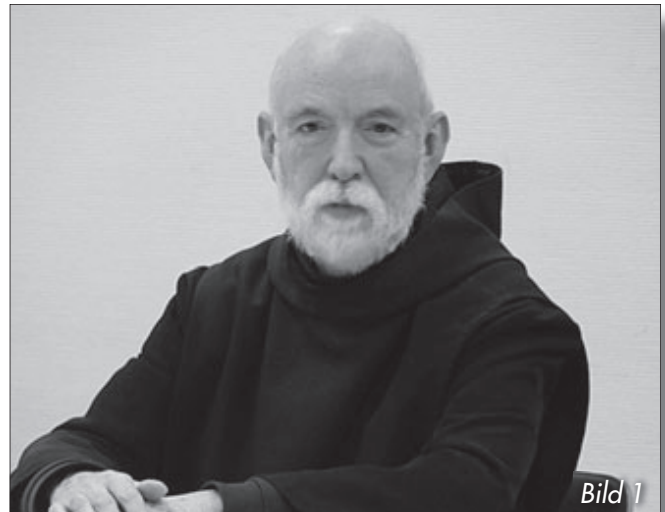


Bild 1

Pater Gregor gab uns einen umfassenden Einblick in die orthodoxe Religion, insbesondere in die orthodoxe Liturgie. Mit der Erkenntnis, dass es viele Gemeinsamkeiten



Bild 2

und teilweise Trennendes zu unserer Kirche gibt, wurde das Thema abgeschlossen.

Passend zur bevorstehenden Adventszeit gestalteten unsere Kleinsten unter Leitung von Natalie und Selina stimmungsvolle Schneekugeln (Bild 2) mit Motiven aus dieser Vorweihnachtszeit.

Abgerundet wurde das Wochenende mit einer, wie immer beeindruckenden, Eucharistiefeier in der Klosterkirche. Anschließend unterrichtete der Vorstand die Teilnehmer über die Neuordnung der GKS im Bereich Nord.

Leider viel zu schnell endete dieses informative und harmonische Wochenende. Alle Beteiligten freuen sich auf ein Wiedersehen in 2015 □

(Text: Jürgen Schnatz, Fotos: Stefan Schreiner)

## GKS-Bereich West

### Aufmerksamkeit schaffen – Botschaften vermitteln – Inhalte kommunizieren

Am ersten Adventswochenende fand die Bereichskonferenz des Bereichs West in Maria in der Aue/Wermelskirchen unter der Leitung des Bereichsvorsitzenden Oberst i.G. Albert Hecht statt. Aus elf GKS Kreisen waren Vertreter teilweise mit ihren Familien angereist, unter ihnen auch mehrere Soldaten, die im Laufe des Jahres für die Arbeit in der GKS begeistert und neu im Kreis der ehrenamtlich Tätigen für die GKS hinzugewonnen werden konn-



*Bild 1: Der Bereichsvorsitzende Oberst i.G. Albert Hecht (rechts) dankt dem Referenten Markus Lahrman*

ten. Besonders für sie war der Einstieg am Freitagabend mit einer Vorstellungsrunde sehr informativ. Anschließend konnten sich die Kinder spielerisch unter der Obhut der Kinderbetreuerinnen Kim und Amelie kennenlernen und die Erwachsenen direkt in die Arbeit einsteigen.

Der Bereichsvorsitzende Oberst i.G. Albert Hecht begann mit dem Rückblick seit der letzten Bereichskonferenz. Er informierte über die Ereignisse und Neuerungen auf Bundesebene und stellte in diesem Zusammenhang das neue Jahresthema 2015 vor, worauf in einer regen Diskussion Möglichkeiten erarbeitet wurden, sich des Themas anzunehmen. Bei dem Ausblick auf das neue Jahr wies der Bereichsvorsitzende besonders auf die geplante Werkwoche des Bereiches West vom 29.03. bis 03.04.2015 hin. Der weitere Abend konnte im geselligen Beisammensein zum Austausch der Kreise untereinander genutzt werden.

Für den Samstag, der zur Weiterbildung im Hinblick auf Methoden und Instrumente der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden sollte, war mit Markus Lahrman

(Bild 1), dem Chefredakteur der Caritas Zeitung „Caritas in NRW“, ein hochkarätiger Referent vor Ort. Zum Einstieg in das Thema versuchten die Teilnehmer nach kurzer Anleitung durch den Referenten in Gruppenarbeit eine kurze Pressemitteilung über die Definition der GKS zu erarbeiten. Nach der Auswertung der Ergebnisse der Gruppenarbeit erfolgte eine gemeinsame Analyse einer

Pressemitteilung des BMVg und einer Pressemitteilung der Caritas. Nach diesen Analysen sensibilisierte der Referent Markus Lahrman die Zuhörer bezogen auf zu beachtenden Kriterien bei der Verfassung eines Artikels. Bei seinen Ausführungen ging er unter anderem auf die äußere Form, die inhaltlichen und stilistischen Anforderungen, rhetorische Mittel und Tipps zu Formulierungen ein, was er mit Beispieltexen veranschaulichte. Zum Ende thematisierte er die Aufnahme eines Fotos zu einem Artikel und gab hilfreiche Anregungen z.B. bezüglich Technik, Licht, Inhalt und Zusammenstellung eines Bildes. Anhand mehrerer Beispiele zeigte er Fehler auf, die es zu vermeiden gilt und gab Tipps, wie man diese verhindern und ein kreatives lebendiges Bild gestaltet werden kann. Markus Lahrman ist es gelungen, in sehr kurzweiligen Arbeitseinheiten viele neue Informationen und Anregungen in Bezug auf die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu vermitteln.

Während die Kinder und Jugendlichen in der Betreuung kreative Bastelarbeiten gestalteten und die Zeit teilweise auch mit Spielen im angrenzenden Wald verbrachten, nutzten die Partner der Vertreter der Kreise die freie Zeit zum Wandern, Spazieren gehen, Joggen, lesen, saunieren – also als Auszeit für sich.

Am späten Nachmittag trafen sich die Familien, um auf dem Weihnachtsmarkt im Innenhof bei Kakao und Glühwein die adventliche Stimmung zu genießen. Nach dem Abendessen wurde gemeinsam Bingo gespielt, wo besonders die Kinder und Jugendlichen, aber auch die Erwachsenen mit Eifer dabei waren.

Am Sonntagvormittag stand der Gottesdienst zum ersten Advent im Mittelpunkt, den Diakon Thomas Ervens mit der Gruppe feierte (Bild 2). Bevor nach dem Mittagessen alle den Heimweg antraten, erfolgte ein Austausch über den Verlauf des Wochenendes als feedback und Anregung für zukünftige Bereichskonferenzen.



*Bild 2: Diakon Thomas Ervens feiert mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern den Wortgottesdienst zum ersten Advent*

Das Fazit war, dass die investierte Zeit dieses Wochenendes sich gelohnt hat im Hinblick auf den Austausch und die Weiterbildung. Die Teilnehmer nehmen neue Erkenntnisse mit nach Hause und die gemeinsame Zeit des Austausches und Miteinanders wird angenehm und wertvoll in Erinnerung bleiben. □

(Text und Fotos: Karin Schrödl)

# Christliche Religion und christliche Kunst

## Das Œuvre von Egbert Verbeek – auch im Katholischen Militärbischofsamt

Künstler gibt es viele in Deutschland, doch nur wenige vermögen von ihrer Kunst sich selbst und eine Familie zu ernähren. Zudem kommt in der Person von Egbert Verbeek eine Rolle zum tragen, die die römisch-katholische Kirche über viele Jahrhunderte einnahm: als Förderer und Mäzen der schönen Künste. Als Bischof von Essen und amtierender Militärbischof hat Franz Overbeck zusammen mit dem Altbischof von Münster, Lettmann, 2011 die Bronze Verbeeks „von Galen und die Flugblätter“ in Gelsenkirchen-Buer eingeweiht. Schon in der Ära von Militärbischof Dyba hatte das Katholische Militärbischofsamt 1993 ein Ölbild „Helles Labyrinth“ (1990) sowie zwei Großgraphiken „Brückenbogen“ (1984) und „Romanischer Bogen“ (1985) von Verbeek erworben. Zudem hat Verbeek zahlreiche christliche Kapellen und Kirchen mit seiner Kunst ausgestattet, so etwa die Kapelle der Katholischen Akademie des Bistums Münster in Stapelfeld; die Katholische Akademie in Stapelfeld ist eine Einrichtung, die regelmäßig von der Bundeswehr frequentiert wird.

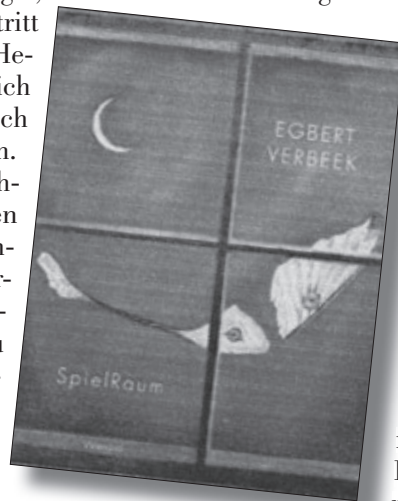
Schon in den vatikanischen Nekropolen des 1. Jahrhunderts und in den römischen Katakomben des zweiten und dritten Jahrhunderts finden sich mystische Darstellungen als Ausdruck christlichen Glaubens. Von Beginn des 4. Jahrhundert bis zum Ende des 15. Jahrhundert entwickelt die christliche Kunst wirkungsmächtige Ausdrucksformen, die zugleich den kirchlichen Macht- und Herrschaftsanspruch unterstreichen. Vom 16. bis Ende des 18. Jahrhundert versucht christliche Kunst durch barocke Bildprogramme Antworten auf den christlichen Glauben angesichts der Herausforderungen von Reformation und Protestantismus zu geben. Im 19. und 20. Jahrhundert lässt sich unter dem Eindruck der Aufklärung ein breites Spektrum von Ausdrucksformen beobachten, die insbesondere im 20. Jahrhundert zwischen Abstrakti-

on und Gegenständlichkeit schwankt – und sich hierbei neue Wege sucht. Dieser uneinheitliche Weg ist Anfang des 21. Jahrhunderts keinesfalls abgeschlossen, was ein Künstler-Sein nicht gerade vereinfacht. Letztlich muss ein jeder Künstler hier seinen eigenen künstlerischen Weg finden, wobei Akzeptanz und Wiedererkennbarkeit eines Künstlers in der Kunstwelt von zentraler Bedeutung sind. Unter diesen, ohnehin schwierigen Rahmenbedingungen heutiger, künstlerischer Existenz, tritt als eine weitere, komplexe Herausforderung hinzu, wie sich christliche Kunst heute noch glaubhaft ausdrücken kann.

In den rund vierzig Jahren seines künstlerischen Schaffens ist es dem Bonner Künstler Egbert Verbeek gelungen, einen eigenen, authentischen Weg zu finden, der zwischen Tradition und Moderne, zwischen Gegenständlichkeit und expressiver Abstraktion, schwankt. Dabei ist es ihm nachhaltig gelungen, dass seine Kunst im privaten, öffentlichen und kirchlichen Raum präsentiert wird. Als Beispiele öffentlicher Kunstdarbietung sind hier zu nennen: die Deutsche Botschaft beim Heiligen Stuhl in Rom, das Museum Alexander König in Bonn, das Carl-von-Ossietzky-Gymnasium Bonn-Röttgen, die Fronleichnamskirche der Ursulinen in Köln, die deutsch-italienische Gesamtschule „Papst Johannes XXIII.“ des Erzbistums Köln in Pulheim-Stommeln, Malereien in der Krypta von St. Antonius in Düsseldorf-Oberkassel, das Leopold-Hoesch-Museum in Düren, die Burg Ranzow in Kleve, das Preysing-Palais in München, die Bank für Kirche und Caritas in Paderborn und das Pilgerhaus Tabgha am See Genezareth in Israel. Im Erzbistum Köln genießt Egbert Verbeek eine Anerkennung, die vergleichbar ist mit der von Michael Triegel in süd-

deutschen Bistümern. So finden sich im Generalvikariat des Erzbistums Köln Kreuze von Egbert Verbeek, von denen das so genannte „Leiterkreuz“ sein bekanntestes ist. Auf dem Michaelsberg in Siegburg, wo 2014/15 nach der Schließung des Benediktinerklosters das Katholisch-Soziale Institut des Erzbistums Köln seinen neuen Sitz haben wird, ist Verbeek mit seinem Verkündigungsbild künstlerisch vertreten.

Der vorliegende Bildband „Spiel-



Raum“ dokumentiert das breite Œuvre von Egbert Verbeek. Da sind seine Arbeiten auf Papier zu nennen, von denen viele mit Italien zu tun haben. Das ist nicht von ungefähr, war doch Egbert Verbeek mehrfach Gast-

künstler der Villa Romana in Florenz, als Commendatore Joachim Burmeister dieses Künstlerhaus leitete, welches bis heute den ältesten deutschen Künstlerpreis vergibt. Und auch im Trägerverein Villa Romana war Verbeek vorübergehend aktiv, ebenso im Arbeitskreis „Kirche und Kunst“ im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz in Bonn. Diese Tatsachen sind insoweit bedeutsam, als der Künstler Egbert Verbeek gesellschaftlich und kirchlich bestens vernetzt ist. Auch vor dem Hintergrund dieser Netzwerkarbeit ist seine hohe und vielfältige, künstlerische Akzeptanz zu sehen.

Neben seinen Papierarbeiten sind die teilweise großformatigen Ölarbeiten von Egbert Verbeek zu nennen. Verbeek gehört zu den wenigen Gegenwartskünstlern, die sich der Herausforderung von Triptychen stellen, also Altarbildern mit Haupt- sowie



zwei Nebentafeln, wie sie vor allem im Mittelalter besonders beliebt waren. Hier sind als ein Charakteristikum seiner Arbeiten die Farbe Blau zu nennen, die immer wieder in seinen Papier- und Ölarbeiten auftaucht und sicherlich von Italien inspiriert ist, zugleich aber Verweise auf den irdischen und göttlichen Himmel sind. Dann existieren Polyeder von Verbeek, die mit verschiedenen Materialien spielen, und schließlich sind seine Bronzeplastiken zu nennen, die so bekannte Persönlichkeiten wie Sokrates, den heiligen Papst Johannes

XXIII und Anselm von Canterbury zum Inhalt haben.

In Tradition der römischen Kaiser sowie vieler Könige und Fürsten unterstützte und förderte die römisch-katholische Kirche zahlreiche Künstler. Über die Zeiten bildete sich dabei eine christliche Ikonographie heraus, die bis in das 20. Jahrhundert trägt, aber auch immer wieder nach neuen Antworten und Gestaltungsräumen sucht, eben um den christlichen Glauben auch in modernen Zeiten verständlich und glaubhaft zu vermitteln. Mit seinen Altarbildern und seiner

Gestaltung von kirchlichen Räumen, die im katholischen Verständnis „heilige Räume“ sind, legt Verbeek eindrucksvolle Zeugnisse für den christlichen Glauben ab. □

(Andreas Rauch)

**Egbert Verbeek: SpielRaum.**  
Herausgegeben von  
Gabriele Uelsberg.  
176 Seiten mit 146 farbigen und  
2 schwarz-weiß Abbildungen,  
23x30 cm, gebunden,  
Wienand Verlag Köln,  
ISBN 978-3-86832-199-9

## Buchbesprechung

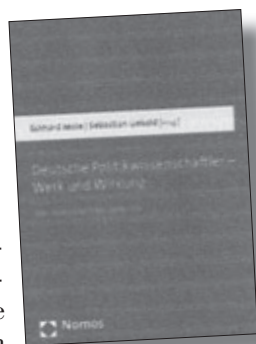
# Deutsche Sicherheitspolitik und deutsche Politikwissenschaft

Gerade durch die Veränderungen im Kontext des Endes des Ost-West-Konflikts wird deutlich, dass Sicherheitspolitik eine interdisziplinäre Herausforderung ist, auch wenn sie schwerpunktmäßig in der politikwissenschaftlichen Disziplin beheimatet ist. Doch damit verbunden ist zugleich ein Akzeptanzproblem – zumindest im Vergleich mit einer anderen Wissenschaftsdisziplin wie der Geschichtswissenschaft.

So ist die Politikwissenschaft – im Unterscheid zur Geschichtswissenschaft – weniger als einhundert Jahre alt, auch wenn seine ideengeschichtlichen Wurzeln bis weit in die griechische und römische Antike zurück reichen. Doch zu den jährlichen Historikertagen kommt in der Regel der Bundespräsident oder ein anderer hochrangiger Vertreter des deutschen Staates, was bei den Politikwissenschaftlern einfach nicht so ist. Das hängt wiederum auch damit zusammen, dass es nicht eine politikwissenschaftliche Ständeorganisation gibt, sondern zwei: die 1951 gegründete Vereinigung für Politische Wissenschaft und die 1983 gegründete Gesellschaft für Politikwissenschaft. Eine andere Fragestellung ist die Wechselbeziehung von Politikwissenschaft einerseits und Po-

litik andererseits. Tatsächlich haben viele Politikwissenschaftler den Weg in die Politik gefunden, was ein positives Signal darstellt – aber das ist schon wieder ein anderes Thema.

In der vorliegenden Veröffentlichung geht es um Werk und Wirkung großer deutscher Politikwissenschaftler, und zwar von Abendroth bis Zellentin. Es geht dabei im Kern darum, ob die Politikwissenschaft nur um sich selber kreist, oder ob sie auch gesellschaftliche und politische Strahlkraft besitzt. Letzteres darf wohl bejaht werden. Demokratie, Pluralismus, Integration – mit diesen Themen prägt die Politikwissenschaft die Kultur der



Bundesrepublik Deutschland. Dahinter stehen so große Namen wie Karl Dietrich Bracher, Ernst Fraenkel oder Helga Haftendorn. Der vorliegende Band bietet eine vergleichende Würdigung von Werk sowie der akademischen und öffentlichen Wirkung von fünfzig wichtigen deutschen Politikwissenschaftlern. Die Herausgeber verstehen ihre Veröffentlichung als ein Nachschlagewerk und Studienbuch.

In den alphabetisch geordneten Beiträgen werden folgende Fragen behandelt: mit welchen Ideen und

Erkenntnissen sind deutsche Politikwissenschaftler bekannt geworden? Welche Stationen prägen ihre Karriere, auch hinsichtlich des bereits angesprochenen Zusammenspiels von Wissenschaft und Politik? Konnten die Wissenschaftler eine eigene akademische „Schule“ begründen? Haben ihre Hauptwerke eine kontinuierliche Rezeption erfahren?

Die Veröffentlichung, die in einem hohen Maße auch ein echtes Fleißwerk ist, eröffnet zahlreiche, wichtige Einblicke in die Politikwissenschaft und ihr Selbstverständnis. Zugleich wird deutlich, dass die Politikwissenschaft unter einem verschärften Wettbewerb mit anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen steht und insgesamt an Studentenzahlen verliert. In diesen Zusammenhang gehört, dass außer Potsdam, Kiel und Hamburg sowie Köln und Nürnberg-Erlangen nur noch die beiden Bundeswehr-Universitäten sich konkret mit sicherheitspolitischen Herausforderungen auseinander setzen. □

(Andreas M. Rauch)

**Eckhard Jesse, Sebastian Liebold (Hg): Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung. Von Abendroth bis Zellentin.**  
Nomos Verlagsgesellschaft:  
Baden-Baden, 800 S., geb.,  
ISBN 978-3-8329-7647-7

## Buchbesprechung

## Deutsche Verteidigungspolitik

Max Weber spricht in seiner berühmten Schrift „Politik als Beruf“ 1919 von den verschiedenen, politischen Gruppierungen einer Gesellschaft, die es näher zu beachten und zu beobachten gilt. Und auch Ludwig Erhard erkannte, dass sich die moderne Bundesrepublik Deutschland von der Ära Adenauer verabschiedete und sich weiter ausdifferenzierte, weshalb er zu Recht von der „formierten Gesellschaft“ sprach.

Tatsächlich sind Gruppierungen wie das Militär oder auch die Religionsgemeinschaften in einer Gesellschaft mehr oder weniger stark beheimatet; zugleich ist zu beachten, dass jede Gesellschaft in einem ständigen Wandel und in der Ausdifferenzierung begriffen ist. Bei einer Gruppierung wie dem deutschen Militär ist es daher wichtig, in Kommunikation mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zu bleiben. Wichtige gesellschaftliche Kontakte und einen politischen Bildungsauftrag nehmen hier die Jugendoffiziere wahr, die zugleich an der Akademie für Information und Kommunikation (AIK) in Strausberg mit ihren Ausbildungseinheiten angesiedelt sind. Und eben diese AIK betreibt seit vielen Jahren auch eine wissenschaftliche Information nach innen und außen durch ihre Schriftenreihe zu sicherheitspolitischen Themen.

Im Jahr 2013 hat Ina Wiesner im Rahmen der Schriftenreihe der AIK einen Sammelband „Deutsche Verteidigungspolitik“ vorgelegt. Gerade in Zeiten der Transformation ist es auch für Experten schwierig, den Überblick über das Geschehen bei der Bundeswehr zu bewahren. Mit der vorliegenden Publikation hat Ina Wiesner ein Übersichtswerk zum Thema der deutschen Verteidigungspolitik vorgelegt und damit Lücken geschlossen, indem über die institutionellen Strukturen,

die Kompetenzen und die Prozesse der deutschen Verteidigungspolitik umfänglich informiert wird. Zugleich, so muss kritisch angemerkt werden, haben Sammelbände in der sozial- und politikwissenschaftlichen Zunft ein gewisses Akzeptanzproblem gegenüber wissenschaftlichen Monographien.

In einem ersten Teil werden die verteidigungspolitischen Grundlagen behandelt, dann der Aufbau und die Funktionsweise des Politikfeldes Verteidigung, in einem dritten Teil geht es um die politische Ökonomie deutscher Verteidigung und abschließend um aktuelle Debatten

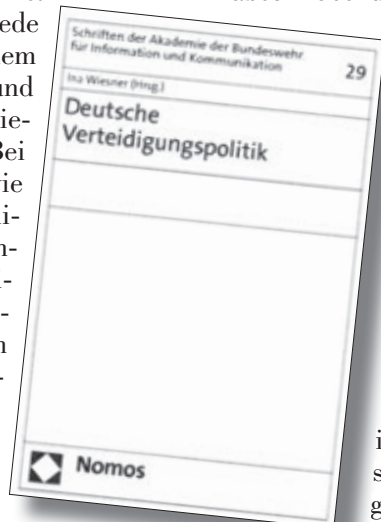
und eine Schlussbetrachtung. Tatsächlich ist hinsichtlich des ersten Teils zu sagen, dass vieles durch das Weißbuch 2006 und die Verteidigungspolitischen Richtlinien festgelegt ist. Doch immer wieder geht es darum, wie dieser politisch gesetzte Rahmen deutscher Sicherheitspolitik in die Praxis durch verschiedene Akteure umgesetzt wird.

Bemerkenswert ist der Beitrag von Gerhard Kümmel, der sich mit Kriegserfahrungen und Interventionsfähigkeit in Streitkräften, Staat und Gesellschaft in Deutschland auseinandersetzt. Zu Recht weist Kümmel auf verschiedene Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung hinsichtlich dieser Fragestellung hin. Zugleich macht Kümmel deutlich, auf welchem schmalen Grad der gesellschaftlichen Zustimmung sich die Bundeswehr in der Bundesrepublik Deutschland bewegt. Als empirische Beispiele führt Kümmel die Einstellungen zu Kriegsdienstverweigerung, Einstellungen zur Stationierung von Cruise Missiles und Pershing-II-Raketen in Deutschland sowie Einstellungen zur Bundeswehr in Westdeutschland und zu Soldaten in Auslandseinsätzen an. Kümmel macht deutlich, dass sich der internationa-

le Rahmen und die politische Lage in Deutschland in den vergangenen Jahren massiv verändert haben, weshalb Bewertungen auch nicht einfach sind. Zudem machen die Streitkräfte einen Funktionswandel durch, die zu Aufgaben und Rollendiversifizierung führen. Zwar ist die Bundeswehr stärker als in früheren Dekaden in der Gesellschaft angekommen, doch sind militärische Einsätze der Bundeswehr nach wie vor als schwierig anzusehen, weshalb Kümmel von einer „Interventionsmüdigkeit“ der deutschen Gesellschaft spricht.

Als ein Mangel stellt sich dar, dass eine sicherheitspolitische Darstellung und Bewertung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr – eigentlich dem Kerngeschäft der deutschen Bundeswehr – in diesem Sammelband fehlt. Rechtsfragen in Zusammenhang mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr sind zwar wichtig, doch vermögen sie diese Lücke nicht zu füllen. Insgesamt liefert der Sammelband jedoch einen guten Einblick in die aktuelle deutsche Verteidigungspolitik. □

(Andreas M. Rauch)



**Ina Wiesner (Hg): Deutsche Verteidigungspolitik. Schriften der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation Nr. 29, Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden, 2013 403 S., ISBN 978-3-82329-765-4**

## In eigener Sache

## Mitarbeit erwünscht!

Hier könnte ein Bericht Ihrer Veranstaltung stehen. Man muss nicht selbst schreiben, es gibt bestimmt Teilnehmer Ihrer Maßnahme, die gerne einen Bericht und ein Foto einschicken, damit andere sehen, der Kreis „lebt“. Bei Unklarheiten: einfach die Redaktion kontaktieren. (BB)

[redaktion-auftrag@kath-soldaten.de](mailto:redaktion-auftrag@kath-soldaten.de)



### Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 50 Jahren begleitet.



### Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

### Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal im Jahr.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,  
10117 Berlin  
[www.katholische-soldaten.de](http://www.katholische-soldaten.de)

Redaktion: verantwortlicher Redakteur  
Bertram Bastian (BB),  
Rainer Zink (RZ), Oberstlt a.D., Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG  
c/o Bertram Bastian,  
Alter Heerweg 104, 53123 Bonn,  
Tel: 0177-7054965, Fax: 0228-6199164,  
E-Mail: [redaktion-auftrag@kath-soldaten.de](mailto:redaktion-auftrag@kath-soldaten.de)

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Layout: VISUELL, Aachen  
Druck: MVG Medienproduktion  
Boxgraben 73, 52064 Aachen  
Überweisungen und Spenden an:  
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,  
BLZ: 370 601 93, Konto-Nr.: 1 017 495 018.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 10,- an den ausliefernden Verlag.

ISSN 1866-0843